Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2529

21. 06. 88

Sachgebiet 61

Erste Beschlußempfehlung*)

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 11/2157 —

Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1990

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/2226, 11/2299 —

Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1990

Beschlußempfehlung

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates
— Drucksache 11/676 —

Entwurf eines Gesetzes zum Abbau steuerlicher Härten für die Landwirtschaft

zu dem Antrag des Abgeordneten Sellin und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/1187 (neu) —

Kürzung der Berlinförderung und Bildung eines Finanzfonds zur Verbesserung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Situation der Stadt

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Apel, Roth, Dr. Spöri, Daubertshäuser, Dr. Jens, Pfuhl, Vahlberg, Börnsen (Ritterhude), Dr. Hauchler, Huonker, Kastning, Frau Matthäus-Maier, Dr. Mertens (Bottrop), Oesinghaus, Poß, Reschke, Westphal, Dr. Wieczorek, Bernrath, Fischer (Homburg), Ibrügger, Dr. Soell, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/1335 —

Beseitigung steuerlicher Benachteiligungen von kleinen und mittleren Unternehmen

---

*) *Der Bericht der Abgeordneten Glos und Poß folgt.*

A. Problem

Die von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung vorgelegten, wortgleichen Entwürfe eines Steuerreformgesetzes 1990 beruhen auf der Überzeugung, daß

— das deutsche Steuerrecht durch zu hohe Steuersätze und ein Übermaß an Ausnahmeregelungen gekennzeichnet ist,

— die überhöhten Steuersätze die Bereitschaft zur beruflichen Leistung, zur Investition und zur Risikoübernahme hemmen,

— die zahlreichen Ausnahmeregelungen die Gleichmäßigkeit der Besteuerung beeinträchtigen sowie das Steuersystem zu kompliziert und für die Steuerpflichtigen vielfach unverständlich gemacht haben,

— familienpolitische Notwendigkeiten vom Steuerrecht noch nicht hinreichend berücksichtigt werden,

— die Förderung des reinen Geldsparens nicht länger gerechtfertigt und die Regelungen zur Förderung der Vermögensbildung zu verwaltungsaufwendig sind,

— das Umsatzsteuergesetz an einige Entwicklungen anzupassen ist, um eine wettbewerbsneutrale Besteuerung sicherzustellen,

— für das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht kein Raum mehr ist und daß die damit verbundenen Steuervergünstigungen auf einen Kernbereich zurückgeführt werden müssen.

Der Gesetzentwurf des Bundesrates geht davon aus, daß sich durch die Neuregelung der Nutzungswertbesteuerung und bei der Inanspruchnahme bestimmter Freibeträge Härten für die Land- und Forstwirtschaft ergeben.

Der von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachte Antrag basiert auf der Ansicht, daß die steuerliche Berlinförderung ihre Wirkung teilweise verfehlt hat.

Dem von der Fraktion der SPD vorgelegten Antrag liegt die Auffassung zugrunde, daß die gegenwärtige steuerliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen mittelstandspolitisch unbefriedigend ist und die Investitionstätigkeit vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt werden muß.

B. Lösung

Der Ausschuß schlägt vor, die nach Auffassung der Mehrheit entscheidungsreifen, in zahlreichen Punkten geänderten Teile des Entwurfs eines Steuerreformgesetzes 1990 jetzt zu verabschieden, die Beschlußfassung über die übrigen Teile aber mit dem Ziel zurückzustellen, sie so rechtzeitig zu beschließen, daß sie zusammen mit dem Hauptteil des Gesetzentwurfs im Jahre 1990 wirksam werden können.

Zurückgestellt werden sollen die Entscheidungen über

— die sog. umgekehrte Maßgeblichkeit,

- die Gesellschafter-Fremdfinanzierung,
- die Änderung der umsatzsteuerlichen Vorschriften über die Rechnungserteilung, Gutschriften, den unberechtigten Steuerausweis und den Vorsteuerabzug,
- die Erweiterung der Beratungsbefugnis der Lohnsteuerhilfe-Vereine im Zusammenhang mit der neuen Kapitalertragsteuer auf Zinsen,
- die Beschränkung der Anlageform „stille Beteiligung" auf direkte und indirekte betriebliche Beteiligungen im Rahmen der Förderung der Vermögensbildung,
- die Zuständigkeitsregelung für Zwecke der Grunderwerbsteuer bei der Prüfung der Frage, ob eine Wohnung als steuerbegünstigt hätte anerkannt werden können.

Zurückgestellt werden sollen auch die Entscheidungen über folgende im Verlauf der Ausschußberatungen in die Diskussion eingeführten Fragen:

- das sog. begrenzte Realsplitting,
- Beginn der Festsetzungsfrist bei der Schenkungsteuer bei Schenkungen durch juristische Personen.

Ansonsten übernimmt die Beschlußempfehlung im wesentlichen den von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf, ändert ihn aber insbesondere wie folgt:

- Beibehaltung der in § 2 des Auslandsinvestitionsgesetzes vorgesehenen Möglichkeit der Verrechnung von Verlusten aus Betriebsstätten in DBA-Staaten durch Übernahme dieser Vorschrift in das Einkommensteuergesetz,
- Abzugsfähigkeit bzw. Steuerpflicht der im Rahmen der geplanten Vollverzinsung anfallenden Zinsen auf Steuernachforderungen und Steuererstattungen; Abzugsfähigkeit der Stundungs- und Aussetzungszinsen, nicht aber der Hinterziehungszinsen; Verlängerung der bei der Vollverzinsung vorgesehenen Karenzfrist von 15 Monaten auf 21 Monate bei Steuerpflichtigen, die überwiegend Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen,
- Beseitigung der begrenzten Steuerbefreiung der vom Arbeitgeber gewährten Zinszuschüsse und Zinsverbilligungen bei Erwerb oder der Errichtung von Wohneigentum des Arbeitnehmers,
- Erhöhung des steuerfreien Zuschlagssatzes von 25 v. H. des Grundlohns auf 40 v. H. für die „Kern-Nachtarbeitszeit" von 0.00 Uhr bis 4.00 Uhr und Ausdehnung der begünstigten Sonn- und Feiertagszeit bis auf 4.00 Uhr des folgenden Werktages für Arbeitnehmer, die im Lohnzahlungszeitraum mehr als 50 v. H. Nachtarbeit leisten und mit der Nachtarbeit bereits vor 0.00 Uhr beginnen,
- Ausdehnung der geplanten Begrenzung des Bewirtungskostenabzugs auf die an der Bewirtung teilnehmenden Arbeitnehmer des bewirtenden Betriebs sowie Verzicht auf die Aus-

füllung eines amtlichen Vordrucks und die Unterschrift des Gaststätteninhabers auf der Rechnung, jedoch Entlastung des nicht abzugsfähigen Teils dieser Aufwendungen von der Umsatzsteuer,

- Grundsätzliche steuerliche Anerkennung der Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen für nach dem 31. Dezember 1992 erworbene Anwartschaften, wobei solche Rückstellungen mit steuerlicher Wirkung nicht in den ersten zehn Jahren der Betriebszugehörigkeit des betreffenden Arbeitnehmers gebildet werden dürfen und die Jubiläumszuwendung ein mindestens 15jähriges Bestehen des Dienstverhältnisses voraussetzt; bereits gebildete Rückstellungen sind wie im Gesetzentwurf vorgesehen gewinnerhöhend aufzulösen,
- Schaffung der Möglichkeit, Veräußerungsgewinne gemäß § 6 b EStG auch dann zu übertragen, wenn die Neuanschaffung oder -herstellung bereits im Wirtschaftsjahr vor der Veräußerung erfolgt ist,
- Erhöhung des Preisabschlags bei den Belegschaftsrabatten von 3 v. H. auf 4 v. H.,
- Erhöhung der Kilometerpauschale von 0,36 DM auf 0,43 DM ab 1989,
- Verzicht auf die Einführung eines Pauschbetrags für das häusliche Arbeitszimmer eines Arbeitnehmers in Höhe von 800 DM,
- Verzicht auf die Kürzung des Vorwegabzugs bei Land- und Forstwirten,
- Beibehaltung des Sonderausgaben-Pauschbetrags auf reduziertem Niveau (108/216 DM bei Ledigen/Verheirateten),
- Aufhebung der zeitlichen Beschränkung beim Verlustabzug,
- Einführung einer Gleitregelung bei den Freibeträgen gemäß § 14 a Abs. 4 und 5 EStG; Verlängerung des Freibetrags gemäß § 14 a Abs. 5 (Freibetrag bei Schuldentilgung) um weitere vier Jahre,
- Abschaffung der Pauschbesteuerung beim Zuzug von Steuerpflichtigen aus dem Ausland (§ 31 EStG),
- Fortführung der bisherigen Steuerermäßigung gemäß § 34 c Abs. 4 EStG für die deutsche Handelsschiffahrt im internationalen Verkehr durch Zuordnung der Gewinne aus der Veräußerung der Handelsschiffe zu den gemäß § 34 c Abs. 4 EStG begünstigten Einkünften,
- Beschränkung der Grenzsteuerbelastung in den Steuerklassen V und VI auf den neuen Einkommensteuer-Spitzensatz von 53 v. H.,
- Verzicht auf die Dreizehntelung der Jahreslohnsteuertabelle,
- Erhöhung der Tageslohngrenze für die Lohnsteuerpauschalierung bei kurzfristigen Beschäftigungen von 42 DM auf 120 DM, zugleich Erhöhung des Pauschsteuersatzes für diese Beschäfti-

gungsverhältnisse auf 25 v. H.; Anhebung der Stundenlohngrenze für kurzfristige und geringfügige Beschäftigungen von 12 auf 18 DM,

- Beibehaltung der Verpflichtung des Arbeitgebers mit mindestens zehn Arbeitnehmern zur Durchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs,
- Verzicht auf die neue Kapitalertragsteuer bei Erträgen aus Girokonten, für die kein höherer Zins oder Bonus als 0,5 v. H. gezahlt wird,
- Verzicht auf die neue Kapitalertragsteuer im Interbankengeschäft zwischen inländischen und ausländischen Kreditinstituten,
- Verzicht auf die neue Kapitalertragsteuer bei Erträgen aus Bausparguthaben, sofern der Steuerpflichtige im Jahr der Gutschrift Arbeitnehmer-Sparzulage oder Wohnungsbauprämie erhalten hat,
- Einführung einer Bagatellgrenze von 10 DM Zinsgutschrift je Konto bei der Erhebung der neuen Kapitalertragsteuer bei Erträgen, die bei Kreditinstituten anfallen,
- Verzicht auf die Erhebung der neuen Kapitalertragsteuer bei bestimmten Refinanzierungsinstrumenten ausländischer Zweigstellen inländischer Kreditinstitute,
- Verzicht auf die Erhebung der neuen Kapitalertragsteuer, wenn der Steuerpflichtige dem Kreditinstitut eine Nichtveranlagungs(NV)-Bescheinigung vorlegt,
- Begrenzung des Importwarenabschlags auf 10 v. H. in zwei Stufen anstelle des zunächst ebenfalls in zwei Stufen vorgesehenen Vollabbaus,
- Steuerfreiheit des Gewinns aus der Entnahme von betrieblichem Grund und Boden, auf dem eine eigengenutzte Wohnung des Steuerpflichtigen oder eine Altenteilerwohnung errichtet wird,
- Verlängerung der Ausnahmeregelung bei der Einschränkung des Verlustausgleichs und des Verlustabzugs gemäß § 15a EStG für Verluste bei mit öffentlichen Mitteln geförderten Gebäuden um fünf Jahre,
- Inanspruchnahme der Steuerbefreiung gemeinnütziger Wohnungs- und Siedlungsunternehmen auf Antrag auch noch im Jahre 1990,
- Beibehaltung der Steuerfreiheit für die Vermietung von Wohnungen an die Mitglieder bei Wohnungsbaugenossenschaften und -vereinen, wenn diese in gewissem Umfang auch andere Geschäfte betreiben,
- Beibehaltung der Steuerbefreiung derjenigen Organe der staatlichen Wohnungspolitik, die Kreditinstitute sind,
- Beibehaltung der Steuerbefreiung bestimmter gemeinnütziger Siedlungsunternehmen,

- Anwendung der Regelungen über den Mantelkauf und ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen nicht bereits nach dem 22. März 1988 (Tag des Kabinettsbeschlusses), sondern nach dem Tag der dritten Lesung des Steuerreformgesetzes im Deutschen Bundestag,
- Herabsetzung des Körperschaftsteuersatzes für das Zweite Deutsche Fernsehen von 8 v. H. auf 7,4 v. H. der Entgelte aus Werbesendungen,
- Verlängerung der Übergangsfrist bei der Aufhebung des Investitionszulagengesetzes um ein Jahr bei solchen Investitionen, die vor dem 1. April 1989 begonnen worden sind; dementsprechende Verschiebung der bei der Berliner Investitionszulage geplanten Änderungen,
- Aufkommensneutrale Umschichtung der Umsatzsteuerpräferenzen des Berlinförderungsgesetzes bei Zigaretten und Rauchtabak,
- Anhebung der Höchstgrenze für die Grundzulage bei Investitionen in Berlin von 7 500 DM auf 22 500 DM,
- Absenkung der Versicherungssteuer für die Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr von 5 auf 1,4 v. H.,
- Vollständige Übernahme des Bankenerlasses in die Abgabenordnung,
- Verzicht auf die Neuregelung der für die Bemessung von Verspätungszuschlägen maßgebenden Kriterien,
- Vorverlegung der Anwendung der Vorschriften über die strafbefreiende Erklärung von Einkünften aus Kapitalvermögen und von Kapitalvermögen auf den 14. Oktober 1987,
- Absenkung der Arbeitnehmer-Sparzulage für Vermögensbeteiligungen von 23 v. H. auf 20 v. H.,
- Erhöhung der Wohnungsbauprämie von 8 v. H. auf 10 v. H. für Neuverträge und Absenkung der Wohnungsbauprämie für Altverträge von 14 v. H. auf 10 v. H., d. h. Gleichstellung von Alt- und Neuverträgen,
- Ermächtigung der Länder, für Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß Unternehmen, die aufgrund des Wegfalls des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes steuerpflichtig werden, etwaige Mieterhöhungen auf maximal 5 v. H. jährlich zu begrenzen,
- bessere Verzahnung von § 37 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes und § 22c des Wohnungsbaugesetzes für das Saarland mit § 34c der Gewerbeordnung,
- Vollständige Aufhebung des Gesetzes über Gebührenbefreiungen,
- Anpassung des Kindergeldzuschlags an die Absenkung des Eingangssatzes und die Erhöhung des Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer.

Weiterhin schlägt der Ausschuß vor, den vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf für erledigt zu erklären, nachdem diese Gesetzesvorlage materiell in die Beschlußempfehlung übernommen worden ist. Schließlich schlägt der Ausschuß vor, die von der Fraktion DIE GRÜNEN und von der Fraktion der SPD eingebrachten Anträge abzulehnen.

Der Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1990 in der vom Ausschuß geänderten Fassung wurde von den Koalitionsfraktionen gegen die Fraktion der SPD und gegen die Fraktion DIE GRÜNEN ohne Stimmenthaltungen angenommen. Die Erledigterklärung des vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurfs erfolgte einvernehmlich. Der von der Fraktion DIE GRÜNEN vorgelegte Antrag wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Fraktion DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt. Der Antrag der Fraktion der SPD wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

C. Alternativen

1. SPD-Fraktion

Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfs mit folgenden Maßnahmen auf:

a) Konzentration der Steuersenkungen auf kleine und mittlere Einkommen durch

   - Erhöhung des Grundfreibetrags von derzeit 4 752/9 504 DM um 2 000/4 000 DM auf 6 750/13 500 DM (Ledige/Verheiratete)

   - Absenkung des Eingangssteuersatzes von derzeit 22 v. H. auf 19 v. H.

b) Umgestaltung des Familienlastenausgleichs durch

   - Ersatz des Kinderfreibetrags durch ein einheitliches Kindergeld von monatlich 130 DM für das erste, 200 DM für das zweite und 300 DM für jedes weitere Kind, wobei das Kindergeld direkt von der Steuerschuld abzuziehen ist (Finanzamtslösung)

   - Begrenzung des Ehegattensplittings und Verwendung der dabei zu erzielenden Mehreinnahmen für eine weitere Erhöhung des Kindergeldes

c) Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage in Höhe von 50 000 DM und Einleitung einer investitionsfördernden Körperschaftsteuerreform

d) Verzicht auf die neue Kapitalertragsteuer und statt dessen Einführung eines Mitteilungsverfahrens bei gleichzeitiger Verzehnfachung des Sparer-Freibetrags auf 3 000/6 000 DM (Ledige/Verheiratete)

e) Abbau überholter Subventionen und ungerechtfertigter Steuerprivilegien

f) Begrenzung der Steuermindereinnahmen auf ein Nettovolumen, das für die öffentlichen Haushalte verkraftbar ist, so daß Bund, Länder und Gemeinden finanziell handlungsfähig bleiben und notwendige Leistungen für die Bürger weiterhin erbringen können.

2. Fraktion DIE GRÜNEN

Die Fraktion DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung auf, einen aufkommensneutralen Gesetzentwurf mit folgenden Maßnahmen vorzulegen:

a) Umgestaltung des Tarifs durch

- Anhebung des Grundfreibetrags auf 10 000/20 000 DM (Ledige/Verheiratete)
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 60 %

b) Umgestaltung des Familienlastenausgleichs durch

- Streichung des Ehegattensplittings
- einkommensneutrale Gewährung des doppelten Grundfreibetrags für Ehepaare
- Erhöhung des Kindergelds auf 210—450 DM je nach Kindesalter bei gleichzeitiger Abschaffung der Kinderfreibeträge

c) Korrekte Besteuerung der Zinseinkünfte durch

- Einführung einer Quellensteuer mit einem Steuersatz von 25 %, verbunden mit der ersatzlosen Streichung des Bankenerlasses
- Kontrollmitteilungen der Kreditwirtschaft an die Finanzämter
- Anhebung des Sparer-Freibetrags auf 1 750/3 500 DM (Ledige/Verheiratete)

d) Umsteuerung zu einer ökologischen Wirtschaftsweise durch

- verstärkte Nutzung von Ressourcensteuern und Schadstoffabgaben
- Gewährung eines einheitlichen Verkehrsgeldes anstelle eines vom Verkehrsmittel abhängigen Werbungskostenabzugs bei Fahrten zum Arbeits- oder Ausbildungsplatz

e) Beschäftigungswirksame Steuerpolitik durch

- Umstellung des Steuersystems dahin gehend, daß es keinen Anreiz zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen bietet, arbeitsintensive Wirtschaftsweisen nicht benachteiligt und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert
- Erhebung einer Ergänzungsabgabe zur Finanzierung von arbeitszeitverkürzenden und beschäftigungswirksamen Maßnahmen

f) Stärkung der kommunalen Finanzausstattung durch

- Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 15 v. H. auf 16 v. H. und Verteilung der zusätzlichen Mittel für die Gemeinden unter Berücksichtigung von Strukturschwächen, Arbeitslosenzahlen und Sozialhilfelasten
- Ausweitung der Gewerbesteuerpflicht auf Freiberufler
- Einführung einer progressiven Hebesatzgestaltung und mittelfristige Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Wertschöpfungssteuer.

D. Kosten

Das Steuerreformgesetz 1990 führt im Entstehungsjahr 1990 per Saldo zu Steuermindereinnahmen von 19,1 Mrd. DM (Regierungsentwurf 20,8 Mrd. DM). Die Veränderungen gegenüber dem Gesetzentwurf in Höhe von 1,7 Mrd. DM sind zum einen bedingt durch die Auswirkungen der neuen mittelfristigen Steuerschätzung auf die Einkommensteuersenkung (Verringerung der Steuerentlastungen um 2,5 Mrd. DM), zum anderen durch die Beschlüsse des Finanzausschusses zum Finanzierungsteil (Verringerung der Mehreinnahmen um 0,8 Mrd. DM).

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. a) den vom Finanzausschuß verabschiedeten Teil des Entwurfs eines Steuerreformgesetzes 1990 — Drucksachen 11/2157, 11/2226, 11/2299 — in der anliegenden Fassung anzunehmen und den übrigen Teil des Gesetzentwurfs einer späteren Beschlußfassung vorzubehalten,

   b) folgende Entschließung zu fassen:

   „Der Deutsche Bundestag hat die steuerlichen Probleme der Fremdfinanzierung von Kapitalgesellschaften durch ihre Anteilseigner eingehend erörtert. Es wurde festgestellt, daß die Anteilseigner ihren Kapitalgesellschaften in zahlreichen Fällen in übersteigertem Maße Fremdkapital zugeführt haben. Im Hinblick auf die große Bedeutung für einen ungestörten Wettbewerb und für die Sicherung des Steueraufkommens hält der Deutsche Bundestag eine gesetzliche Regelung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung für erforderlich, die hinausgeht sowohl über die krassen Fälle, in denen schon nach geltendem Recht steuerrechtlich verdecktes Nennkapital anzunehmen ist, als auch über die Fallgruppen, die Gegenstand des Regierungsentwurfs sind. Aus diesem Grund ist der Deutsche Bundestag der Ansicht, daß gegenüber der von der Bundesregierung vorgeschlagenen kleinen Lösung eine umfassendere Lösung (sog. große Lösung) erforderlich ist. Der Deutsche Bundestag stellt deshalb den Gesetzentwurf insoweit zurück. Er wird eine große Lösung so zeitig beschließen, daß sie zeitgleich mit dem Steuerreformgesetz 1990 wirksam werden kann, und ersucht den Bundesminister der Finanzen, zur Vorbereitung der weiteren Beratungen ergänzende Vorschläge vorzulegen."

2. den Gesetzentwurf des Bundesrates — Drucksache 11/676 — für erledigt zu erklären,

3. den Antrag des Abgeordneten Sellin und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/1187 (neu) — abzulehnen,

4. den Antrag der Abgeordneten Dr. Apel, Roth, Dr. Spöri u. a. und der Fraktion der SPD — Drucksache 11/1335 — abzulehnen.

Bonn, den 16. Juni 1988

Der Finanzausschuß

Gattermann	**Glos**	**Poß**
Vorsitzender	Berichterstatter	

Beschlüsse des 7. Ausschusses

Entwurf eines Steuerreformgesetzes 1990

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1987 (BGBl. I S. 657), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 5 werden die Worte „die Sonderfreibeträge nach § 32 Abs. 7 und 8" durch die Worte „den Haushaltsfreibetrag nach § 32 Abs. 7" ersetzt.

2. Dem § 2a werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

   „(3) Sind nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei einem unbeschränkt Steuerpflichtigen aus einer in einem ausländischen Staat belegenen Betriebsstätte stammende Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit von der Einkommensteuer zu befreien, so ist auf Antrag des Steuerpflichtigen ein Verlust, der sich nach den Vorschriften des inländischen Steuerrechts bei diesen Einkünften ergibt, bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte abzuziehen, soweit er vom Steuerpflichtigen ausgeglichen oder abgezogen werden könnte, wenn die Einkünfte nicht von der Einkommensteuer zu befreien wären, und soweit er nach diesem Abkommen zu befreiende positive Einkünfte aus gewerblicher Tätigkeit aus anderen in diesem ausländischen Staat belegenen Betriebsstätten übersteigt. Soweit der Verlust dabei nicht ausgeglichen wird, ist bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 10d der Verlustabzug zulässig. Der nach den Sätzen 1 und 2 abgezogene Betrag ist, soweit sich in einem der folgenden Veranlagungszeiträume bei den nach diesem Abkommen zu befreienden Einkünften aus gewerblicher Tätigkeit aus in diesem ausländischen Staat belegenen Betriebsstätten insgesamt ein positiver Betrag ergibt, in dem betreffenden Veranlagungszeitraum bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte wieder hinzuzurechnen. Satz 3 ist nicht anzuwenden, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß nach den für ihn geltenden Vorschriften des ausländischen Staates ein Abzug von Verlusten in anderen Jahren als dem Verlustjahr allgemein nicht beansprucht werden kann.

   (4) Wird eine in einem ausländischen Staat belegene Betriebsstätte in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt, so ist ein nach Absatz 3 Sätze 1 und 2 abgezogener Verlust, soweit er nach Absatz 3 Satz 3 nicht wieder hinzugerechnet worden ist oder nicht noch hinzuzurechnen ist, im Veranlagungszeitraum der Umwandlung in entsprechender Anwendung des Absatzes 3 Satz 3 dem Gesamtbetrag der Einkünfte hinzuzurechnen. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn

   1. bei der umgewandelten Betriebsstätte die Voraussetzungen des Absatzes 3 Satz 4 vorgelegen haben oder

   2. der Steuerpflichtige nachweist, daß die Kapitalgesellschaft nach den für sie geltenden Vorschriften einen Abzug von Verlusten der Betriebsstätte nicht beanspruchen kann."

3. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 1 Buchstabe d werden nach dem Wort „Frauen" das Komma durch das Wort „sowie" ersetzt und die Worte „sowie Dienst- und Anwärterbezüge, die für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs als Mutterschaftsgeld aus öffentlichen Kassen gezahlt werden" gestrichen.

   b) Am Ende der Nummer 11 werden das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz angefügt:

      „Voraussetzung für die Steuerfreiheit ist, daß der Empfänger mit den Bezügen nicht zu einer bestimmten wissenschaftlichen oder künstlerischen Gegenleistung oder zu einer Arbeitnehmertätigkeit verpflichtet wird;".

   c) In Nummer 13 werden die Worte „Reisekostenvergütungen und Umzugskostenvergütungen" durch die Worte „Reisekostenvergütungen, Umzugskostenvergütungen und Trennungsgelder" ersetzt.

   d) Nummer 15 wird wie folgt gefaßt:

      „15. Zuwendungen, die Arbeitnehmer anläßlich ihrer Eheschließung oder der Geburt eines Kindes von ihrem Arbeitgeber erhalten, soweit sie jeweils 700 Deutsche Mark nicht übersteigen;".

   e) Nummer 16 wird wie folgt gefaßt:

      „16. die Vergütungen, die Arbeitnehmer außerhalb des öffentlichen Dienstes von ihrem Arbeitgeber zur Erstattung von Reisekosten, Umzugskosten oder Mehraufwendungen bei doppelter Haushaltsführung erhalten, soweit sie die beruflich veranlaßten Mehraufwendungen, bei Verpflegungsmehraufwendungen die Höchstbeträge nach § 9 Abs. 4 und bei

Familienheimfahrten mit einem eigenen oder zur Nutzung überlassenen Kraftfahrzeug die Pauschbeträge nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 nicht übersteigen;".

f) Nach Nummer 24 wird folgende Nummer 25 eingefügt:

„25. Entschädigungen nach dem Bundesseuchengesetz;".

g) In Nummer 51 wird die Zahl „1200" durch die Zahl „2400" ersetzt.

h) Nummer 53 wird aufgehoben.

i) In Nummer 61 wird das Zitat „§ 4 Nr. 2" durch das Zitat „§ 4 Abs. 1 Nr. 2" ersetzt.

j) Nummer 63 wird wie folgt gefaßt:

„63. Einkünfte der in § 49 bezeichneten Art, wenn sie in der Deutschen Demokratischen Republik oder in Berlin (Ost) bezogen und dort zu einer der inländischen Einkommensteuer entsprechenden Steuer tatsächlich herangezogen werden;".

k) Nummer 68 wird aufgehoben.

4. § 3b wird wie folgt gefaßt:

„§ 3b

Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit

(1) Steuerfrei sind Zuschläge, die für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit neben dem Grundlohn gezahlt werden, soweit sie

1. für Nachtarbeit 25 vom Hundert,
2. vorbehaltlich der Nummern 3 und 4 für Sonntagsarbeit 50 vom Hundert,
3. vorbehaltlich der Nummer 4 für Arbeit am 31. Dezember ab 14 Uhr und an den gesetzlichen Feiertagen 125 vom Hundert,
4. für Arbeit am 24. Dezember ab 14 Uhr, am 25. und 26. Dezember sowie am 1. Mai 150 vom Hundert

des Grundlohns nicht übersteigen.

(2) Grundlohn ist der laufende Arbeitslohn, der dem Arbeitnehmer bei der für ihn maßgebenden regelmäßigen Arbeitszeit für den jeweiligen Lohnzahlungszeitraum zusteht; er ist in einen Stundenlohn umzurechnen. Nachtarbeit ist die Arbeit in der Zeit von 20 Uhr bis 6 Uhr. Sonntagsarbeit und Feiertagsarbeit ist die Arbeit in der Zeit von 0 Uhr bis 24 Uhr des jeweiligen Tages. Die gesetzlichen Feiertage werden durch die am Ort der Arbeitsstätte geltenden Vorschriften bestimmt.

(3) Beträgt bei dem Arbeitnehmer der Anteil der vor 0 Uhr aufgenommenen Nachtarbeit im Lohnzahlungszeitraum mehr als 50 vom Hundert der Arbeitszeit, gilt abweichend von den Absätzen 1 und 2 folgendes:

1. Für Nachtarbeit in der Zeit 0 Uhr bis 4 Uhr erhöht sich der Zuschlagssatz auf 40 vom Hundert,
2. als Sonntagsarbeit und Feiertagsarbeit gilt auch die Arbeit in der Zeit von 0 Uhr bis 4 Uhr des auf den Sonntag oder Feiertag folgenden Tages."

5. § 4 Abs. 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlaß, soweit sie 80 vom Hundert der Aufwendungen übersteigen, die nach der allgemeinen Verkehrsauffassung als angemessen anzusehen und deren Höhe und betriebliche Veranlassung nachgewiesen sind. Zum Nachweis der Höhe und der betrieblichen Veranlassung der Aufwendungen hat der Steuerpflichtige schriftlich die folgenden Angaben zu machen: Ort, Tag, Teilnehmer und Anlaß der Bewirtung sowie Höhe der Aufwendungen. Hat die Bewirtung in einer Gaststätte stattgefunden, so genügen Angaben zu dem Anlaß und den Teilnehmern der Bewirtung; die Rechnung über die Bewirtung ist beizufügen;".

b) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. Mehraufwendungen für Verpflegung, soweit sie 140 vom Hundert der höchsten Tagegeldbeträge des Bundesreisekostengesetzes übersteigen;".

c) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 8a eingefügt:

„8a. Zinsen auf hinterzogene Steuern nach § 235 der Abgabenordnung;".

6. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

„(4) Rückstellungen für die Verpflichtung zu einer Zuwendung anläßlich eines Dienstjubiläums dürfen nur gebildet werden, wenn das Dienstverhältnis mindestens zehn Jahre bestanden hat, das Dienstjubiläum das Bestehen eines Dienstverhältnisses von mindestens fünfzehn Jahren voraussetzt und die Zusage schriftlich erteilt ist."

b) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden Absätze 5 und 6.

7. In § 6 Absatz 1 wird nach Nummer 2 folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. Steuerpflichtige, die den Gewinn nach § 5 ermitteln, können für den Wertansatz gleichartiger Wirtschaftsgüter des Vorratsvermögens unterstellen, daß die zuletzt angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter zuerst verbraucht oder veräußert worden sind, soweit dies den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchfüh-

rung entspricht, diese Verbrauchs- oder Veräußerungsfolge auch für den Wertansatz in der handelsrechtlichen Jahresbilanz unterstellt wird und kein Bewertungsabschlag nach § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe m vorgenommen wird. Der Vorratsbestand am Schluß des Wirtschaftsjahrs, das der erstmaligen Anwendung der Bewertung nach Satz 1 vorangeht, gilt mit seinem Durchschnittswert als erster Zugang des neuen Wirtschaftsjahrs. Von der Verbrauchs- oder Veräußerungsfolge nach Satz 1 kann in den folgenden Wirtschaftsjahren nur mit Zustimmung des Finanzamts abgewichen werden."

8. § 6b wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

         aaa) Nach den Worten „die im Wirtschaftsjahr der Veräußerung" werden die Worte „oder im vorangegangenen Wirtschaftsjahr" eingefügt.

         bbb) Die Zahl „80" wird durch die Zahl „50" ersetzt.

         ccc) Der letzte Teilsatz wird wie folgt gefaßt:

         „bei Veräußerung von Grund und Boden, Gebäuden, Aufwuchs auf oder Anlagen im Grund und Boden kann ein Betrag bis zur vollen Höhe des bei der Veräußerung entstandenen Gewinns abgezogen werden."

      bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

         aaa) Am Ende der Nummer 4 werden das Komma und das Wort „oder" durch einen Punkt ersetzt.

         bbb) Nummer 5 wird aufgehoben.

      cc) Die Sätze 5 und 6 werden aufgehoben.

   b) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „Absatzes 1 Satz 2 Nr. 2 bis 5" durch die Worte „Absatzes 1 Satz 2 Nr. 2 bis 4" ersetzt.

   c) Nach Absatz 4 wird folgender neuer Absatz 5 eingefügt:

   „(5) An die Stelle der Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des Absatzes 1 tritt in den Fällen, in denen das Wirtschaftsgut im Wirtschaftsjahr vor der Veräußerung angeschafft oder hergestellt worden ist, der Buchwert am Schluß des Wirtschaftsjahrs der Anschaffung oder Herstellung."

   d) Der bisherige Absatz 5 wird neuer Absatz 6; in dem neuen Absatz 6 werden die Worte „von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsguts" gestrichen.

   e) Der bisherige Absatz 6 wird neuer Absatz 7.

   f) Der bisherige Absatz 7 wird neuer Absatz 8 und wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden die Worte „Absätze 1 bis 6" durch die Worte „Absätze 1 bis 7" ersetzt.

      bb) In Satz 2 werden die Worte „Anteilen an Kapitalgesellschaften oder" gestrichen.

   g) Der bisherige Absatz 8 wird neuer Absatz 9; in dem neuen Absatz 9 werden die Worte „Absatz 7" jeweils durch die Worte „Absatz 8" ersetzt.

9. In § 6c Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Herstellungskosten" die Worte „oder von dem Wert nach § 6b Abs. 5" eingefügt.

10. § 8 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden die Worte „Mittelpreisen des Verbrauchsorts" durch die Worte „Endpreisen am Abgabeort" ersetzt.

      bb) Folgende Sätze werden angefügt:

      „Die Werte nach Satz 2 sind auch bei Arbeitnehmern anzusetzen, die nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegen, wenn sie für deren Sachbezüge nicht offensichtlich unzutreffend sind. Die oberste Finanzbehörde eines Landes kann mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen für weitere Sachbezüge der Arbeitnehmer Durchschnittswerte festsetzen."

   b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

   „(3) Erhält ein Arbeitnehmer auf Grund seines Dienstverhältnisses Waren oder Dienstleistungen, die vom Arbeitgeber nicht überwiegend für den Bedarf seiner Arbeitnehmer hergestellt, vertrieben oder erbracht werden und deren Bezug nicht nach § 40 pauschal versteuert wird, so gelten als deren Werte abweichend von Absatz 2 die um vier vom Hundert geminderten Endpreise, zu denen der Arbeitgeber oder der dem Abgabeort nächstansässige Abnehmer die Waren oder Dienstleistungen fremden Letztverbrauchern im allgemeinen Geschäftsverkehr anbietet. Die sich nach Abzug der vom Arbeitnehmer gezahlten Entgelte ergebenden Vorteile sind steuerfrei, soweit sie aus dem Dienstverhältnis insgesamt 2400 Deutsche Mark im Kalenderjahr nicht übersteigen."

11. § 9 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Nummer 4 wird wie folgt gefaßt:

      „4. Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Fährt der Arbeitnehmer an einem Arbeitstag mehrmals zwischen Wohnung und Arbeitsstätte hin und her, so sind die zusätzlichen Fahrten nur zu berücksichtigen, soweit sie durch einen zusätzlichen Arbeitsein-

satz außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit oder durch eine Arbeitszeitunterbrechung von mindestens vier Stunden veranlaßt sind. Hat ein Arbeitnehmer mehrere Wohnungen, so sind die Fahrten von oder zu einer Wohnung, die nicht der Arbeitsstätte am nächsten liegt, nur zu berücksichtigen, wenn sie den Mittelpunkt der Lebensinteressen des Arbeitnehmers bildet und nicht nur gelegentlich aufgesucht wird. Bei Fahrten mit einem eigenen oder zur Nutzung überlassenen Kraftfahrzeug sind die Aufwendungen mit den folgenden Pauschbeträgen anzusetzen:

a) bei Benutzung eines Kraftwagens 0,50 Deutsche Mark,

b) bei Benutzung eines Motorrads oder Motorrollers 0,22 Deutsche Mark

für jeden Kilometer der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte; für die Bestimmung der Entfernung ist die kürzeste benutzbare Straßenverbindung maßgebend;".

bb) In Nummer 5 werden im Satz 4 das Wort „eigenem" durch die Worte „einem eigenen oder zur Nutzung überlassenen" und das Zitat „Nummer 4 Satz 2" durch das Zitat „Nummer 4 Satz 4" ersetzt sowie Satz 5 aufgehoben.

cc) Nummer 6 wird wie folgt gefaßt:

„6. Aufwendungen für Arbeitsmittel, zum Beispiel für Werkzeuge und typische Berufskleidung. § 6 Abs. 2 Sätze 1 bis 3 gilt sinngemäß. Nummer 7 bleibt unberührt;".

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Anstelle der Pauschbeträge nach Absatz 1 Nr. 4 Satz 4 können

1. Behinderte, deren Grad der Behinderung mindestens 70 beträgt,

2. Behinderte, deren Grad der Behinderung weniger als 70, aber mindestens 50 beträgt und die in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind,

für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und für Familienheimfahrten die tatsächlichen Aufwendungen ansetzen."

c) Absatz 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Mehraufwendungen für Verpflegung können höchstens mit 140 vom Hundert der höchsten Tagegeldbeträge des Bundesreisekostengesetzes als Werbungskosten anerkannt werden."

12. § 9a wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. von den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit:

ein Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 2000 Deutsche Mark;".

b) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag darf nur bis zur Höhe der um den Versorgungs-Freibetrag (§ 19 Abs. 2) geminderten Einnahmen, die Pauschbeträge nach den Nummern 2 und 3 dürfen nur bis zur Höhe der Einnahmen abgezogen werden."

13. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 Satz 3 wird aufgehoben.

bb) Nummer 3 wird wie folgt gefaßt:

„3. 50 vom Hundert der an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen geleisteten Beiträge;".

cc) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. Zinsen nach den §§ 233a, 234 und 237 der Abgabenordnung;".

dd) In der Nummer 7 wird Satz 4 aufgehoben.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Das Wort „Beiträge" wird durch das Wort „Beträge" ersetzt.

bb) Nummer 1 wird aufgehoben.

cc) Die Nummern 2 bis 4 werden Nummern 1 bis 3.

dd) In der neuen Nummer 3 werden die Worte „eine Arbeitnehmer-Sparzulage nach § 13 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes gewährt wird" durch die Worte „Anspruch auf eine Arbeitnehmer-Sparzulage nach § 13 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes besteht" ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Für Vorsorgeaufwendungen gelten je Kalenderjahr folgende Höchstbeträge:

1. ein Grundhöchstbetrag von 2340 Deutsche Mark,

im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten von 4680 Deutsche Mark;

2. für Beiträge nach Absatz 1 Nr. 2 zusätzlich ein Vorwegabzug von 4000 Deutsche Mark,

im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten von 8000 Deutsche Mark.

Diese Beträge sind zu kürzen

a) bei Steuerpflichtigen,

aa) die bei einem Träger der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ihrer Berufsgruppe pflichtversichert sind — ausgenommen bei einer landwirtschaftlichen Alterskasse — und die Pflichtbeiträge nicht allein tragen,

bb) denen für den Fall ihres Ausscheidens aus der Beschäftigung auf Grund des Beschäftigungsverhältnisses oder denen nach Beendigung der Ausübung eines Mandats eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zusteht oder die in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern sind,

cc) die eine Berufstätigkeit ausüben und im Zusammenhang damit auf Grund vertraglicher Vereinbarungen Anwartschaftsrechte auf eine Altersversorgung ganz oder teilweise ohne eigene Beitragsleistung erwerben,

dd) für die der Arbeitgeber Ausgaben für die Zukunftssicherung im Sinne des § 3 Nr. 62 Sätze 2 bis 4 leistet,

um 9 vom Hundert,

b) bei Steuerpflichtigen,

aa) die bei einem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung oder einer Ersatzkasse pflichtversichert sind — ausgenommen bei einer landwirtschaftlichen Krankenkasse — und die Pflichtbeiträge nicht allein tragen,

bb) die Anspruch auf Beihilfe in Krankheits- und Geburtsfällen oder auf Zuschüsse zu Krankenversicherungsbeiträgen auf Grund beamtenrechtlicher Regelungen, tarifvertraglicher Regelungen für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes oder entsprechender gesetzlicher Vorschriften oder des Abgeordnetengesetzes, des Europaabgeordnetengesetzes oder der entsprechenden Gesetze der Länder oder nach beamtenrechtlichen Grundsätzen von Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Verbänden von Körperschaften haben,

cc) die einen gesetzlichen Anspruch auf Zuschüsse zu Krankenversicherungsbeiträgen haben,

um 3 vom Hundert

des Arbeitslohns aus der Beschäftigung, der Einkünfte nach § 22 Nr. 4 aus der Mandatsausübung und des Gewinns aus der Tätigkeit, mit der die Alters- oder Krankenversorgung zusammenhängt, höchstens des Jahresbetrags der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten oder des Anteils dieses Jahresbetrags, der auf die Dauer der Beschäftigung, Mandatsausübung oder Tätigkeit im Kalenderjahr entfällt;

3. soweit die Vorsorgeaufwendungen den Grundhöchstbetrag und den Vorwegabzug übersteigen, können sie zur Hälfte, höchstens bis zu 50 vom Hundert des Grundhöchstbetrags abgezogen werden (hälftiger Höchstbetrag)."

d) Absatz 5 wird aufgehoben.

e) Absatz 6 wird Absatz 5.

14. In § 10a Abs. 2 Satz 3 werden die Worte „unterliegen sie einer Nachversteuerung mit den Sätzen" durch die Worte „gelten sie zum Zweck der Nachversteuerung als außerordentliche Einkünfte im Sinne" ersetzt.

15. § 10c wird wie folgt gefaßt:

„§ 10c

Sonderausgaben-Pauschbetrag, Vorsorgepauschale

(1) Für Sonderausgaben nach § 10 Abs. 1 Nr. 1, 1a, 4 bis 7 und nach § 10b wird ein Pauschbetrag von 108 Deutsche Mark abgezogen (Sonderausgaben-Pauschbetrag), wenn der Steuerpflichtige nicht höhere Aufwendungen nachweist. Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten ist der Betrag nach Satz 1 zu verdoppeln.

(2) Hat der Steuerpflichtige Arbeitslohn bezogen, so wird für Vorsorgeaufwendungen (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 und 3) eine Vorsorgepauschale abgezogen, wenn der Steuerpflichtige nicht Aufwendungen nachweist, die zu einem höheren Abzug führen. Die Vorsorgepauschale beträgt 18 vom Hundert des Arbeitslohns, jedoch

1. höchstens 4000 Deutsche Mark abzüglich 12 vom Hundert des Arbeitslohns zuzüglich

2. höchstens 2340 Deutsche Mark, soweit der Teilbetrag nach Nummer 1 überschritten wird, zuzüglich

3. höchstens die Hälfte bis zu 1170 Deutsche Mark, soweit die Teilbeträge nach den Nummern 1 und 2 überschritten werden.

Die Vorsorgepauschale ist auf den nächsten durch 54 ohne Rest teilbaren vollen Deutsche-Mark-Betrag abzurunden, wenn sie nicht bereits durch 54 ohne Rest teilbar ist. Arbeitslohn im Sinne der Sätze 1 und 2 ist der um den Versorgungs-Freibetrag (§ 19 Abs. 2) und den Altersentlastungsbetrag (§ 24a) verminderte Arbeitslohn.

(3) Für Arbeitnehmer, die während des ganzen oder eines Teils des Kalenderjahrs

1. in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfrei oder auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherungspflicht befreit waren und denen für den Fall ihres Ausscheidens aus der Beschäftigung auf Grund des Beschäftigungsverhältnisses eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zusteht oder die in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern sind oder

2. nicht der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht unterliegen, eine Berufstätigkeit ausgeübt und im Zusammenhang damit auf Grund vertraglicher Vereinbarungen Anwartschaftsrechte auf eine Altersversorgung ganz oder teilweise ohne eigene Beitragsleistung erworben haben oder

3. Versorgungsbezüge im Sinne des § 19 Abs. 2 Nr. 1 erhalten haben oder

4. Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten haben,

beträgt die Vorsorgepauschale 18 vom Hundert des Arbeitslohns, jedoch höchstens 2000 Deutsche Mark.

(4) Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten zur Einkommensteuer sind

1. die Deutsche-Mark-Beträge nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3 und Absatz 3 zu verdoppeln und

2. Absatz 2 Satz 4 auf den Arbeitslohn jedes Ehegatten gesondert anzuwenden.

Wenn beide Ehegatten Arbeitslohn bezogen haben und ein Ehegatte zu dem Personenkreis des Absatzes 3 gehört, ist die höhere Vorsorgepauschale abzuziehen, die sich ergibt, wenn entweder die Deutsche-Mark-Beträge nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3 verdoppelt und der sich für den Ehegatten im Sinne des Absatzes 3 nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ergebende Betrag auf 2000 Deutsche Mark begrenzt wird oder der Arbeitslohn des nicht unter Absatz 3 fallenden Ehegatten außer Betracht bleibt. Nummer 1 gilt auch, wenn die tarifliche Einkommensteuer nach § 32a Abs. 6 zu ermitteln ist."

16. § 10d wird wie folgt gefaßt:

„§ 10d

Verlustabzug

(1) Verluste, die bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht ausgeglichen werden, sind bis zu einem Betrag von insgesamt 10 Millionen Deutsche Mark wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte des zweiten dem Veranlagungszeitraum vorangegangenen Veranlagungszeitraums abzuziehen; soweit ein Abzug danach nicht möglich ist, sind sie wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte des ersten dem Veranlagungszeitraum vorangegangenen Veranlagungszeitraums abzuziehen. Sind für die vorangegangenen Veranlagungszeiträume bereits Steuerbescheide erlassen worden, so sind sie insoweit zu ändern, als der Verlustabzug zu gewähren oder zu berichtigen ist. Das gilt auch dann, wenn die Steuerbescheide unanfechtbar geworden sind; die Verjährungsfristen enden insoweit nicht, bevor die Verjährungsfrist für den Veranlagungszeitraum abgelaufen ist, in dem Verluste nicht ausgeglichen werden.

(2) Nicht ausgeglichene Verluste, die nach Absatz 1 nicht abgezogen werden können, sind in den folgenden Veranlagungszeiträumen wie Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abzuziehen. Der Abzug ist nur insoweit zulässig, als die Verluste in den vorangegangenen Veranlagungszeiträumen nicht abgezogen werden konnten (verbleibender Verlustabzug).

(3) Der am Schluß eines Veranlagungszeitraums verbleibende Verlustabzug ist gesondert festzustellen. Verbleibender Verlustabzug ist der bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht ausgeglichene Verlust, vermindert um die nach den Absätzen 1 und 2 abgezogenen Beträge und vermehrt um den auf den Schluß des vorangegangenen Veranlagungszeitraums festgestellten verbleibenden Verlustabzug. Zuständig für die Feststellung ist das für die Besteuerung des Einkommens zuständige Finanzamt. Feststellungsbescheide sind zu erlassen, aufzuheben oder zu ändern, soweit sich die nach Satz 2 zu berücksichtigenden Beträge ändern und deshalb der entsprechende Steuerbescheid zu erlassen, aufzuheben oder zu ändern ist. Satz 4 ist entsprechend anzuwenden, wenn der Erlaß, die Aufhebung oder die Änderung des Steuerbescheids mangels steuerlicher Auswirkung unterbleibt."

17. In § 12 Nr. 3 wird nach dem Semikolon angefügt:

„das gilt auch für die auf diese Steuern entfallenden Nebenleistungen mit Ausnahme der Zinsen auf Steuerforderungen nach den §§ 233 a, 234 und 237 der Abgabenordnung;".

18. § 14a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 wird nach Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Übersteigt das Einkommen den Betrag von 24 000 Deutsche Mark, so vermindert sich der Betrag von 120 000 Deutsche Mark nach Satz 1 für jede angefangenen 500 Deutsche Mark des übersteigenden Einkommens um 20 000 Deutsche Mark; bei Ehegatten, die nach den §§ 26, 26b zusammen veranlagt werden und deren Einkommen den Betrag von 48 000 Deutsche Mark übersteigt, vermindert sich der Betrag von 120 000 Deutsche Mark nach Satz 1 für jede angefangenen 1 000 Deutsche Mark des übersteigenden Einkommens um 20 000 Deutsche Mark."

b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Jahreszahl „1989" durch die Jahreszahl „1993" ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Übersteigt das Einkommen den Betrag von 24 000 Deutsche Mark, so vermindert sich der Betrag von 90 000 Deutsche Mark nach Satz 1 für jede angefangenen 500 Deutsche Mark des übersteigenden Einkommens um 15 000 Deutsche Mark; bei Ehegatten, die nach den §§ 26, 26b zusammen veranlagt werden und bei denen das Einkommen den Betrag von 48 000 Deutsche Mark übersteigt, vermindert sich der Betrag von 90 000 Deutsche Mark nach Satz 1 für jede angefangenen 1 000 Deutsche Mark des übersteigenden Einkommens um 15 000 Deutsche Mark."

19. § 18 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 4 wird aufgehoben.

   b) Absatz 5 wird Absatz 4.

20. In § 19 werden die Absätze 3 bis 5 aufgehoben.

21. § 19a wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 5 werden die Worte „dem Finanzamt" durch die Worte „der Gemeinde" ersetzt.

      bb) In Nummer 6 wird das Zitat „§ 5 Abs. 4" durch das Zitat „§ 4 Abs. 4 Nr. 6" ersetzt.

   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 1 werden das Semikolon durch ein Komma ersetzt und der nachfolgende Teilsatz gestrichen.

      bb) In Nummer 2 werden die Worte „Kuxe, Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen, die von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgegeben werden," durch die Worte „Kuxe und Wandelschuldverschreibungen, die von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgegeben werden, sowie Gewinnschuldverschreibungen, die vom Arbeitgeber oder von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die keine Kreditinstitute sind, ausgegeben werden," ersetzt.

      cc) In Nummer 3 werden die Worte „von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes" durch die Worte „vom Arbeitgeber oder von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die keine Kreditinstitute sind," ersetzt.

      dd) In den Nummern 10 und 11 werden jeweils das Semikolon durch ein Komma ersetzt und der nachfolgende Teilsatz gestrichen.

   c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

      „(3a) Aktien, Gewinnschuldverschreibungen oder Genußscheine eines Unternehmens, das im Sinne des § 18 Abs. 1 des Aktiengesetzes als herrschendes Unternehmen mit dem Unternehmen des Arbeitgebers verbunden ist, stehen Aktien, Gewinnschuldverschreibungen oder Genußscheinen gleich, die vom Arbeitgeber ausgegeben werden. Entsprechendes gilt für eine Darlehensforderung gegen ein Unternehmen, das im Sinne des § 18 Abs. 1 des Aktiengesetzes als herrschendes Unternehmen mit dem Unternehmen des Arbeitgebers verbunden ist, und für ein Genußrecht an einem solchen Unternehmen."

22. § 20 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

      „Zu den sonstigen Bezügen gehören auch verdeckte Gewinnausschüttungen."

      bb) Nummer 6 wird wie folgt gefaßt:

      „6. Erträge aus Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall. Dies gilt nicht für Zinsen in Höhe von 3,5 vom Hundert aus den Guthaben der Versicherungsnehmer bei Versicherungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b, wenn die Zinsen mit Beiträgen verrechnet oder im Versicherungsfall oder im Fall des Rückkaufs des Vertrags nach Ablauf von zwölf Jahren seit dem Vertragsabschluß ausgezahlt werden. Außerrechnungsmäßige Zinsen fließen dem Gläubiger der Kapitalerträge außer bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag im Zeitpunkt der Gutschrift bei dem Versicherungsvertrag zu. Die Sätze 1 bis 3 sind auf Erträge aus fondsgebundenen Lebensversicherungen entsprechend anzuwenden;".

   b) In Absatz 2 werden am Ende der Nummer 3 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummer 4 angefügt:

      „4. Kapitalerträge aus der Veräußerung oder Abtretung von abgezinsten oder aufgezinsten Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Kapitalforderungen, die eine ähnliche Zweckbestimmung wie Schuldverschreibungen haben und häufiger als dreimal abgetreten werden dürfen, soweit die Kapitalerträge rechnerisch auf die Zeit der Innehabung dieser Wertpapiere oder Forderungen entfallen."

23. In § 24a Satz 1 wird die Zahl „3000" durch die Zahl „3720" ersetzt.

24. In § 26a Abs. 2 werden die Sätze 1 und 2 durch folgenden Satz ersetzt:

    „Außergewöhnliche Belastungen (§§ 33 bis 33c) werden in Höhe des bei einer Zusammenveranlagung der Ehegatten in Betracht kommenden Betrags bei beiden Veranlagungen jeweils zur Hälfte abgezogen, wenn die Ehegatten nicht gemeinsam eine andere Aufteilung beantragen."

25. § 31 wird aufgehoben.

26. § 32 wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

        aa) In den Sätzen 1 bis 3 werden die Zahl „1242" durch die Zahl „1512" und die Zahl „2484" jeweils durch die Zahl „3024" ersetzt.

        bb) In Satz 4 werden die Worte „wenn er seiner Unterhaltsverpflichtung gegenüber dem Kind für das Kalenderjahr nachkommt, der andere Elternteil jedoch nicht oder nur zu einem unwesentlichen Teil," durch die Worte „wenn er, nicht jedoch der andere Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung gegenüber dem Kind für das Kalenderjahr im wesentlichen nachkommt," ersetzt.

    b) Absatz 7 wird wie folgt gefaßt:

        „(7) Ein Haushaltsfreibetrag von 5 616 Deutsche Mark wird bei einem Steuerpflichtigen, für den das Splitting-Verfahren (§ 32a Abs. 5 und 6) nicht anzuwenden und der auch nicht als Ehegatte (§ 26 Abs. 1) getrennt zur Einkommensteuer zu veranlagen ist, vom Einkommen abgezogen, wenn er einen Kinderfreibetrag für mindestens ein Kind erhält, das in seiner Wohnung gemeldet ist. Kinder, die bei beiden Elternteilen gemeldet sind, werden dem Elternteil zugeordnet, in dessen Wohnung sie im Kalenderjahr zuerst gemeldet waren, im übrigen der Mutter oder mit deren Zustimmung dem Vater; die Zustimmung kann nicht widerrufen werden."

    c) Absatz 8 wird aufgehoben.

27. § 32a wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

        „(1) Die tarifliche Einkommensteuer bemißt sich nach dem zu versteuernden Einkommen. Sie beträgt vorbehaltlich der §§ 32b, 34, 34b und 34c jeweils in Deutsche Mark für zu versteuernde Einkommen

        1. bis 5 616 Deutsche Mark (Grundfreibetrag):
           0;

        2. von 5 617 Deutsche Mark bis 8 153 Deutsche Mark:
           $0{,}19 \cdot x - 1\,067$;

        3. von 8 154 Deutsche Mark bis 120 041 Deutsche Mark:
           $(151{,}94 \cdot y + 1\,900) \cdot y + 472$;

        4. von 120 042 Deutsche Mark an:
           $0{,}53 \cdot x - 22\,842$;

        „x" ist das abgerundete zu versteuernde Einkommen. „y" ist ein Zehntausendstel des 8 100 Deutsche Mark übersteigenden Teils des abgerundeten zu versteuernden Einkommens."

    b) In Absatz 4 wird die Zahl „130 031" durch die Zahl „120 041" ersetzt.

    c) In Absatz 5 wird die Zahl „260 063" durch die Zahl „240 083" ersetzt.

28. § 32b wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 Nr. 1 wird wie folgt gefaßt:

        „1. a) Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Konkursausfallgeld, Übergangsgeld, Unterhaltsgeld als Zuschuß, Überbrückungsgeld oder Krankengeld nach dem Arbeitsförderungsgesetz,

        b) Krankengeld, Mutterschaftsgeld, Verletztengeld, Übergangsgeld oder vergleichbare Lohnersatzleistungen nach der Reichsversicherungsordnung, dem Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte, dem Angestelltenversicherungsgesetz oder dem Reichsknappschaftsgesetz,

        c) Mutterschaftsgeld, Zuschuß zum Mutterschaftsgeld sowie die Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz,

        d) Arbeitslosenbeihilfe oder Arbeitslosenhilfe nach dem Soldatenversorgungsgesetz,

        e) Entschädigungen für Verdienstausfall nach dem Bundesseuchengesetz,

        f) Versorgungskrankengeld oder Übergangsgeld nach dem Bundesversorgungsgesetz

        oder".

    b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

        aa) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

            „1. im Fall des Absatzes 1 Nr. 1 die Summe der bezogenen Leistungen nach Abzug des Arbeitnehmer-Pauschbetrags (§ 9a Nr. 1), soweit er nicht bei der Ermittlung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit abziehbar ist;".

        bb) Satz 2 wird aufgehoben.

    c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

        „(3) Die Träger der Sozialleistungen im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 haben bei Einstellung der Leistung oder spätestens am Ende des jeweiligen Kalenderjahrs dem Empfänger die Dauer des Leistungszeitraums sowie Art und Höhe der während des Kalenderjahrs gezahlten Leistungen zu bescheinigen. In der Be-

scheinigung ist der Empfänger auf die steuerliche Behandlung dieser Leistungen und seine Steuererklärungspflicht hinzuweisen."

29. § 33a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Nummern 1 und 2 wie folgt gefaßt:

„1. für eine Person, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder für die der Steuerpflichtige die Voraussetzungen für einen Ausbildungsfreibetrag nach Absatz 2 erfüllt, bis zu 3 024 Deutsche Mark,

2. für andere Personen bis zu 5 400 Deutsche Mark."

bb) In Satz 3 werden die Worte „4 500 und 2 484" durch die Worte „3 024 und 5 400" ersetzt.

b) Absatz 1a wird aufgehoben.

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Der Wortlaut vor Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„Erwachsen einem Steuerpflichtigen Aufwendungen für die Berufsausbildung eines Kindes, für das er einen Kinderfreibetrag erhält oder erhielte, wenn das Kind unbeschränkt einkommensteuerpflichtig wäre, so wird auf Antrag ein Ausbildungsfreibetrag vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen. Das gleiche gilt, wenn ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, für das der Steuerpflichtige keinen Kinderfreibetrag erhält, den gesetzlichen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet hat und im übrigen die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen, für die Zeit bis zur Vollendung des 29. Lebensjahrs des Kindes. Ausbildungsfreibeträge können je Kalenderjahr wie folgt abgezogen werden:".

bb) Nach dem neuen Satz 4 wird folgender Satz eingefügt:

„Der anrechnungsfreie Betrag kann nur in Anspruch genommen werden, wenn der Steuerpflichtige für das Kind einen Kinderfreibetrag erhält."

cc) In dem neuen Satz 8 werden die Worte „nach den Sätzen 1 bis 3" durch die Worte „nach den Sätzen 1 bis 6" ersetzt.

dd) In dem neuen Satz 10 werden die Worte „des Satzes 6" durch die Worte „des Satzes 9" ersetzt.

ee) In dem neuen Satz 11 werden die Worte „der Sätze 5 bis 7" durch die Worte „der Sätze 8 bis 10" ersetzt.

d) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Erwachsen einem Steuerpflichtigen Aufwendungen durch die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt, so können sie bis zu den folgenden Höchstbeträgen vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden:

1. 1 200 Deutsche Mark im Kalenderjahr, wenn

a) der Steuerpflichtige oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte das 60. Lebensjahr vollendet hat oder

b) wegen Krankheit des Steuerpflichtigen oder seines nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten oder eines zu seinem Haushalt gehörigen Kindes im Sinne des § 32 Abs. 1 Satz 1 oder einer anderen zu seinem Haushalt gehörigen unterhaltenen Person, für die eine Ermäßigung nach Absatz 1 gewährt wird, die Beschäftigung einer Hilfe im Haushalt erforderlich ist,

2. 1 800 Deutsche Mark im Kalenderjahr, wenn eine der in Nummer 1 Buchstabe b genannten Personen hilflos im Sinne des § 33b oder schwer behindert ist.

Erwachsen einem Steuerpflichtigen wegen der Unterbringung in einem Heim oder zur dauernden Pflege Aufwendungen, die Kosten für Dienstleistungen enthalten, die mit denen einer Hilfe im Haushalt vergleichbar sind, so können sie bis zu den folgenden Höchstbeträgen vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden:

1. 1 200 Deutsche Mark, wenn der Steuerpflichtige oder sein nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte in einem Heim untergebracht ist, ohne pflegebedürftig zu sein,

2. 1 800 Deutsche Mark, wenn die Unterbringung zur dauernden Pflege erfolgt.

Die jeweiligen Höchstbeträge der Sätze 1 und 2 können auch bei Ehegatten, bei denen die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 vorliegen, insgesamt nur einmal abgezogen werden, es sei denn, die Ehegatten sind wegen Pflegebedürftigkeit eines der Ehegatten an einer gemeinsamen Haushaltsführung gehindert."

e) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Als Ausbildungshilfe bezogene Zuschüsse mindern nur die zeitanteiligen Höchstbeträge und Freibeträge der Kalendermonate, für die die Zuschüsse bestimmt sind."

f) In Absatz 5 werden die Worte „der Absätze 1a bis 3" durch die Worte „der Absätze 2 und 3" ersetzt.

30. § 33b wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Pauschbeträge für Behinderte, Hinterbliebene und Pflegepersonen"

b) Die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefaßt:

„(1) Wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die einem Behinderten unmittelbar infolge seiner Behinderung erwachsen, kann er anstelle einer Steuerermäßigung nach § 33 einen Pauschbetrag nach Absatz 3 geltend machen (Behinderten-Pauschbetrag).

(2) Die Pauschbeträge erhalten

1. Behinderte, deren Grad der Behinderung auf mindestens 50 festgestellt ist;

2. Behinderte, deren Grad der Behinderung auf weniger als 50, aber mindestens auf 25 festgestellt ist, wenn

   a) dem Behinderten wegen seiner Behinderung nach gesetzlichen Vorschriften Renten oder andere laufende Bezüge zustehen, und zwar auch dann, wenn das Recht auf die Bezüge ruht oder der Anspruch auf die Bezüge durch Zahlung eines Kapitals abgefunden worden ist, oder

   b) die Behinderung zu einer äußerlich erkennbaren dauernden Einbuße der körperlichen Beweglichkeit geführt hat oder auf einer typischen Berufskrankheit beruht.

(3) Die Höhe des Pauschbetrags richtet sich nach dem dauernden Grad der Behinderung. Als Pauschbeträge werden gewährt bei einem Grad der Behinderung

von 25 und 30	600 Deutsche Mark
von 35 und 40	840 Deutsche Mark
von 45 und 50	1 110 Deutsche Mark
von 55 und 60	1 410 Deutsche Mark
von 65 und 70	1 740 Deutsche Mark
von 75 und 80	2 070 Deutsche Mark
von 85 und 90	2 400 Deutsche Mark
von 95 und 100	2 760 Deutsche Mark.

Für Behinderte, die infolge ihrer Behinderung so hilflos sind, daß sie für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang fremder Hilfe dauernd bedürfen, und für Blinde erhöht sich der Pauschbetrag auf 7 200 Deutsche Mark."

c) In Absatz 4 wird nach den Worten „720 Deutsche Mark" der Klammerzusatz „(Hinterbliebenen-Pauschbetrag)" eingefügt.

d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

   aa) In Satz 1 werden die Worte „Pauschbetrag für Körperbehinderte" durch die Worte „Behinderten-Pauschbetrag" und die Worte „Pauschbetrag für Hinterbliebene" durch die Worte „Hinterbliebenen-Pauschbetrag" ersetzt.

   bb) In Satz 2 werden die Worte „Sätze 5 bis 7" durch die Worte „Sätze 8 bis 10" ersetzt.

   cc) In Satz 3 werden die Worte „Pauschbetrag für Körperbehinderte" durch die Worte „Behinderten-Pauschbetrag" ersetzt.

e) Nach Absatz 5 wird folgender neuer Absatz 6 eingefügt:

„(6) Wegen der außergewöhnlichen Belastungen, die einem Steuerpflichtigen durch die Pflege einer Person erwachsen, die nicht nur vorübergehend so hilflos ist, daß sie für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in erheblichem Umfang fremder Hilfe dauernd bedarf, kann er anstelle einer Steuerermäßigung nach § 33 einen Pauschbetrag von 1 800 Deutsche Mark im Kalenderjahr geltend machen (Pflege-Pauschbetrag). Voraussetzung ist, daß der Steuerpflichtige die Pflege im Inland entweder in seiner Wohnung oder in der Wohnung des Behinderten persönlich durchführt. Wird ein Behinderter von mehreren Steuerpflichtigen im Veranlagungszeitraum gepflegt, wird der Pauschbetrag nach der Zahl der Pflegepersonen, bei denen die Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 vorliegen, geteilt."

f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7.

31. In der Überschrift des § 33c wird das Wort „Alleinstehender" gestrichen.

32. § 34 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Sind in dem Einkommen außerordentliche Einkünfte enthalten, so ist die darauf entfallende Einkommensteuer nach ermäßigten Steuersätzen zu bemessen. Diese betragen für den Teil der außerordentlichen Einkünfte, der zwei Millionen Deutsche Mark nicht übersteigt, die Hälfte und für den diesen Betrag übersteigenden, aber den Betrag von fünf Millionen Deutsche Mark nicht übersteigenden Teil der außerordentlichen Einkünfte zwei Drittel des durchschnittlichen Steuersatzes, der sich ergäbe, wenn die tarifliche Einkommensteuer nach dem gesamten zu versteuernden Einkommen zuzüglich der dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Einkünfte zu bemessen wäre. Auf das verbleibende zu versteuernde Einkommen ist vorbehaltlich des Absatzes 3 § 32a anzuwenden. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn der Steuerpflichtige auf die außerordentlichen Einkünfte ganz oder teilweise § 6b oder § 6c anwendet."

b) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

„(3) Die Einkommensteuer auf Einkünfte, die die Vergütung für eine mehrjährige Tätigkeit sind, beträgt das Dreifache des Unterschiedsbetrags zwischen der Einkommensteuer für das um diese Einkünfte verminderte zu versteuernde Einkommen (verbleibendes zu versteuerndes Einkommen) und der Einkommensteuer für das verbleibende zu versteuernde Einkommen zuzüglich eines Drittels dieser Einkünfte."

33. § 34b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden im Einleitungssatz die Worte „auf Antrag" gestrichen.

b) In Absatz 3 Nr. 1 werden am Ende des Satzes das Semikolon durch ein Komma ersetzt und folgender Teilsatz angefügt:

„die auf außerordentliche Einkünfte bis zwei Millionen Deutsche Mark Anwendung finden;".

34. § 34c Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

„Statt der Anrechnung oder des Abzugs einer ausländischen Steuer (Absätze 1 bis 3) ist bei unbeschränkt Steuerpflichtigen auf Antrag die auf ausländische Einkünfte aus dem Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr entfallende Einkommensteuer nach den Steuersätzen des § 34 Abs. 1 Satz 2 zu bemessen, die auf außerordentliche Einkünfte bis zwei Millionen Deutsche Mark Anwendung finden."

b) Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Zum Betrieb von Handelsschiffen im internationalen Verkehr gehören auch die Vercharterung von Handelsschiffen für die in Satz 2 bezeichneten Zwecke, wenn die Handelsschiffe vom Vercharterer ausgerüstet worden sind, die mit dem Betrieb und der Vercharterung von Handelsschiffen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Neben- und Hilfsgeschäfte sowie die Veräußerung von im internationalen Verkehr betriebenen Handelsschiffen."

35. In § 34f Abs. 2 wird die Zahl „600" durch die Zahl „750" ersetzt.

36. Am Ende des § 36 Abs. 2 Nr. 2 werden das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und folgende Sätze angefügt:

„In den Fällen des § 20 Abs. 2 Nr. 3 wird auf die Einkommensteuer des Veräußerers 10 vom Hundert der ihm gezahlten Stückzinsen oder 10 vom Hundert des Unterschiedsbetrags zwischen den ihm gezahlten und den von ihm gezahlten Stückzinsen als Kapitalertragsteuer angerechnet. Dabei sind die Stückzinsen ohne Berücksichtigung der im nächsten Zinszahlungszeitpunkt einzubehaltenden Kapitalertragsteuer zugrunde zu legen. Die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend für die Anrechnung der Kapitalertragsteuer des Erwerbers, der am Ende des Zinszahlungszeitraums Inhaber der Schuldverschreibung gewesen ist. In den Fällen des § 20 Abs. 2 Nr. 4 gelten die Sätze 2 bis 4 entsprechend. Die Kapitalertragsteuer wird in den Fällen der Sätze 2 und 5 unabhängig davon angerechnet, ob sie einbehalten und abgeführt worden ist;".

37. In § 37 Abs. 3 Satz 4 wird die Zahl „1800" durch die Zahl „1200" ersetzt.

38. § 38c wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 wird die Zahl „22" durch die Zahl „19" sowie der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Teilsatz angefügt:

„für den 60 048 Deutsche Mark übersteigenden Teil des abgerundeten zu versteuernden Einkommens beträgt die auszuweisende Einkommensteuer 53 vom Hundert."

bb) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. des Arbeitnehmer-Pauschbetrags (§ 9a Nr. 1) für die Steuerklassen I bis V,".

cc) Die Nummern 2 und 7 werden aufgehoben.

dd) Die Nummern 3 bis 6 und 8 werden Nummern 2 bis 6.

ee) In der neuen Nummer 2 werden die Zahl „270" durch die Zahl „108" und die Zahl „540" durch die Zahl „216" ersetzt.

ff) In der neuen Nummer 3 werden das Zitat „§ 10c Abs. 3" durch das Zitat „§ 10c Abs. 2 bis 4", die Worte „in Höhe des § 10c Abs. 3 Satz 2" durch die Worte „nach Maßgabe des § 10c Abs. 2" und die Worte „in Höhe des § 10c Abs. 4 Nr. 1" durch die Worte „nach Maßgabe des § 10c Abs. 2 und Abs. 4 Nr. 1" ersetzt.

gg) In der neuen Nummer 5 werden die Zahl „2484" durch die Zahl „3024" und die Zahl „1242" durch die Zahl „1512" ersetzt.

hh) In der neuen Nummer 6 wird die Zahl „18" durch die Zahl „2" ersetzt.

b) In Absatz 2 werden das Zitat „§ 10c Abs. 5" durch das Zitat „§ 10c Abs. 3", das Zitat „Nummer 4" durch das Zitat „Nummer 3", der Klammerzusatz „(§ 10c Abs. 3)" durch den Klammerzusatz „(§ 10c Abs. 2 bis 4)", die Worte „in Höhe des § 10c Abs. 3 Satz 3" durch die Worte „nach Maßgabe des § 10c Abs. 3" und die Worte „in Höhe des § 10c Abs. 4 Nr. 1" durch die Worte „nach Maßgabe des § 10c Abs. 3 und Abs. 4 Nr. 1" ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Dabei sind die Anfangsbeträge der Arbeitslohnstufen und die Lohnsteuerbeträge für die Monatslohnsteuertabellen mit einem Zwölftel, für die Wochenlohnsteuertabellen mit 7/360 und für die Tageslohnsteuertabellen mit 1/360 der Jahresbeträge anzusetzen; Bruchteile eines Pfennigs bleiben jeweils außer Ansatz."

bb) Die Sätze 3 und 4 werden aufgehoben.

39. § 39 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Kinderfreibeträge" die Worte „bei den Steuer-

klassen I bis IV" eingefügt sowie die Zahl „1242" durch die Zahl „1512", die Zahl „2484" durch die Zahl „3024" ersetzt und das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt.

bb) Nummer 4 wird aufgehoben.

cc) Die Sätze 2 bis 8 werden aufgehoben.

b) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 3a und 3b eingefügt:

„(3a) Soweit bei dem Arbeitnehmer Kinderfreibeträge nach § 32 Abs. 1 bis 6 zu berücksichtigen und nicht nach Absatz 3 von der Gemeinde auf der Lohnsteuerkarte einzutragen sind, ist die auf der Lohnsteuerkarte eingetragene Zahl der Kinderfreibeträge sowie im Falle des § 38b Nr. 2 die Steuerklasse vom Finanzamt auf Antrag zu ändern. In den Fällen des § 32 Abs. 6 Nr. 1 Alternative 2 und letzter Satz gilt dies nur, wenn nach den tatsächlichen Verhältnissen zu erwarten ist, daß die Voraussetzungen auch im Laufe des Kalenderjahrs bestehen bleiben. Der Antrag kann nur nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck gestellt werden.

(3b) Für die Eintragungen nach den Absätzen 3 und 3a sind die Verhältnisse zu Beginn des Kalenderjahrs maßgebend, für das die Lohnsteuerkarte gilt. Auf Antrag des Arbeitnehmers kann eine für ihn ungünstigere Steuerklasse oder Zahl der Kinderfreibeträge auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden. In den Fällen der Steuerklassen III und IV sind bei der Eintragung der Zahl der Kinderfreibeträge auch Kinder des Ehegatten zu berücksichtigen. Die Eintragungen sind die gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen im Sinne des § 179 Abs. 1 der Abgabenordnung, die unter dem Vorbehalt der Nachprüfung steht. Den Eintragungen braucht eine Belehrung über den zulässigen Rechtsbehelf nicht beigefügt zu werden."

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden das Komma nach dem Wort „Familienstands" durch das Wort „und" ersetzt, die Worte „und der Zahl der Kinder" gestrichen, am Ende der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Teilsatz angefügt: „dies gilt nicht, wenn eine Änderung als Folge einer nach Absatz 3a Satz 2 durchgeführten Übertragung des Kinderfreibetrags in Betracht kommt."

bb) In Satz 2 werden die Worte „Satz 1" gestrichen und die Worte „Absatzes 3 Satz 4" durch die Worte „Absatzes 3a" ersetzt.

d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden das Komma nach dem Wort „Steuerklasse" durch das Wort „oder" ersetzt, die Worte „oder höhere Zahl der Kinder" gestrichen und die Worte „Absatzes 3 Satz 4" durch die Worte „Absatzes 3a" ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

e) In Absatz 5a Satz 3 wird das Zitat „Absatz 3 Sätze 7 und 8" durch das Zitat „Absatz 3b Sätze 4 und 5" ersetzt.

40. § 39a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird aufgehoben.

bb) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 1, die bisherige Nummer 4 wird Nummer 2, die bisherige Nummer 5 wird Nummer 3, die bisherige Nummer 2 wird Nummer 4 und die bisherige Nummer 6 wird Nummer 5.

cc) In der neuen Nummer 1 wird das Wort „Werbungskosten-Pauschbetrag" durch das Wort „Arbeitnehmer-Pauschbetrag" ersetzt.

dd) In der neuen Nummer 2 wird die Zahl „270" durch die Zahl „108" ersetzt.

ee) In der neuen Nummer 3 wird das Zitat „§§ 33, 33a und 33c" durch das Zitat „§§ 33, 33a, 33b Abs. 6 und § 33c" ersetzt.

ff) In der neuen Nummer 4 werden das Wort „Körperbehinderte" durch das Wort „Behinderte" und das Zitat „§ 33b" durch das Zitat „§ 33b Abs. 1 bis 5" ersetzt.

gg) In der neuen Nummer 5 werden das Zitat „§ 52 Abs. 21 Satz 4" durch das Zitat „§ 52 Abs. 21 Sätze 4 und 5", die Zahl „2400" durch die Zahl „3000" und in Satz 2 die Worte „der Wohnung, für die die Steuerbegünstigung nach § 10e oder nach § 15b des Berlinförderungsgesetzes in Anspruch genommen wird," durch die Worte „des begünstigten Objekts" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „den Altersfreibetrag und", die Worte „in einer Summe", das Semikolon und der zweite Halbsatz gestrichen und das Wort „Körperbehinderte" durch das Wort „Behinderte" ersetzt.

bb) Satz 4 wird wie folgt gefaßt:

„Der Antrag ist hinsichtlich eines Freibetrags aus der Summe der nach Absatz 1 Nr. 1 bis 3 in Betracht kommenden Aufwendungen und Beträge unzulässig, wenn die Aufwendungen im Sinne des § 9, soweit sie den Arbeitnehmer-Pauschbetrag übersteigen, die Aufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 1, 1a, 4 bis 7, der §§ 10b, 33 und 33c sowie die abziehbaren Beträge nach den §§ 33a und 33b Abs. 6 insgesamt 1200 Deutsche Mark nicht übersteigen."

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden das Zitat „Nr. 1, 2, 4 bis 6" durch das Zitat „Nr. 2 bis 5", die Worte „Absatzes 1 Nr. 4" durch die Worte „Absatzes 1 Nr. 2", die Zahl „270" durch die Zahl „108" und die Zahl „540" durch die Zahl „216" ersetzt.

bb) In Satz 2 werden nach den Worten „im Sinne des § 9," die Worte „soweit sie jeweils den Arbeitnehmer-Pauschbetrag übersteigen, und der Aufwendungen im Sinne" eingefügt.

d) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt: „§ 153 Abs. 2 der Abgabenordnung ist nicht anzuwenden."

e) Absatz 5 wird aufgehoben.

f) Absatz 6 wird Absatz 5 und wie folgt gefaßt:

„(5) Ist zuwenig Lohnsteuer erhoben worden, weil auf der Lohnsteuerkarte ein Freibetrag unzutreffend eingetragen worden ist, hat das Finanzamt den Fehlbetrag vom Arbeitnehmer nachzufordern, wenn er 20 Deutsche Mark übersteigt."

41. § 39b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „, der Weihnachts-Freibetrag (§ 19 Abs. 3)" gestrichen.

bb) In Satz 4 wird das Zitat „§ 10c Abs. 5" durch das Zitat „§ 10c Abs. 3" ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden die Worte „, der Weihnachts-Freibetrag (§ 19 Abs. 3)" gestrichen.

bb) In Satz 3 wird das Zitat „§ 10c Abs. 5" durch das Zitat „§ 10c Abs. 3" ersetzt.

cc) In Satz 6 werden die Worte „der Sätze 9 bis 11" durch die Worte „des Satzes 9" ersetzt und die Worte „, den Weihnachts-Freibetrag" gestrichen.

dd) Satz 8 wird wie folgt gefaßt:

„Werden in einem Lohnzahlungszeitraum neben laufendem Arbeitslohn sonstige Bezüge von insgesamt nicht mehr als 300 Deutsche Mark gezahlt, so sind sie dem laufenden Arbeitslohn hinzuzurechnen."

ee) Die Sätze 9 und 10 werden durch den folgenden Satz ersetzt:

„Die Lohnsteuer ist bei einem sonstigen Bezug im Sinne des § 34 Abs. 3 in der Weise zu ermäßigen, daß der sonstige Bezug bei der Anwendung des Satzes 5 mit einem Drittel anzusetzen und der Unterschiedsbetrag im Sinne des Satzes 7 zu verdreifachen ist."

ff) In Satz 11 werden die Worte „ist die nach Satz 7 oder nach Nummer 2" durch die Worte „, die zwei Millionen Deutsche Mark nicht übersteigen, ist die nach Satz 7" ersetzt.

42. In § 39c Abs. 3 Satz 3 werden die Worte „, Zahl der Kinder" gestrichen.

43. § 39d Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird aufgehoben.

b) Die Nummern 2 bis 4 werden Nummern 1 bis 3.

c) In der neuen Nummer 1 wird das Wort „Werbungskosten-Pauschbetrag" durch das Wort „Arbeitnehmer-Pauschbetrag" ersetzt.

d) In der neuen Nummer 2 wird die Zahl „270" durch die Zahl „108" ersetzt.

e) In der neuen Nummer 3 wird das Zitat „§ 33a Abs. 1" durch das Zitat „§ 33a Abs. 1 und 2" ersetzt.

f) In Satz 4 wird das Zitat „§ 39a Abs. 4 bis 6" durch das Zitat „§ 39a Abs. 4 und 5" ersetzt.

44. § 40 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 4 wird die Zahl „1000" durch die Zahl „2000" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Abweichend von Absatz 1 kann der Arbeitgeber die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 25 vom Hundert erheben, soweit er

1. arbeitstäglich eine Mahlzeit im Betrieb unentgeltlich oder verbilligt an die Arbeitnehmer abgibt oder Barzuschüsse an ein anderes Unternehmen leistet, das arbeitstäglich eine Mahlzeit unentgeltlich oder verbilligt an die Arbeitnehmer abgibt,

2. Arbeitslohn aus Anlaß von Betriebsveranstaltungen zahlt,

3. Erholungsbeihilfen gewährt, wenn diese zusammen mit Erholungsbeihilfen, die in demselben Kalenderjahr früher gewährt worden sind, 300 Deutsche Mark für den Arbeitnehmer, 200 Deutsche Mark für dessen Ehegatten und 100 Deutsche Mark für jedes Kind nicht übersteigen und der Arbeitgeber sicherstellt, daß die Beihilfen zu Erholungszwecken verwendet werden."

45. § 40a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird durch die folgenden Absätze 1 und 2 ersetzt:

„(1) Der Arbeitgeber kann unter Verzicht auf die Vorlage einer Lohnsteuerkarte bei Arbeitnehmern, die nur kurzfristig beschäftigt werden, die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 25 vom Hundert des Arbeitslohns erheben. Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn der Arbeitnehmer bei dem Arbeitge-

ber gelegentlich, nicht regelmäßig wiederkehrend beschäftigt wird, die Dauer der Beschäftigung 18 zusammenhängende Arbeitstage nicht übersteigt und

1. der Arbeitslohn während der Beschäftigungsdauer 120 Deutsche Mark durchschnittlich je Arbeitstag nicht übersteigt oder

2. die Beschäftigung zu einem unvorhersehbaren Zeitpunkt sofort erforderlich wird.

(2) Der Arbeitgeber kann unter Verzicht auf die Vorlage einer Lohnsteuerkarte bei Arbeitnehmern, die nur in geringem Umfang und gegen geringen Arbeitslohn beschäftigt werden, die Lohnsteuer mit einem Pauschsteuersatz von 15 vom Hundert des Arbeitslohns erheben. Eine Beschäftigung in geringem Umfang und gegen geringen Arbeitslohn liegt vor, wenn der Arbeitnehmer bei dem Arbeitgeber laufend beschäftigt wird und bei monatlicher Lohnzahlung die Beschäftigungsdauer 86 Stunden und der Arbeitslohn 520 Deutsche Mark nicht übersteigt; bei kürzeren Lohnzahlungszeiträumen darf die Beschäftigungsdauer 20 Stunden und der Arbeitslohn 120 Deutsche Mark wöchentlich nicht übersteigen."

b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 3 bis 5.

c) In dem neuen Absatz 3 werden das Zitat „Absatz 1" durch das Zitat „den Absätzen 1 und 2" und die Zahl „2" durch die Zahl „3" ersetzt.

d) In dem neuen Absatz 4 werden das Zitat „Absätzen 1 und 2" durch das Zitat „Absätzen 1 bis 3" und die Zahl „12" durch die Zahl „18" ersetzt.

e) In dem neuen Absatz 5 wird das Zitat „Absätzen 1 und 2" durch das Zitat „Absätzen 1 bis 3" ersetzt.

46. § 40b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Zahl „10" durch die Zahl „15", das Komma durch einen Punkt ersetzt und der nachfolgende Teilsatz gestrichen.

b) In Absatz 2 werden die Zahl „2400" jeweils durch die Zahl „3000" und die Zahl „3600" durch die Zahl „4200" ersetzt.

47. In § 41 Abs. 1 wird Satz 5 durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Ferner sind das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld, der Zuschuß zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz sowie die Entschädigungen für Verdienstausfall nach dem Bundesseuchengesetz einzutragen. Besteht während der Dauer des Dienstverhältnisses in anderen Fällen als in denen des Satzes 5 zeitweise kein Anspruch auf Arbeitslohn, so ist dies jeweils durch Eintragung des Großbuchstabens U zu vermerken."

48. § 41b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. die Dauer des Dienstverhältnisses während des Kalenderjahrs, für das die Lohnsteuerkarte gilt, sowie zusätzlich die Anzahl der nach § 41 Abs. 1 Satz 6 vermerkten Großbuchstaben U,".

bb) Nummer 4 wird wie folgt gefaßt:

„4. das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld, den Zuschuß zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz sowie die Entschädigungen für Verdienstausfall nach dem Bundesseuchengesetz".

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Absatz 3 wird Absatz 2 und wie folgt geändert:

Die Worte „Die Absätze 1 und 2 gelten" werden durch die Worte „Absatz 1 gilt" ersetzt.

49. § 41c wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „oder eines Lohnzettels" gestrichen.

b) In Absatz 4 Nr. 3 werden die Worte „oder einen Lohnzettel" gestrichen.

50. § 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 werden am Ende der Nummer 2 das Semikolon durch einen Punkt ersetzt und Nummer 3 aufgehoben.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Dabei bleiben ermäßigt besteuerte Entschädigungen im Sinne des § 34 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 2 außer Ansatz, wenn der Arbeitnehmer nicht ihre Einbeziehung in den Lohnsteuer-Jahresausgleich beantragt."

bb) In Satz 3 werden die Worte „, der Weihnachts-Freibetrag" gestrichen.

cc) In Satz 4 wird der Teilsatz nach dem Semikolon wie folgt gefaßt:

„dabei sind die §§ 10e, 34 Abs. 1, §§ 34c, 34f, 35 und 52 Abs. 21 Sätze 4 bis 6 sowie § 15b des Berlinförderungsgesetzes nicht anzuwenden."

51. § 42a Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 3 werden die Worte „, der Weihnachts-Freibetrag" gestrichen.

b) In Satz 4 wird der Teilsatz nach dem Semikolon wie folgt gefaßt:

„dabei sind die §§ 10e, 34 Abs. 1, §§ 34c, 34f, 35 und 52 Abs. 21 Sätze 4 bis 6 sowie § 15b des Berlinförderungsgesetzes nicht anzuwenden."

52. § 42b wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 werden die Worte „und der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer einen Lohnzettel noch nicht ausgeschrieben hat" gestrichen.

bb) In Nummer 4 werden die Worte „Kurzarbeitergeld oder Schlechtwettergeld" durch die Worte „Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld, Zuschuß zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz oder Entschädigungen für Verdienstausfall nach dem Bundesseuchengesetz" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden das Komma vor dem Wort „Bezüge" durch das Wort „und" ersetzt und folgende Worte gestrichen:

„und ermäßigt besteuerte Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen".

bb) In Satz 3 werden die Worte „, der Weihnachts-Freibetrag" gestrichen.

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden das Komma durch das Wort „und" ersetzt und die Worte „und auf dem Lohnzettel" gestrichen.

bb) In Satz 3 werden die Worte „und im Lohnzettel" gestrichen.

53. In § 42c werden die Absatzbezeichnung „(1)" gestrichen und Absatz 2 aufgehoben.

54. § 42d wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Lohnkonto" das Komma durch das Wort „oder" ersetzt und die Worte „oder im Lohnzettel" gestrichen.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird das Zitat „§ 39a Abs. 6" durch das Zitat „§ 39a Abs. 5" ersetzt.

bb) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. soweit auf Grund der nach § 10 Abs. 5 erlassenen Rechtsverordnung eine Nachversteuerung durchzuführen ist,".

cc) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. soweit aufgrund des § 19a Abs. 2 Satz 2 eine Nachversteuerung in den vom Arbeitgeber oder Kreditinstitut angezeigten Fällen durchzuführen ist."

c) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für die Nachforderung zu übernehmender pauschaler Lohnsteuer."

d) In Absatz 6 werden die Worte „in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1985 (BGBl. I S. 1068)" gestrichen.

55. § 43 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 3 wird folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. Kapitalerträgen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 5 in den Fällen der Nummer 8 Buchstabe b;".

bb) Die bisherigen Nummern 4 bis 6 werden Nummern 5 bis 7.

cc) Am Ende der Nummer 7 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt; folgende Nummer 8 wird angefügt:

„8. Kapitalerträgen im Sinne des § 20 Abs. 1 Nr. 7,

a) wenn die Kapitalforderungen in Schuldverschreibungen verbrieft sind oder eine ähnliche Zweckbestimmung wie Schuldverschreibungen haben und häufiger als dreimal abgetreten werden dürfen oder in ein öffentliches Schuldbuch eingetragen sind. Dies gilt nicht für Kapitalerträge, die nach den §§ 3 und 3a steuerfrei sind oder nach den Nummern 2 und 6 dem Steuerabzug unterliegen;

b) wenn der Schuldner der nicht in Buchstabe a genannten Kapitalerträge ein inländisches Kreditinstitut im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, eine Bausparkasse, ein Postgiroamt, ein Postsparkassenamt oder die Deutsche Bundesbank bei Geschäften für ihre Betriebsangehörigen ist; als Schuldner der Kapitalerträge gilt auch eine inländische Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts im Sinne des § 53 des Gesetzes über das Kreditwesen. Der Steuerabzug ist nicht vorzunehmen,

aa) wenn auch der Gläubiger der Kapitalerträge ein inländisches Kreditinstitut im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen einschließlich der inländischen Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts im Sinne des § 53 des Gesetzes über das Kreditwesen, eine Bausparkasse, ein Postgiroamt, ein Postsparkassenamt, die Deutsche Bundesbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist. Ist der Gläubiger ein Kreditinstitut ohne Sitz oder Geschäfts-

leitung im Inland, ist der Steuerabzug nicht vorzunehmen, wenn nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit dem Staat des Sitzes oder der Geschäftsleitung des Kreditinstituts die Kapitalerträge im Inland nicht besteuert werden können; dies gilt auch, wenn der Gläubiger Sitz oder Geschäftsleitung in einem anderen Staat hat und wenn er einen eigenständigen erwerbswirtschaftlichen Zweck als Kreditinstitut verfolgt und eine entsprechende eigene wirtschaftliche Tätigkeit in einem in kaufmännischer Weise eingerichteten Betrieb ausübt. Der Steuerabzug ist auch nicht vorzunehmen, wenn der Gläubiger eine Notenbank oder vergleichbare Einrichtung ohne Sitz oder Geschäftsleitung im Inland ist,

bb) wenn es sich um Kapitalerträge aus Spareinlagen im Sinne der §§ 21 und 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über das Kreditwesen handelt, für die kein steigender Zins, Bonus oder allgemein höherer Zins als der niedrigste Satz für Spareinlagen bei dem Kreditinstitut oder der Zweigstelle an demselben Ort gezahlt wird,

cc) wenn es sich um Kapitalerträge aus Sichteinlagen handelt, für die kein höherer Zins oder Bonus als 0,5 vom Hundert gezahlt wird,

dd) wenn es sich um Kapitalerträge aus Guthaben bei einer Bausparkasse auf Grund eines Bausparvertrags handelt und der Steuerpflichtige im Kalenderjahr der Gutschrift dieser Kapitalerträge für Aufwendungen an die Bausparkasse eine Arbeitnehmer-Sparzulage oder eine Wohnungsbauprämie erhalten hat,

ee) wenn die Kapitalerträge bei den einzelnen Guthaben im Kalenderjahr nur einmal gutgeschrieben werden und zehn Deutsche Mark nicht übersteigen;

c) wenn der Schuldner der nicht in Buchstabe a genannten Kapitalerträge keine der in Buchstabe b bezeichneten Einrichtungen ist und der Gläubiger der Kapitalerträge Sitz, Geschäftsleitung, Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Inland hat und keine inländische Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts im Sinne des § 53 des Gesetzes über das Kreditwesen ist. Dies gilt nur, wenn der Schuldner der Kapitalerträge eine inländische Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes ist oder die Leistungen bei dem inländischen Schuldner Betriebsausgaben sind."

dd) In Satz 2 werden die Worte „Nummern 1 bis 6" durch die Worte „Nummern 1 bis 8" ersetzt.

b) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:

„Kapitalerträge im Sinne des Absatzes 1 Nr. 8 Buchstabe b gelten auch als inländische, wenn sie von einer inländischen Zweigstelle eines ausländischen Kreditinstituts im Sinne des § 53 des Gesetzes über das Kreditwesen ausgezahlt oder gutgeschrieben werden. Sie gelten nicht als inländische, wenn sie von einer ausländischen Zweigstelle eines inländischen Kreditinstituts ausgezahlt oder gutgeschrieben werden; dies gilt auch für Erträge aus Kapitalforderungen im Sinne des Absatzes 1 Nr. 8 Buchstabe a, wenn die Kapitalerträge von einer ausländischen Zweigstelle eines inländischen Kreditinstituts ausgezahlt oder gutgeschrieben werden und wenn die Kapitalforderungen eine Laufzeit von nicht mehr als zwei Jahren haben und nicht an unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige veräußert werden oder veräußert werden dürfen."

56. § 43a Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 4" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 3" ersetzt.

b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:

„2. in den Fällen des § 43 Abs. 1 Nr. 5:

a) wenn der Vertrag für die Dauer von mindestens zwölf Jahren abgeschlossen worden ist oder nach Ablauf von zwölf Jahren seit dem Vertragsabschluß zurückgekauft wird,

aa) 10 vom Hundert des Kapitalertrags, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

11 1/9 vom Hundert des tatsächlich gutgeschriebenen Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt,

bb) 25 vom Hundert des vor Ablauf des Versicherungsvertrags außer im Versicherungsfall ausgezahlten

Kapitalertrags, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

33⅓ vom Hundert des tatsächlich ausgezahlten Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt,

b) wenn der Vertrag nicht für die Dauer von mindestens zwölf Jahren abgeschlossen worden ist,

aa) 10 vom Hundert der außerrechnungsmäßigen Zinsen, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

11⅑ vom Hundert des tatsächlich gutgeschriebenen Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt,

bb) 25 vom Hundert des vor Ablauf des Versicherungsvertrags oder im Versicherungsfall ausgezahlten, nicht dem Steuerabzug nach Doppelbuchstabe aa unterliegenden Kapitalertrags, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

33⅓ vom Hundert des tatsächlich ausgezahlten Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt,

c) wenn der Vertrag vor Ablauf von zwölf Jahren seit dem Vertragsabschluß zurückgekauft wird,

25 vom Hundert des nicht dem Steuerabzug nach Buchstaben a unterliegenden Kapitalertrags, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

33⅓ vom Hundert des tatsächlich ausgezahlten Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt,

d) wenn es sich um Kapitalversicherungen gegen Einmalbeitrag oder um Rentenversicherungen mit Kapitalwahlrecht gegen Einmalbeitrag handelt,

25 vom Hundert des Kapitalertrags, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

33⅓ vom Hundert des tatsächlich ausgezahlten Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt;".

c) Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden Nummern 3 und 4.

d) In der Nummer 3 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" ersetzt.

e) In der Nummer 4 werden das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 7" und am Ende der Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

f) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. in den Fällen des § 43 Abs. 1 Nr. 4 und 8:

10 vom Hundert des Kapitalertrags, wenn der Gläubiger die Kapitalertragsteuer trägt,

11⅑ vom Hundert des tatsächlich ausgezahlten Betrags, wenn der Schuldner die Kapitalertragsteuer übernimmt."

57. § 44 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 8" ersetzt.

b) In Absatz 1 Satz 1 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 8" ersetzt.

58. § 44a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 3 und 4" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 3 und 8 Buchstabe b" ersetzt.

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 8 Buchstabe b ist der Steuerabzug nicht vorzunehmen, wenn der Gläubiger eine der in Absatz 4 Nr. 1 und 2 genannten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen ist. Absatz 4 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend."

59. § 44b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1 und 2" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4, 5 und 8 Buchstabe a", das Zitat „§ 45a Abs. 3" durch das Zitat „§ 45a Abs. 2 oder 3" und das Zitat „§ 36b Abs. 3 bis 5 und § 36c" durch das Zitat „§ 36 Abs. 2 Nr. 2 Sätze 2 bis 6, § 36b Abs. 3 bis 5 und § 36c" ersetzt.

b) In Absatz 4 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 3 bis 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 3 bis 6" ersetzt.

c) In Absatz 5 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" ersetzt.

60. § 44c wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Worte „die einbehaltene Kapitalertragsteuer" durch die Worte „die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. eine nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 bis 8 oder 10 bis 16 des Körperschaftsteuergesetzes oder nach anderen Gesetzen von der Körperschaftsteuer befreite Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse oder".

bb) Die Worte „auf Antrag die Hälfte der auf Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1

Nr. 1 erhobenen Kapitalertragsteuer" werden durch folgende Worte ersetzt: „auf Antrag des Gläubigers bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 8 sowie bei Kapitalerträgen aus Anteilscheinen an einem Sondervermögen im Sinne des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften die einbehaltene und abgeführte Kapitalertragsteuer; bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 1 wird die Hälfte der einbehaltenen und abgeführten Kapitalertragsteuer erstattet".

c) In Absatz 3 wird das Zitat „§ 36b Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 und § 36c" durch das Zitat „§ 36 Abs. 2 Nr. 2 Sätze 2 bis 6, § 36b Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 und § 36c" ersetzt.

61. Nach § 44c wird folgender § 45 eingefügt:

„§ 45

Ausschluß der Erstattung von Kapitalertragsteuer

(1) In den Fällen des § 20 Abs. 2 Nr. 2 ist die Erstattung von Kapitalertragsteuer an den Erwerber von Dividendenscheinen oder von Zinsscheinen nach § 37 Abs. 2 der Abgabenordnung ausgeschlossen.

(2) § 45 Abs. 2 und 3 des Körperschaftsteuergesetzes gilt sinngemäß."

62. § 45a wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift werden die Worte „in den Fällen des § 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 und 8" angefügt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „In den Fällen des § 43 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 ist der Schuldner vorbehaltlich" durch die Worte „Der Schuldner ist vorbehaltlich des Satzes 4 und" ersetzt.

bb) In Satz 2 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 2 bis 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 und 8" ersetzt.

cc) Folgender Satz wird angefügt:

„In den Fällen des § 45b Satz 4 ist die Bescheinigung nur auf Verlangen des Gläubigers zu erteilen."

63. Nach § 45a wird folgender neuer § 45b eingefügt:

„§ 45b

Besondere Behandlung von Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 5 und 6

Die Einkommensteuer ist durch den Steuerabzug vom Kapitalertrag abgegolten, soweit es sich um Kapitalerträge im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 5 in den Fällen des § 43a Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa und Buchstabe b Doppelbuchstabe aa handelt und der Steuerpflichtige wegen der Steuerabzugsbeträge nicht in Anspruch genommen werden kann. Dies gilt nicht, wenn die Kapitalerträge beim Gläubiger zu den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb oder aus selbständiger Arbeit gehören. Satz 1 gilt auch bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 6. Auf Antrag des Steuerpflichtigen ist Satz 1 in den Fällen des § 43a Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa und Buchstabe b Doppelbuchstabe aa nicht anzuwenden und die Veranlagung der Einkünfte im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 5 zusammen mit den übrigen Einkünften durchzuführen."

64. Der bisherige § 45b wird § 45c.

65. In § 45c wird jeweils das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 7" ersetzt.

66. § 46 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Zahl „48 000" durch die Zahl „54 000" und die Zahl „24 000" durch die Zahl „27 000" ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

„1. wenn die Summe der einkommensteuerpflichtigen Einkünfte, die nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn zu unterwerfen waren, vermindert um die darauf entfallenden Beträge nach § 13 Abs. 3 und § 24a, oder die Summe der Einkünfte und Leistungen, die dem Progressionsvorbehalt unterliegen, jeweils mehr als 800 Deutsche Mark beträgt;".

bb) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

„2. wenn der Steuerpflichtige nebeneinander von mehreren Arbeitgebern Arbeitslohn bezogen hat;".

cc) Die Nummern 2a, 3 und 3a werden aufgehoben; die Nummern 2b und 2c werden Nummern 3 und 3a.

dd) In der neuen Nummer 3 wird das Zitat „§ 10c Abs. 5" durch das Zitat „§ 10c Abs. 3" ersetzt.

ee) In der neuen Nummer 3a werden die Buchstaben a und b durch die Worte „beide Arbeitslohn bezogen haben und einer für den Veranlagungszeitraum oder einen Teil davon nach der Steuerklasse V oder VI besteuert worden ist;" ersetzt.

ff) In der Nummer 4 wird das Zitat „§ 39a Abs. 1 Nr. 6" durch das Zitat „§ 39a Abs. 1 Nr. 5" ersetzt.

gg) Nummer 4a wird wie folgt geändert:

aaa) Buchstabe a wird durch folgende Buchstaben a bis c ersetzt:

„a) im Fall des § 32 Abs. 6 Nr. 1 Alternative 2 der Kinderfreibetrag von 3 024 Deutsche Mark auf der Lohnsteuerkarte des einen El-

ternteils bescheinigt worden und der andere Elternteil im Kalenderjahr unbeschränkt einkommensteuerpflichtig geworden ist oder

b) im Fall des § 32 Abs. 6 Satz 4 einem Elternteil der übertragene Kinderfreibetrag auf der Lohnsteuerkarte bescheinigt worden ist oder ein Elternteil die Übertragung des Kinderfreibetrags beantragt oder

c) im Fall des § 32 Abs. 7 Satz 2 auf Grund der Zustimmung der Mutter entweder auf der Lohnsteuerkarte des Vaters die Lohnsteuerklasse II bescheinigt worden ist oder der Vater den Haushaltsfreibetrag beantragt, oder".

bbb) Die bisherigen Buchstaben b und c werden Buchstaben d und e.

hh) Nummer 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. wenn der Arbeitnehmer im Veranlagungszeitraum geheiratet hat, sein Ehegatte unbeschränkt einkommensteuerpflichtig ist und auf seiner Lohnsteuerkarte ein Freibetrag wegen Kinderbetreuungskosten (§ 33c) eingetragen worden ist;".

ii) Nummer 8 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe a wird in dem Zitat die Zahl „34" durch „34 Abs. 1" ersetzt.

bbb) In Buchstabe b werden vor den Worten „zusammen einen Verlustbetrag" die Worte „nach Abzug des Freibetrags nach § 13 Abs. 3" eingefügt.

jj) Im vorletzten Satz werden nach dem Wort „Kalenderjahrs" die Worte „durch Abgabe einer Einkommensteuererklärung" eingefügt.

c) In Absatz 3 werden in Satz 1 „Nr. 2" durch „Nr. 1" ersetzt, nach den Worten „in Höhe der" das Wort „einkommensteuerpflichtigen" eingefügt und dem Satz 2 die Worte „, und um den nach § 13 Abs. 3 zu berücksichtigenden Betrag" angefügt.

d) In Absatz 5 wird nach den Worten „in denen die" das Wort „einkommensteuerpflichtigen" eingefügt.

e) Absatz 6 wird aufgehoben.

67. § 46a wird aufgehoben.

68. § 49 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe a werden das Zitat „§ 20 Abs. 1 Nr. 1, 2, 4 und 6" durch das Zitat „§ 20 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 bis 7 außer in den Fällen des § 43 Abs. 1 Nr. 8 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa Sätze 2 und 3" ersetzt und nach dem Wort „Gewinnobligationen" die Worte „sowie aus Genußrechten, die nicht in § 20 Abs. 1 Nr. 1 genannt sind" eingefügt.

b) Buchstabe c wird wie folgt gefaßt:

„c) § 20 Abs. 1 Nr. 5 und 7, wenn der Schuldner Wohnsitz, Geschäftsleitung oder Sitz nicht im Inland hat und das Kapitalvermögen durch inländischen Grundbesitz, durch inländische Rechte, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen, oder durch Schiffe, die in ein inländisches Schiffsregister eingetragen sind, unmittelbar oder mittelbar gesichert ist;".

69. § 50 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Die Vorschrift des § 10 Abs. 1 Nr. 5 ist anzuwenden."

b) In Absatz 4 Satz 1 werden das Zitat „§ 10c Abs. 1, § 10c Abs. 3" durch das Zitat „§ 10c Abs. 1, § 10c Abs. 2 und 3" und die Worte „§§ 24a, 32 Abs. 8 sowie § 33a Abs. 1 für ein Kind des Arbeitnehmers im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5" durch die Worte „§ 24a, § 33a Abs. 1 für ein Kind des Arbeitnehmers im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 oder des § 33a Abs. 2 Satz 2 sowie § 33a Abs. 2 für ein Kind des Arbeitnehmers, für das er einen Freibetrag nach § 33a Abs. 1 erhält," ersetzt.

70. Nach § 50c wird folgender § 50d eingefügt:

„§ 50d

Besonderheiten im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen

(1) Können Einkünfte, die dem Steuerabzug vom Kapitalertrag oder dem Steuerabzug auf Grund des § 50a unterliegen, nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung nicht oder nur nach einem niedrigeren Steuersatz besteuert werden, so sind die Vorschriften über die Einbehaltung, Abführung und Anmeldung der Steuer durch den Schuldner der Kapitalerträge oder Vergütungen im Sinne des § 50a ungeachtet des Abkommens anzuwenden. Unberührt bleibt der Anspruch des Gläubigers der Kapitalerträge oder Vergütungen auf völlige oder teilweise Erstattung der einbehaltenen und abgeführten Steuer; der Anspruch ist durch Antrag nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck geltend zu machen. Für die Erstattung der Kapitalertragsteuer gelten § 36 Abs. 2 Nr. 2 Sätze 2 bis 6 sinngemäß und § 45 entsprechend. Der Schuldner kann sich im Haftungsverfahren nicht auf die Rechte des Gläubigers aus dem Abkommen berufen.

(2) Die Berechtigung des Gläubigers der Kapitalerträge oder Vergütungen im Sinne des § 50a, eine Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung nach einem Abkommen in Anspruch zu nehmen, ist durch eine Bestätigung der für ihn zuständigen Steuerbehörde des anderen Vertragsstaats nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck nachzuweisen. Der Bundesminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder auf Grund eines Verständigungsver-

fahrens nach einem Abkommen ein erleichtertes Verfahren oder vereinfachte Nachweise zulassen.

(3) Bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 8 Buchstaben b und c, sowie bei Vergütungen im Sinne des § 50a Abs. 4 kann der Schuldner den Steuerabzug nach Maßgabe des Abkommens unterlassen oder nach einem niedrigeren Steuersatz vornehmen, wenn das Bundesamt für Finanzen auf Antrag bescheinigt, daß die Voraussetzungen dafür vorliegen (Freistellungsverfahren). Das gleiche gilt, wenn das Bundesamt für Finanzen den Schuldner auf Antrag hierzu allgemein ermächtigt (Kontrollmeldeverfahren). Die Ermächtigung kann in Fällen geringer steuerlicher Bedeutung erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Einer Bestätigung nach Absatz 2 Satz 1 bedarf es im Kontrollmeldeverfahren nicht. Inhalt der Auflage kann die Angabe des Namens, des Wohnortes oder des Ortes des Sitzes oder der Geschäftsleitung des Schuldners und des Gläubigers, der Art des Kapitalertrags oder der Vergütung, des Bruttobetrags und des Zeitpunkts der Zahlungen sowie des einbehaltenen Steuerbetrags sein. Mit dem Antrag auf Teilnahme am Kontrollmeldeverfahren gilt die Zustimmung des Gläubigers und des Schuldners zur Weiterleitung der Angaben des Schuldners an den Wohnsitz- oder Sitzstaat des Gläubigers als erteilt. Die Bescheinigung oder die Ermächtigung nach den Sätzen 1 und 2 ist als Beleg aufzubewahren. Bestehende Anmeldeverpflichtungen bleiben unberührt."

71. § 51 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe b werden nach dem Wort „Umlaufvermögens" die Worte „für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 1990 enden," eingefügt.

bb) Buchstabe m wird wie folgt gefaßt:

„m) nach denen jeweils zu bestimmende Wirtschaftsgüter des Umlaufvermögens ausländischer Herkunft, deren Preis auf dem Weltmarkt wesentlichen Schwankungen unterliegt und die nach dem Erwerb weder bearbeitet noch verarbeitet worden sind, für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 1990 enden, statt mit dem sich nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 ergebenden Wert mit einem Wert angesetzt werden können, der bis zu 20 vom Hundert unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) des Bilanzstichtags liegt. Für das erste Wirtschaftsjahr, das nach dem 31. Dezember 1989 endet, kann ein entsprechender Wertansatz bis zu 15 vom Hundert und für die darauf folgenden Wirtschaftsjahre bis zu 10 vom Hundert unter den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis (Wiederbeschaffungspreis) zugelassen werden. Für Wirtschaftsgüter, für die das Land Berlin vertraglich das mit der Einlagerung verbundene Preisrisiko übernommen hat, ist ein Wertansatz nach Satz 1 oder 2 nicht zulässig;".

cc) Buchstabe n wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 werden vor den Worten „angeschafft oder hergestellt" die Worte „vor dem 1. Januar 1990" eingefügt.

bbb) In Satz 5 werden vor den Worten „aufgewendeten Kosten" die Worte „vor dem 1. Januar 1990" eingefügt.

dd) Buchstabe q wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 Doppelbuchstabe ee werden die Worte „und vor dem 1. Januar 1992" gestrichen.

bbb) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Voraussetzung für die Gewährung der erhöhten Absetzungen ist, daß die Maßnahmen vor dem 1. Januar 1992 fertiggestellt worden sind; in den Fällen des Satzes 1 Doppelbuchstabe aa müssen die Gebäude vor dem 1. Juli 1983 fertiggestellt worden sein, es sei denn, daß der Anschluß nicht schon im Zusammenhang mit der Errichtung des Gebäudes möglich war."

ccc) In Satz 4 werden die Worte „Die erhöhten Absetzungen" durch das Wort „Sie" ersetzt.

ddd) Satz 5 wird wie folgt gefaßt:

„Sind die Aufwendungen Erhaltungsaufwand und entstehen sie bei einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung im eigenen Haus, für die der Nutzungswert nicht mehr besteuert wird, und liegen in den Fällen des Satzes 1 Doppelbuchstabe aa die Voraussetzungen des Satzes 2, zweiter Halbsatz, vor, so kann der Abzug dieser Aufwendungen wie Sonderausgaben mit gleichmäßiger Verteilung auf das Kalenderjahr, in dem die Arbeiten abgeschlossen worden sind, und die neun folgenden Kalenderjahre zugelassen werden, wenn die Maßnahme vor dem 1. Januar 1992 abgeschlossen worden ist;".

ee) In Buchstabe x werden am Ende des Satzes 1 der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„Voraussetzung ist, daß die Maßnahmen vor dem 1. Januar 1992 abgeschlossen worden sind."

ff) In Buchstabe z werden nach den Worten „Wertansatz von Gold, Silber, Platin, Palladium und Rhodium" die Worte „für Wirtschaftsjahre, die vor dem 1. Januar 1990 enden," eingefügt.

b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe d werden die Worte „den Lohnzettel (§ 41b Abs. 2)," gestrichen.

bbb) Am Ende des Buchstabens e werden ein Komma und die folgenden Buchstaben f und g eingefügt:

„f) die Anmeldung der Abzugsteuer (§ 50a),

g) die Entlastung von der Kapitalertragsteuer und vom Steuerabzug nach § 50a auf Grund von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung".

bb) Nummer 2 wird aufgehoben, und Nummer 3 wird Nummer 2.

72. In § 51a werden

die Zahl „300" durch die Zahl „150", die Zahl „1242" durch die Zahl „1512", die Zahl „600" durch die Zahl „300" und die Zahl „2484" durch die Zahl „3024" ersetzt.

73. § 52 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Jahreszahl „1988" durch die Jahreszahl „1990" und jeweils die Jahreszahl „1987" durch die Jahreszahl „1989" ersetzt.

b) Absatz 1a in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1987 (BGBl. I S. 1629) und Absatz 1a in der Fassung des Gesetzes vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602) werden aufgehoben.

c) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) § 1 Abs. 2 Satz 1 ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1975 anzuwenden, auf Antrag auch, soweit Steuerfestsetzungen für die Veranlagungszeiträume 1975 bis 1980 bereits bestandskräftig sind; bei Arbeitnehmern, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt werden, wird für die Kalenderjahre 1975 bis 1980 der Lohnsteuer-Jahresausgleich durchgeführt, wenn dieser abweichend von § 42 Abs. 2 Satz 3 bis zum 31. Dezember 1988 beantragt wird."

d) Der bisherige Absatz 2 wird durch folgende neue Absätze 2a bis 2c und 3 ersetzt:

„(2a) § 2a Abs. 3 und 4 ist erstmals auf Verluste des Veranlagungszeitraums 1990 anzuwenden.

(2b) § 3 Nr. 63 ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1989 anzuwenden.

(2c) § 3 Nr. 68 des Einkommensteuergesetzes 1987 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1987 (BGBl. I S. 657) ist vorbehaltlich des Satzes 2 letztmals für das Kalenderjahr 1988 anzuwenden. Die Vorschrift ist für die Kalenderjahre 1989 bis 2000 weiter anzuwenden auf Zinsersparnisse und Zinszuschüsse bei Darlehen, die der Arbeitnehmer vor dem 1. Januar 1989 erhalten hat, soweit die Vorteile nicht über die im Kalenderjahr 1988 gewährten Vorteile hinausgehen.

(3) Soweit die Zuschläge, die nach einem Gesetz oder einem Tarifvertrag für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit neben dem Grundlohn gezahlt werden, den nach § 3b steuerfreien Betrag um mehr als um 6 vom Hundert des Grundlohns im Lohnzahlungszeitraum überschreiten, bleibt für die im Kalenderjahr 1990 endenden Lohnzahlungszeiträume der über 6 vom Hundert des Grundlohns hinausgehende Betrag zusätzlich steuerfrei. Die Zahl 6 erhöht sich für jedes nachfolgende Kalenderjahr jeweils um 4."

e) Nach dem bisherigen Absatz 3, der neuer Absatz 4 wird, werden die folgenden neuen Absätze 5 und 6 eingefügt:

„(5) § 4 Abs. 5 Nr. 2, 5 und 8a ist erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 1989 endet.

(6) Rückstellungen für die Verpflichtung zu einer Zuwendung anläßlich eines Dienstjubiläums dürfen nur gebildet werden, soweit der Zuwendungsberechtigte seine Anwartschaft nach dem 31. Dezember 1992 erwirbt. Bereits gebildete Rückstellungen sind in den Bilanzen des nach dem 30. Dezember 1988 endenden Wirtschaftsjahrs und der beiden folgenden Wirtschaftsjahre mit mindestens je einem Drittel gewinnerhöhend aufzulösen."

f) Der bisherige Absatz 4 wird neuer Absatz 7 und wie folgt gefaßt:

„(7) § 6 Abs. 1 Nr. 2a ist erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 1989 endet."

g) Der bisherige Absatz 5 wird neuer Absatz 8.

h) Der bisherige Absatz 6 wird durch folgende neue Absätze 9 und 9a ersetzt:

„(9) § 6b ist erstmals auf Veräußerungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1989 vorgenommen werden. § 6b Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 und Sätze 5 und 6, Abs. 3 Satz 2 sowie Abs. 7 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes 1987 ist letztmals auf Erwerbsvorgänge vor dem 1. Januar 1990 anzuwenden. § 6b ist nicht anzuwenden auf Erwerbsvorgänge nach Satz 2.

(9a) § 6c ist erstmals auf Veräußerungen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1989 vorgenommen werden."

i) Die bisherigen Absätze 7 bis 9 werden neue Absätze 10 bis 12.

j) Die bisherigen Absätze 10, 11, und 11a werden aufgehoben.

k) Der bisherige Absatz 12 wird neuer Absatz 13 und wie folgt gefaßt:

„(13) § 9 Abs. 1 Nr. 4 des Einkommensteuergesetzes 1987 ist für den Veranlagungszeitraum 1989 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Betrags von 0,36 Deutsche Mark der Betrag von 0,43 Deutsche Mark und an die Stelle des Betrags von 0,16 Deutsche Mark der Betrag von 0,19 Deutsche Mark tritt."

l) Der bisherige Absatz 13 wird neuer Absatz 13a und in diesem folgender Satz 1 eingefügt:

„§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 und Abs. 2 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes 1987 ist letztmals für den Veranlagungszeitraum 1987 anzuwenden."

m) Nach Absatz 13a wird folgender Absatz 13b eingefügt:

„(13b) § 10d Abs. 1 und 2 ist erstmals auf nicht ausgeglichene Verluste des Veranlagungszeitraums 1985 anzuwenden."

n) Nach Absatz 14 wird folgender neuer Absatz 14a eingefügt:

„(14a) § 12 Nr. 3 ist auch für Veranlagungszeiträume vor 1990 anzuwenden, soweit die Vorschrift den Abzug steuerlicher Nebenleistungen untersagt."

o) Absatz 15 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 3 wird das Datum „1. März 1986" durch das Datum „1. Januar 1987" ersetzt.

bb) Nach Satz 9 wird folgender Satz eingefügt:

„Wird Grund und Boden nach dem 31. Dezember 1986 dadurch entnommen, daß auf diesem Grund und Boden die Wohnung des Steuerpflichtigen oder eine Altenteilerwohnung errichtet wird, bleibt der Entnahmegewinn ebenfalls außer Ansatz; der Steuerpflichtige kann die Regelung nur für eine zu eigenen Wohnzwecken genutzte Wohnung und für eine Altenteilerwohnung in Anspruch nehmen."

cc) Im letzten Satz werden die Worte „Sätze 6 bis 9" durch die Worte „Sätze 6 bis 10" ersetzt.

p) In Absatz 19 Satz 3 Nr. 2 wird die Jahreszahl „1989" durch die Jahreszahl „1994" ersetzt.

q) Absatz 20 wird wie folgt gefaßt:

„(20) § 20 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 2 Nr. 4 ist erstmals auf Kapitalerträge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen."

r) Der bisherige Absatz 23 wird neuer Absatz 22.

s) Nach Absatz 22 wird folgender neuer Absatz 23 eingefügt:

„(23) § 33a Abs. 2 ist mit Ausnahme des Satzes 2 erstmals für den Veranlagungszeitraum 1988 anzuwenden."

t) Dem Absatz 24 werden folgende Sätze angefügt:

„§ 34f Abs. 2 ist erstmals anzuwenden bei Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung nach § 10e Abs. 1 bis 5 oder nach § 15b des Berlinförderungsgesetes für nach dem 31. Dezember 1989 hergestellte oder angeschaffte Objekte. Für vor dem 1. Januar 1990 hergestellte oder angeschaffte Objekte ist § 34f Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes 1987 weiter anzuwenden."

u) Nach Absatz 24 werden folgende neue Absätze 25 bis 27 eingefügt:

„(25) § 36 Abs. 2 Nr. 2 Sätze 2 bis 6 ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1989 anzuwenden.

(26) § 39a Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 ist bei vor dem 1. Januar 1990 hergestellten oder angeschafften Objekten mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Betrags von 3 000 Deutsche Mark ein Betrag von 2 400 Deutsche Mark tritt. § 39a Abs. 1 Nr. 5 Satz 2 ist erstmals für das Kalenderjahr 1988 anzuwenden.

(27) § 41b Abs. 2, § 42c Abs. 2 und § 46 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes 1987 sind letztmals für das Kalenderjahr 1987 anzuwenden."

v) Der bisherige Absatz 25 wird neuer Absatz 28 und wie folgt gefaßt:

„(28) § 43 Abs. 1 Nr. 4 bis 8 und Abs. 3, §§ 43a, 44, 44a Abs. 1 und 5, § 44b Abs. 1, 4 und 5, §§ 44c, 45, 45a, 45b und 45c sind erstmals auf Kapitalerträge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen. § 43 Abs. 1 Nr. 8 Buchstabe a ist nicht anzuwenden bei Kapitalerträgen aus Forderungen, die auf Grund des Hypothekenbankgesetzes oder des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten als Deckung für die Ausgabe von Kommunalschuldverschreibungen dienen oder die bei einem Lebensversicherungsunternehmen zum Deckungsstock oder zum übrigen gebundenen Vermögen gehören, vor dem (Datum des Inkrafttretens) begründet worden sind und ab diesem Tag nicht zum vierten oder einem weiteren Mal abgetreten werden."

w) Die bisherigen Absätze 26 und 27 werden aufgehoben.

x) Folgende neue Absätze 29 bis 33 werden angefügt:

„(29) § 46a des Einkommensteuergesetzes 1987 ist letztmals für den Veranlagungszeitraum 1988 anzuwenden.

(30) § 49 Abs. 1 Nr. 5 Satz 1 Buchstaben a und c ist erstmals auf Kapitalerträge anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen.

(31) Soweit § 50 Abs. 4 und § 39d Abs. 2 Nr. 3 die Anwendung des § 33a Abs. 2 vorsehen, gilt dies mit Ausnahme des § 33a Abs. 2 Satz 2 erstmals für das Kalenderjahr 1988.

(32) § 50d ist erstmals auf Kapitalerträge und Vergütungen im Sinne des § 50a anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen.

(33) § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe q Satz 5 ist erstmals für den Veranlagungszeitraum 1987 anzuwenden."

74. Nach § 52 wird folgender § 53 eingefügt:

„§ 53

Anwendung des § 33a Abs. 1 für die Veranlagungszeiträume 1988 und 1989

§ 33a Abs. 1 ist für die Veranlagungszeiträume 1988 und 1989 in folgender Fassung anzuwenden:

‚Erwachsen einem Steuerpflichtigen zwangsläufig (§ 33 Abs. 2) Aufwendungen für den Unterhalt und eine etwaige Berufsausbildung einer Person, für die weder der Steuerpflichtige noch eine andere Person Anspruch auf einen Kinderfreibetrag hat, so wird auf Antrag die Einkommensteuer dadurch ermäßigt, daß die Aufwendungen vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden, und zwar im Kalenderjahr

1. für eine Person, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder für die der Steuerpflichtige die Voraussetzungen für einen Ausbildungsfreibetrag nach Absatz 2 erfüllt, bis zu 2484 Deutsche Mark,

2. für andere Personen bis zu 4500 Deutsche Mark.

Voraussetzung ist, daß die unterhaltene Person kein oder nur ein geringes Vermögen besitzt. Hat die unterhaltene Person andere Einkünfte oder Bezüge, die zur Bestreitung des Unterhalts bestimmt oder geeignet sind, so vermindern sich die Beträge von 2484 und 4500 Deutsche Mark um den Betrag, um den diese Einkünfte und Bezüge den Betrag von 4500 Deutsche Mark übersteigen. Ist die unterhaltene Person nicht unbeschränkt einkommensteuerpflichtig, so können die Aufwendungen nur abgezogen werden, soweit sie nach den Verhältnissen des Wohnsitzstaats der unterhaltenen Person notwendig und angemessen sind, höchstens jedoch der Betrag, der sich nach den Sätzen 1 bis 3 ergibt; ob der Steuerpflichtige sich den Aufwendungen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann, ist nach inländischen Maßstäben zu beurteilen. Werden die Aufwendungen für eine unterhaltene Person von mehreren Steuerpflichtigen getragen, so wird bei jedem der Teil des sich hiernach ergebenden Betrags abgezogen, der seinem Anteil am Gesamtbetrag der Leistung entspricht.'"

75. § 54 wird aufgehoben.

76. Die Anlagen 1 (zu § 32a Abs. 4) und 2 (zu § 32a Abs. 5) werden durch die Anlagen 1 und 2 zu diesem Gesetz ersetzt.

Artikel 2

Änderung des Körperschaftsteuergesetzes

Das Körperschaftsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 1984 (BGBl. I S. 217), zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 19 des Gesetzes vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Die Worte „die Landeskreditbank Baden-Württemberg," werden gestrichen.

      bb) Nach den Worten „die Hanseatische Gesellschaft für öffentliche Finanzierung mit beschränkter Haftung Bremen" werden die Worte ", die Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderungsanstalt, die Bayerische Landesbodenkreditanstalt, die Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin, die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt, die Niedersächsische Landestreuhandstelle für den Wohnungs- und Städtebau, die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen, die Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein" eingefügt.

   b) Nummer 10 wird wie folgt gefaßt:

      „10. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine, soweit sie

      a) Wohnungen herstellen oder erwerben und sie den Mitgliedern auf Grund eines Mietvertrags oder auf Grund eines genossenschaftlichen Nutzungsvertrags zum Gebrauch überlassen; den Wohnungen stehen Räume in Wohnheimen im Sinne des § 15 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes gleich;

      b) im Zusammenhang mit einer Tätigkeit im Sinne des Buchstabens a Gemeinschaftsanlagen oder Folgeeinrichtungen herstellen oder erwerben und sie betreiben, wenn sie überwiegend für Mitglieder bestimmt sind und der Betrieb durch die Genossenschaft oder den Verein notwendig ist.

      Die Steuerbefreiung ist ausgeschlossen, wenn die Einnahmen des Unternehmens aus den in Satz 1 nicht bezeichneten Tä-

tigkeiten 10 vom Hundert der gesamten Einnahmen übersteigen;".

c) Die Nummern 11, 13 und 17 werden aufgehoben.

d) Nummer 12 wird wie folgt gefaßt:

„12. die von den zuständigen Landesbehörden begründeten oder anerkannten gemeinnützigen Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2331-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 24 des Gesetzes vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), und im Sinne der Bodenreformgesetze der Länder, soweit die Unternehmen im ländlichen Raum Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen mit Ausnahme des Wohnungsbaus durchführen. Die Steuerbefreiung ist ausgeschlossen, wenn die Einnahmen des Unternehmens aus den in Satz 1 nicht bezeichneten Tätigkeiten die Einnahmen aus den in Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten übersteigen;".

e) Nummer 16 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

„Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Einrichtungen zur Sicherung von Spareinlagen bei Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt waren;".

2. § 7 Abs. 5 wird aufgehoben.

3. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Voraussetzung für den Verlustabzug nach § 10d des Einkommensteuergesetzes ist bei einer Körperschaft, daß sie nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich mit der Körperschaft identisch ist, die den Verlust erlitten hat. Wirtschaftliche Identität liegt insbesondere dann nicht vor, wenn mehr als drei Viertel der Anteile an einer Kapitalgesellschaft übertragen werden und die Gesellschaft danach ihren Geschäftsbetrieb mit überwiegend neuem Betriebsvermögen wieder aufnimmt. Entsprechendes gilt für den Ausgleich des Verlustes vom Beginn des Wirtschaftsjahrs bis zum Zeitpunkt der Anteilsübertragung."

b) Die bisherigen Absätze 4 bis 7 werden Absätze 5 bis 8.

c) In dem neuen Absatz 5 werden die Worte „nach § 10d Satz 1" durch die Worte „nach § 10d Abs. 1" ersetzt.

4. In § 10 Nr. 2 wird nach dem Semikolon angefügt:

„das gilt auch für die auf diese Steuern entfallenden Nebenleistungen mit Ausnahme der Zinsen auf Steuerforderungen nach den §§ 233a, 234 und 237 der Abgabenordnung;".

5. § 23 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Zahl „56" durch die Zahl „50" ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Zahl „50" durch die Zahl „46" ersetzt.

c) Absatz 4 wird aufgehoben.

d) Die Absätze 5 bis 7 werden Absätze 4 bis 6.

e) Der neue Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „8 vom Hundert" durch die Worte „7,4 vom Hundert" ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Absatz 4 gilt entsprechend."

6. § 26 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 6 Satz 4 wird die Zahl „28" durch die Zahl „25" ersetzt.

b) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Sind Gewinnanteile, die von einer ausländischen Gesellschaft ausgeschüttet werden, nach einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder nach Absatz 7 von der Körperschaftsteuer befreit oder nach den Absätzen 2 oder 3 begünstigt, so sind Gewinnminderungen, die

1. durch Ansatz des niedrigeren Teilwerts des Anteils an der ausländischen Gesellschaft oder

2. durch Veräußerung des Anteils oder bei Auflösung oder Herabsetzung des Kapitals der ausländischen Gesellschaft

entstehen, bei der Gewinnermittlung nicht zu berücksichtigen, soweit der Ansatz des niedrigeren Teilwerts oder die sonstige Gewinnminderung auf die Gewinnausschüttungen zurückzuführen ist."

7. In § 30 Abs. 1 Nr. 1 wird die Jahreszahl „1976" durch die Jahreszahl „1989" ersetzt.

8. In § 31 Abs. 1 Nr. 4 wird die Jahreszahl „1976" durch die Jahreszahl „1989" ersetzt.

9. In § 32 Abs. 4 Nr. 2 wird die Jahreszahl „1976" durch die Jahreszahl „1989" ersetzt.

10. In § 33 Abs. 3 werden die Worte „nach § 10d Satz 1" durch die Worte „nach § 10d Abs. 1" ersetzt.

11. In § 50 Abs. 1 Nr. 3 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" ersetzt.

12. § 54 wird wie folgt gefaßt:

„§ 54

Schlußvorschriften

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist, soweit in den folgenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, erstmals für den am 1. Januar 1990 beginnenden Veranlagungszeitraum anzuwenden.

(2) Die Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 ist für die Landeskreditbank Baden-Württemberg letztmals für den Veranlagungszeitraum 1988 und für die Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderungsanstalt erstmals für den Veranlagungszeitraum 1989 anzuwenden.

(3) § 5 Abs. 1 Nr. 10 bis 13 des Körperschaftsteuergesetzes 1984 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 1984 (BGBl. I S. 217) ist auf Antrag der Körperschaft letztmals für den Veranlagungszeitraum 1990 anzuwenden, wenn die Körperschaft in diesem Veranlagungszeitraum ausschließlich Geschäfte betreibt, die nach den bis zum 31. Dezember 1989 geltenden gesetzlichen Vorschriften zulässig waren. In diesem Fall ist § 5 Abs. 1 Nr. 10 und 12 dieses Gesetzes in der vorstehenden Fassung erstmals für den Veranlagungszeitraum 1991 anzuwenden.

(4) § 8 Abs. 4 ist auch für vor dem 1. Januar 1990 beginnende Veranlagungszeiträume anzuwenden, wenn die Rechtsgeschäfte, die zu dem Verlust der wirtschaftlichen Identität geführt haben, nach dem [Tag der dritten Lesung] abgeschlossen worden sind.

(5) § 10 Nr. 2 ist auch für vor dem 1. Januar 1990 beginnende Veranlagungszeiträume anzuwenden, soweit die Vorschrift den Abzug steuerlicher Nebenleistungen untersagt.

(6) § 23 Abs. 4 des Körperschaftsteuergesetzes 1984 ist letztmals für den Veranlagungszeitraum 1987 anzuwenden.

(7) § 26 Abs. 8 ist erstmals anzuwenden, soweit die Gewinnminderungen auf Gewinnausschüttungen nach dem [Tag der dritten Lesung] zurückzuführen sind.

(8) In der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals ist zusätzlich ein positiver Teilbetrag auszuweisen, der aus Einkommensteilen entstanden ist, die nach dem 31. Dezember 1976, aber vor dem 1. Januar 1990 der Körperschaftsteuer ungemildert unterlegen haben. Bei der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals zum Schluß des letzten Wirtschaftsjahrs, das vor dem 1. Januar 1995 abgelaufen ist, ist er dem Teilbetrag im Sinne des § 30 Abs. 1 Nr. 1 in Höhe von 56/44 seines Bestands hinzurechnen. In Höhe von 12/44 dieses Bestands ist der Teilbetrag im Sinne des § 30 Abs. 2 Nr. 2 zu verringern. Ist der Teilbetrag im Sinne des Satzes 1 negativ, verringert er bei der Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals zum Schluß des letzten Wirtschaftsjahrs, das vor dem 1. Januar 1991 abgelaufen ist, den neu entstehenden Teilbetrag im Sinne des § 30 Abs. 1 Nr. 1."

Artikel 3

Änderung des Gewerbesteuergesetzes

Das Gewerbesteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1984 (BGBl. I S. 657), zuletzt geändert durch § 29 des Gesetzes vom 17. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2488), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Worte „die Landeskreditbank Baden-Württemberg," werden gestrichen.

bb) Nach den Worten „die Hanseatische Gesellschaft für öffentliche Finanzierung mit beschränkter Haftung Bremen" werden die Worte „ , die Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderungsanstalt, die Bayerische Landesbodenkreditanstalt, die Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin, die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt, die Niedersächsische Landestreuhandstelle für den Wohnungs- und Städtebau, die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen, die Wohnungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein" eingefügt."

b) Nummer 15 wird wie folgt gefaßt:

„15. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 10 des Körperschaftsteuergesetzes, soweit sie die für eine Befreiung von der Körperschaftsteuer erforderlichen Voraussetzungen erfüllen;".

c) Die Nummern 16, 18 und 22 werden aufgehoben.

d) Nummer 17 wird wie folgt gefaßt:

„17. die von den zuständigen Landesbehörden begründeten oder anerkannten gemeinnützigen Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2331-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 24 des Gesetzes vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), und im Sinne der Bodenreformgesetze der Länder, soweit die Unternehmen im ländlichen Raum Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen mit Ausnahme des Wohnungsbaus durchführen. Die Steuerbefreiung ist ausgeschlossen, wenn die Einnahmen des Unternehmens aus den in Satz 1 nicht bezeichneten Tätigkeiten die Einnahmen aus den in Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten übersteigen;".

e) Nummer 21 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Dies gilt entsprechend für Einrichtungen zur Sicherung von Spareinlagen bei Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt waren."

2. § 8 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 wird das Wort „Zinsen" durch das Wort „Entgelte" ersetzt.

b) Am Ende der Nummer 9 werden der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Nummern 10 und 11 angefügt:

„10. Gewinnminderungen, die

a) durch Ansatz des niedrigeren Teilwerts des Anteils an einer Körperschaft oder

b) durch Veräußerung oder Entnahme des Anteils oder bei Auflösung oder Herabsetzung des Kapitals der Körperschaft

entstanden sind, soweit der Ansatz des niedrigeren Teilwerts oder die sonstige Gewinnminderung auf Gewinnausschüttungen der Körperschaft zurückzuführen ist und auf die Gewinnausschüttungen § 9 Nr. 2a, 7 oder 8 angewendet wird;

11. bei den der Körperschaftsteuer unterliegenden Gewerbebetrieben die in § 10 Nr. 2 des Körperschaftsteuergesetzes genannten Zinsen."

3. In § 9 Nr. 6 wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" ersetzt.

4. § 10a wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „fünf" und „vier" gestrichen.

b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Höhe der vortragsfähigen Fehlbeträge ist gesondert festzustellen."

c) Folgender Satz wird angefügt:

„Auf die Fehlbeträge ist § 8 Abs. 4 des Körperschaftsteuergesetzes entsprechend anzuwenden."

5. In § 12 Abs. 2 Nr. 1 wird das Wort „Schuldzinsen" durch das Wort „Entgelte" ersetzt.

6. § 19 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

„Gewerbetreibende, deren Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht, haben die Vorauszahlungen während des Wirtschaftsjahrs zu entrichten, das im Erhebungszeitraum endet."

b) In Absatz 5 Satz 2 wird die Zahl „5" durch die Zahl „100" ersetzt.

7. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.

b) In Absatz 3 werden das Wort „und" durch ein Komma ersetzt und nach der Zahl „8" die Worte „und 15" eingefügt.

8. In § 35c Nr. 2 Buchstabe e werden die Worte „des Anlagevermögens" durch die Worte „der Aktivposten" ersetzt.

9. § 36 wird wie folgt gefaßt:

„§ 36

Zeitlicher Anwendungsbereich

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist, soweit in den folgenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, erstmals für den Erhebungszeitraum 1990 anzuwenden.

(2) Die Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 2 ist für die Landeskreditbank Baden-Württemberg letztmals für den Erhebungszeitraum 1988 und für die Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderungsanstalt erstmals für den Erhebungszeitraum 1989 anzuwenden.

(3) § 3 Nr. 15 bis 18 des Gewerbesteuergesetzes 1984 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1984 (BGBl. I S. 657) ist im Falle des Antrags nach § 54 Abs. 3 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes letztmals für den Erhebungszeitraum 1990 anzuwenden, wenn die Körperschaft in diesem Erhebungszeitraum ausschließlich Geschäfte betreibt, die nach den bis zum 31. Dezember 1989 geltenden gesetzlichen Vorschriften zulässig waren. In diesem Fall ist § 3 Nr. 15 und 17 dieses Gesetzes in der vorstehenden Fassung erstmals für den Erhebungszeitraum 1991 anzuwenden.

(4) § 8 Nr. 10 ist erstmals anzuwenden, soweit die Gewinnminderungen auf Gewinnausschüttungen nach dem [Tag der dritten Lesung] zurückzuführen sind.

(5) § 10a Satz 1 ist erstmals für den Erhebungszeitraum 1985 anzuwenden.

(6) § 10a letzter Satz ist auch für Erhebungszeiträume vor 1990 anzuwenden, wenn die Rechtsgeschäfte, die zum Verlust der wirtschaftlichen Identität geführt haben, nach dem [Tag der dritten Lesung] abgeschlossen worden sind.

(7) § 19 Abs. 1 Satz 2 ist erstmals auf Wirtschaftsjahre anzuwenden, die im Erhebungszeitraum 1990 enden, und gilt nicht für Gewerbebetriebe, deren Wirtschaftsjahr bereits vom Kalenderjahr abweicht, es sei denn, sie sind nach dem 31. Dezember 1985 gegründet oder infolge Wegfalls eines Befreiungsgrunds nach diesem Zeitpunkt in die Steuerpflicht eingetreten oder sie haben nach diesem Zeitpunkt das Wirtschaftsjahr auf einen vom Kalenderjahr abweichenden Zeitraum umgestellt."

Artikel 4

Änderung der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung

Die Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 1986 (BGBl. I S. 2074) wird wie folgt geändert:

1. § 19 wird wie folgt gefaßt:

„§ 19

Dauerschulden bei Kreditinstituten

(1) Bei Kreditinstituten im Sinne des § 1 des Gesetzes über das Kreditwesen sind Dauerschulden nur insoweit anzusetzen, als der Ansatz der zum Anlagevermögen gehörenden Grundstücke, Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Gegenstände, über die Leasingverträge abgeschlossen worden sind, Schiffe, Anteile an Kreditinstituten und sonstigen Unternehmen sowie der Forderungen aus Vermögenseinlagen als stiller Gesellschafter und aus Genußrechten das Eigenkapital überschreitet. Den Anlagen nach Satz 1 sind Forderungen gegen ein Unternehmen hinzuzurechnen, mit dem eine organschaftliche Verbindung nach § 2 Abs. 2 Sätze 2 und 3 des Gesetzes besteht und das nicht zu den Kreditinstituten gehört, auf die Satz 1 und Absatz 2 anzuwenden sind, wenn die Forderungen am Ende des Erhebungszeitraums mehr als zwölf Monate bestanden haben.

(2) Voraussetzung für die Anwendung des Absatzes 1 ist, daß im Durchschnitt aller Monatsausweise des Wirtschaftsjahrs des Kreditinstituts nach § 25 des Gesetzes über das Kreditwesen oder entsprechender Statistiken die Aktivposten aus Bankgeschäften und dem Erwerb von Geldforderungen die Aktivposten aus anderen Geschäften überwiegen. In den Vergleich sind Aktivposten aus Anlagen nach Absatz 1 und aus Geschäften, die nach § 9 der Befreiungsverordnung vom 20. August 1985 (BGBl. I S. 1719) von der Anzeigepflicht nach § 24 Abs. 1 Nr. 9 des Gesetzes über das Kreditwesen ausgenommen sind, nicht einzubeziehen.

(3) Für Pfandleiher im Sinne der Pfandleiherverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1976 (BGBl. I S. 1334), geändert durch Artikel 5 der Verordnung vom 28. November 1979 (BGBl. I S. 1986), gelten die vorstehenden Bestimmungen entsprechend."

2. § 36 wird wie folgt gefaßt:

„§ 36

Anwendungszeitraum

Die vorstehende Fassung dieser Verordnung ist erstmals für den Erhebungszeitraum 1990 anzuwenden."

Artikel 5

Änderung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform

Das Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform vom 6. September 1976 (BGBl. I S. 2641, 2643), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 14. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1493), wird wie folgt geändert:

1. In § 17 werden die Worte „eine Bescheinigung im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 Ziff. 5 dieser Vorschrift nicht erforderlich ist und" gestrichen.

2. In § 28 wird nach Absatz 4 folgender Absatz 4a eingefügt:

   „(4a) § 17 ist erstmals auf Erwerbsvorgänge nach dem 31. Dezember 1989 anzuwenden."

Artikel 6

Änderung des Investitionszulagengesetzes

Das Investitionszulagengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 1986 (BGBl. I S. 231) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 und § 4a Abs. 1 Nr. 3 wird jeweils das Wort „gewerbliche" gestrichen.

2. § 8 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

      „(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist anzuwenden auf

      1. vor dem 1. Januar 1990 abgeschlossene Investitionen,

      2. a) nach dem 31. Dezember 1989 und vor dem 1. Januar 1991 abgeschlossene Investitionen,

         b) vor dem 1. Januar 1991 geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandene Teilherstellungskosten,

         wenn der Steuerpflichtige die Investitionen vor dem 1. April 1989 begonnen hat.

      Investitionen sind in dem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem die Wirtschaftsgüter angeschafft oder hergestellt oder die Ausbauten oder Erweiterungen beendet worden sind. Investitionen sind in dem Zeitpunkt begonnen, in dem die Wirtschaftsgüter bestellt worden sind oder mit ihrer Herstellung oder mit den Ausbauten oder Erweiterungen begonnen worden ist. Als Beginn der Herstellung gilt bei Baumaßnahmen, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der Bauantrag gestellt wird."

   b) Absatz 3 wird aufgehoben; Absatz 4 wird Absatz 3.

3. Folgender § 9 wird angefügt:

„§ 9

Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1989 außer Kraft. Es ist über diesen Zeitpunkt hinaus nach Maßgabe des § 8 weiter anzuwenden."

Artikel 7

Änderung des Berlinförderungsgesetzes

Das Berlinförderungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2415) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) In den Absätzen 1 bis 4 wird die Zahl „3" jeweils durch die Zahl „2" ersetzt.

   b) Absatz 7 wird wie folgt gefaßt:

      „(7) Werden in den Fällen der Absätze 1 bis 4 die Leistungen von einem Berliner Unternehmer ausgeführt, dessen Berliner Wertschöpfungsquote (§ 6a Abs. 1) im vorletzten Wirtschaftsjahr mehr als 10 betragen hat, so erhöht sich der Vomhundertsatz der Kürzung (Kürzungssatz) vorbehaltlich des Absatzes 8 bei einer Wertschöpfungsquote im vorletzten Wirtschaftsjahr

      1. von mehr als 10 bis unter 30 auf 1,35 zuzüglich 6,5 vom Hundert der Wertschöpfungsquote,

      2. ab 30 auf 11 vom Hundert der Wertschöpfungsquote.

      Der Kürzungssatz ist auf zwei Dezimalstellen zu runden und darf 10 nicht übersteigen. Er gilt für den gesamten Besteuerungszeitraum und wird nur auf besonderen Antrag gewährt. Dem Antrag ist eine Berechnung der Berliner Wertschöpfungsquote nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck beizufügen."

2. § 1a wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Zahl „4" durch die Zahl „3" ersetzt.

   b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

      „(2) Werden in den Fällen des Absatzes 1 die Gegenstände von einem Berliner Unternehmer hergestellt, dessen Berliner Wertschöpfungsquote (§ 6a Abs. 1) im vorletzten Wirtschaftsjahr mehr als 10 betragen hat, so erhöht sich der Kürzungssatz bei einer Wertschöpfungsquote im vorletzten Wirtschaftsjahr

      1. von mehr als 10 bis unter 30 auf 2,35 zuzüglich 6,5 vom Hundert der Wertschöpfungsquote,

      2. ab 30 auf 11 vom Hundert der Wertschöpfungsquote, erhöht um einen Vomhundertpunkt.

      Der Kürzungssatz ist auf zwei Dezimalstellen zu runden und darf 10 nicht übersteigen. § 1 Abs. 7 Satz 3 und 4 gilt entsprechend."

3. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Nr. 13 wird wie folgt geändert:

      aa) In Buchstabe a wird das Zitat „(Nr. 09.01 A II des Zolltarifs)" durch das Zitat „(Unterpositionen 0901.21 und 0901.22 des Zolltarifs)" ersetzt.

      bb) In Buchstabe b werden die Worte „Auszüge und Essenzen aus Kaffee (aus Nr. 21.02 A des Zolltarifs)" durch die Worte „Auszüge, Essenzen und Konzentrate aus Kaffee (Unterpositionen 2101 1011 und 2101 1019 des Zolltarifs)" ersetzt.

   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Am Ende der Nummer 3 wird der Punkt durch ein Semikolon ersetzt.

      bb) Folgende Nummer 4 wird angefügt:

         „4. gerösteter Kaffee (Absatz 1 Nr. 13 Buchstabe a) und Kakaohalberzeugnisse (Kakaomasse, Kakaopreßkuchen, auch fettarme, Kakaobutter) sowie Kakaopulver, auch fettarmes, — nicht gezuckert —, Kuvertüre, Milchschokolade- und Schokoladenüberzugsmasse und Schokoladenmassen — ausgenommen Fertigschokolade für den Endverbrauch —, wenn die Gegenstände von einem Berliner Unternehmer hergestellt worden sind, dessen Berliner Wertschöpfungsquote (§ 6 Abs. 1) im vorletzten Wirtschaftsjahr weniger als 10 betragen hat."

   c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 6 werden die Worte „Auszügen und Essenzen aus Kaffee" durch die Worte „Auszügen, Essenzen und Konzentraten aus Kaffee" ersetzt.

      bb) Nummer 7 wird wie folgt gefaßt:

         „7. Zigaretten und Rauchtabak

            a) für die Kürzungen nach § 1 Abs. 1 und § 1a Abs. 1 um die in der Bemessungsgrundlage enthaltene Tabaksteuer. Der sich danach ergebende Betrag ist um 33 vom Hundert zu erhöhen,

            b) für die Kürzung nach § 2 Abs. 1 um die im Entgelt enthaltene Tabaksteuer. Der sich danach ergebende Betrag ist um 18 vom Hundert zu mindern;".

4. In § 13a wird die Zahl „4" durch die Zahl „5" ersetzt.

5. § 14 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

„Von dem Wirtschaftsjahr an, in dem erhöhte Absetzungen nach Satz 1 nicht mehr vorgenommen werden können, spätestens vom fünften auf das Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr an, bemessen sich die Absetzungen für Abnutzung nach § 7a Abs. 9 des Einkommensteuergesetzes."

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden in Nummer 1 die Worte „für bewegliche Wirtschaftsgüter" durch die Worte „für neue bewegliche Wirtschaftsgüter" ersetzt und Nummer 2 wie folgt gefaßt:

„2. für in Berlin (West) belegene unbewegliche Wirtschaftsgüter, die Gebäude, Gebäudeteile, Eigentumswohnungen oder im Teileigentum stehende Räume sind (Gebäude), wenn sie im Betrieb des Steuerpflichtigen mindestens 3 Jahre nach ihrer Anschaffung oder Herstellung zu mehr als 80 vom Hundert unmittelbar

a) der Fertigung oder Bearbeitung von Wirtschaftsgütern, die zum Absatz bestimmt sind, oder der Erzeugung von Energie oder Wärme

oder

b) der Wiederherstellung von Wirtschaftsgütern

oder

c) der Forschung oder Entwicklung im Sinne des § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe u Satz 4 des Einkommensteuergesetzes

oder

d) der Geschäftsführung oder Verwaltung oder der Lagerung von Vorräten im Zusammenhang mit den in den Buchstaben a bis c bezeichneten Tätigkeiten

dienen."

bb) In Satz 2 werden das Semikolon und der nachfolgende Teilsatz gestrichen.

c) In Absatz 3 Satz 1 werden in Nummer 1 das Wort „neu" und in Nummer 2 die Worte „Buchstabe a" gestrichen; Satz 4 wird aufgehoben.

d) Absatz 4 wird aufgehoben.

e) Absatz 5 wird Absatz 4 und wie folgt gefaßt:

„(4) Die erhöhten Absetzungen nach den Absätzen 1 und 3 können bereits für Anzahlungen auf Anschaffungskosten und für Teilherstellungskosten in Anspruch genommen werden."

f) Absatz 6 wird aufgehoben.

6. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird aufgehoben und die Nummern 2 und 3 werden Nummern 1 und 2.

bb) Nach Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die entgeltliche Abtretung von Darlehensforderungen steht einer Rückzahlung gleich."

b) In Absatz 3 werden nach Satz 2 die folgenden Sätze eingefügt:

„Bei Schiffen tritt an die Stelle des Zeitraums von 3 Jahren ein Zeitraum von 8 Jahren. Für die Anschaffung oder Herstellung von Luftfahrzeugen dürfen Darlehen nach Absatz 1 nicht verwendet werden."

7. Dem § 17 Abs. 3 wird folgender Satz angefügt:

„Die entgeltliche Abtretung von Darlehensforderungen steht einer Rückzahlung gleich."

8. § 19 wird wie folgt gefaßt:

„§ 19

Investitionszulage
für Investitionen in Berlin (West)

(1) Steuerpflichtige im Sinne des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes, die begünstigte Investitionen vornehmen, haben Anspruch auf eine Investitionszulage. Bei Gesellschaften im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes tritt an die Stelle des Steuerpflichtigen die Gesellschaft als Anspruchsberechtigter.

(2) Begünstigte Investitionen sind unter den Voraussetzungen des Absatzes 3

1. die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern,
2. nachträgliche Herstellungsarbeiten an abnutzbaren beweglichen Wirtschaftsgütern,
3. die Herstellung von unbeweglichen Wirtschaftsgütern, die Gebäude, Gebäudeteile, Eigentumswohnungen oder im Teileigentum stehende Räume sind (Gebäude), und
4. Ausbauten und Erweiterungen sowie andere nachträgliche Herstellungsarbeiten an Gebäuden,

wenn die Wirtschaftsgüter und die ausgebauten oder hergestellten Teile mindestens 3 Jahre nach der Anschaffung oder Herstellung oder nach Beendigung der nachträglichen Herstellungsarbeiten zum Anlagevermögen eines Betriebs in Berlin (West) gehören. Hat ein Betrieb Betriebsstätten in Berlin (West) und außerhalb von Berlin (West), gilt die Gesamtheit aller Betriebsstätten in Berlin (West) als ein Betrieb in Berlin (West). Nicht begünstigt sind

1. die Anschaffung oder Herstellung von

a) geringwertigen Wirtschaftsgütern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes,

b) Luftfahrzeugen,

c) Personenkraftwagen, die nicht im Betrieb des Anspruchsberechtigten ausschließlich

aa) der Beförderung von Personen gegen Entgelt dienen,

bb) kurzfristig an Selbstfahrer vermietet werden oder

cc) für Fahrschulzwecke verwendet werden

und nachträgliche Herstellungsarbeiten an solchen Wirtschaftsgütern

und

2. die Herstellung von Gebäuden in Betrieben der Elektrizitätserzeugung, Gaserzeugung und Fernwärmeversorgung sowie Ausbauten, Erweiterungen und andere nachträgliche Herstellungsarbeiten an solchen Gebäuden.

Kurzfristig im Sinne des Satzes 3 Nr. 1 Buchstabe c Doppelbuchstabe bb ist eine Vermietung von jeweils bis zu 3 Monaten.

(3) Bewegliche Wirtschaftsgüter und nachträgliche Herstellungsarbeiten an beweglichen Wirtschaftsgütern sind begünstigt,

1. wenn die Wirtschaftsgüter

a) in einem Betrieb des verarbeitenden Gewerbes verbleiben und es sich nicht um Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Kraftfahrzeuganhänger handelt, die zum Verkehr auf öffentlichen Straßen zugelassen sind, oder

b) in einem Betrieb des Dienstleistungsgewerbes unmittelbar der Datenverarbeitung dienen und der Umsatz des Betriebs in Berlin (West) im Kalenderjahr der Anschaffung oder Herstellung und in den beiden folgenden Kalenderjahren überwiegend auf sonstige Leistungen an Auftraggeber außerhalb von Berlin (West) entfällt oder

c) ausschließlich der Forschung oder Entwicklung im Sinne des § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe u Satz 4 des Einkommensteuergesetzes dienen

oder

2. wenn andere als die nach Nummer 1 begünstigten Wirtschaftsgüter in einem Betrieb in Berlin (West) verbleiben.

Gebäude sowie ausgebaute und hergestellte Teile von Gebäuden sind begünstigt, wenn sie die Voraussetzungen des § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 erfüllen. Andere nachträgliche Herstellungsarbeiten an Gebäuden sind begünstigt, wenn das Gebäude die Voraussetzungen des § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 erfüllt. Die Voraussetzungen der Sätze 1 bis 3 müssen in einem Betrieb in Berlin (West) mindestens 3 Jahre nach der Anschaffung oder Herstellung oder nach Beendigung der nachträglichen Herstellungsarbeiten vorliegen. Bei Schiffen tritt an die Stelle des Zeitraums von 3 Jahren ein Zeitraum von 8 Jahren.

(4) Die Investitionszulage beträgt

1. 15 vom Hundert des Teils der Bemessungsgrundlage, der auf begünstigte Investitionen im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit Absatz 3 Nr. 1 entfällt,

2. 7,5 vom Hundert des Teils der Bemessungsgrundlage, der auf begünstigte Investitionen im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit Absatz 3 Nr. 2 entfällt, höchstens 22 500 Deutsche Mark im Wirtschaftsjahr,

3. 10 vom Hundert des Teils der Bemessungsgrundlage, der auf begünstigte Investitionen im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 3 und 4 entfällt.

Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage ist die Summe der Anschaffungs- und Herstellungskosten der im Wirtschaftsjahr vorgenommenen begünstigten Investitionen. In die Bemessungsgrundlage können die im Wirtschaftsjahr geleisteten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandenen Teilherstellungskosten einbezogen werden. In den Fällen des Satzes 3 dürfen im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung der Wirtschaftsgüter oder der Beendigung der nachträglichen Herstellungsarbeiten die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bei der Bemessung der Investitionszulage nur berücksichtigt werden, soweit sie die Anzahlungen oder Teilherstellungskosten übersteigen. § 7a Abs. 2 Satz 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes gilt entsprechend.

(5) Der Antrag auf Investitionszulage ist bis zum 30. September des Kalenderjahrs zu stellen, das auf das Wirtschaftsjahr folgt, in dem die Investitionen vorgenommen worden, Anzahlungen geleistet worden oder Teilherstellungskosten entstanden sind. Der Antrag ist bei dem für die Besteuerung des Anspruchsberechtigten nach dem Einkommen zuständigen Finanzamt zu stellen. Ist eine Gesellschaft im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 oder Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes Anspruchsberechtigter, so ist der Antrag bei dem Finanzamt zu stellen, das für die einheitliche und gesonderte Feststellung der Einkünfte zuständig ist. Der Antrag muß von dem Anspruchsberechtigten eigenhändig unterschrieben sein. In dem Antrag müssen die Investitionen, für die eine Investitionszulage beansprucht wird, innerhalb der Antragsfrist so genau bezeichnet werden, daß ihre Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist.

(6) Auf die Investitionszulage sind die für Steuervergütungen geltenden Vorschriften der Abgabenordnung entsprechend anzuwenden. Dies gilt nicht für § 163 der Abgabenordnung. Die Investitionszulage ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids aus den Einnahmen an

Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer auszuzahlen.

(7) Ist der Bescheid über die Investitionszulage aufgehoben oder zuungunsten des Anspruchsberechtigten geändert worden, so ist der Rückzahlungsanspruch nach § 238 der Abgabenordnung vom Tag der Auszahlung der Investitionszulage, in den Fällen des § 175 der Abgabenordnung vom Tag des Eintritts des Ereignisses an zu verzinsen. Die Festsetzungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Bescheid aufgehoben oder geändert worden ist.

(8) In öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über die auf Grund der Absätze 1 bis 7 ergehenden Verwaltungsakte ist der Finanzrechtsweg gegeben.

(9) Die Investitionszulage gehört nicht zu den Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Sie mindert nicht die steuerlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten."

9. § 21 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 Satz 3 wird das Zitat „§ 28 Abs. 1 Satz 1" durch das Zitat „§ 28 Abs. 1 Satz 1 bis 3" ersetzt.

   b) In Absatz 2 Satz 1 wird der Klammerzusatz „(§ 23 Abs. 1 bis 4 und § 26 Abs. 6 des Körperschaftsteuergesetzes)" durch den Klammerzusatz „(§ 23 Abs. 1 und 2 und § 26 Abs. 6 des Körperschaftsteuergesetzes)" ersetzt.

10. In § 25 Abs. 3 wird jeweils das Zitat „§ 28 Abs. 1 Satz 1 und 2" durch das Zitat „§ 28 Abs. 1 Satz 1 bis 3" ersetzt.

11. Dem § 26 wird folgender Absatz 4 angefügt:

    „(4) Liegen bei einer Pauschalierung der Lohnsteuer Arbeitslohnbeträge im Sinne des § 23 Nr. 4 Buchstabe a vor, sind die nach § 40 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes zu ermittelnden Pauschsteuersätze oder die Pauschsteuersätze nach § 40 Abs. 2, § 40a und § 40b des Einkommensteuergesetzes um 30 vom Hundert zu ermäßigen; dabei ist zu berücksichtigen, daß die Übernahme der pauschalen Lohnsteuer durch den Arbeitgeber für den Arbeitnehmer eine in Geldwert bestehende Einnahme darstellt."

12. § 28 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 Nr. 6 werden die Worte „oder ein Dienst- oder Anwärterbezug, der für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs als Mutterschaftsgeld aus öffentlichen Kassen gezahlt wird" gestrichen.

   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Nummer 2 wird wie folgt gefaßt:

         „2. in den Fällen des Absatzes 1 Satz 3 der auf einen Kalendertag entfallende laufende Arbeitslohn des Lohnabrechnungszeitraums, der der Unterbrechung oder Einschränkung vorhergeht. Hat das Dienstverhältnis erst im laufenden Lohnabrechnungszeitraum begonnen, so ist der laufende Arbeitslohn, der bei der für den Arbeitnehmer maßgebenden regelmäßigen Arbeitszeit für den Lohnabrechnungszeitraum ohne die Unterbrechung oder Einschränkung zu zahlen wäre, auf einen Kalendertag umzurechnen. Sonstige Bezüge, die während der Unterbrechung oder Einschränkung zufließen, erhöhen die Bemessungsgrundlage für den Zuflußtag; laufender Arbeitslohn, der während der Unterbrechung oder Einschränkung zufließt, bleibt außer Betracht,".

      bb) Am Ende von Satz 2 werden der Punkt durch ein Semikolon ersetzt und folgende Worte angefügt:

         „in den Fällen des § 40a des Einkommensteuergesetzes ist der Betrag maßgebend, nach dem auch die pauschale Lohnsteuer bemessen wird."

   c) Absatz 4 Sätze 1 und 2 werden wie folgt gefaßt:

      „Die Zulage beträgt 8 vom Hundert der Bemessungsgrundlage zuzüglich eines Zuschlags für jedes Kind des Arbeitnehmers, das nach Absatz 4a auf seiner Lohnsteuerkarte eingetragen ist. Der Kinderzuschlag wird auch für ein Kind des Arbeitnehmers gewährt, das nach Absatz 4a Nr. 2 nicht auf der Lohnsteuerkarte eingetragen werden darf."

   d) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

      „(4a) Auf der Lohnsteuerkarte eines Arbeitnehmers, der Anspruch auf die Zulage nach Absatz 1 hat, ist die Zahl der Kinder im Sinne des § 32 Abs. 1 bis 5 des Einkommensteuergesetzes einzutragen; liegen bei einem unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Elternpaar die Voraussetzungen des § 26 Abs. 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes nicht vor, sind nur Kinder einzutragen, die nach § 32 Abs. 7 des Einkommensteuergesetzes zu berücksichtigen sind. Für die Eintragung gilt § 39 des Einkommensteuergesetzes entsprechend mit folgender Maßgabe:

      1. Eine Gemeinde außerhalb von Berlin (West) hat die Eintragung von Kindern, die zu Beginn des Kalenderjahrs das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nur auf Antrag des Arbeitnehmers vorzunehmen.

      2. Wird ein Kindschaftsverhältnis in Beziehung zu beiden Ehegatten erst nach der im Laufe des Kalenderjahrs vollzogenen Eheschließung begründet, ist die Eintragung des Kindes nur dann zulässig, wenn wegen der Eheschließung bereits die Steuerklassen geändert worden sind."

e) In Absatz 5 Satz 1 werden die Worte „oder einer entsprechenden Bescheinigung" gestrichen.

13. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Auf die Zulage sind die für Steuervergütungen geltenden Vorschriften der Abgabenordnung entsprechend anzuwenden. Dies gilt nicht für § 163 der Abgabenordnung."

b) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „voneinander getrennt" gestrichen und am Ende die Worte „und in der Lohnsteuerbescheinigung zu bescheinigen" angefügt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

14. § 31 wird wie folgt gefaßt:

„§ 31
Anwendungsbereich

(1) Die vorstehende Fassung dieses Gesetzes ist, soweit in den folgenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, erstmals für den Veranlagungszeitraum 1990 anzuwenden. Beim Steuerabzug vom Arbeitslohn gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß die vorstehende Fassung dieses Gesetzes erstmals auf den laufenden Arbeitslohn, der für einen nach dem 31. Dezember 1989 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird, und auf sonstige Bezüge, die nach dem 31. Dezember 1989 zufließen, anzuwenden ist. Für die Gewährung von Zulagen nach § 28 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, daß die vorstehende Fassung dieses Gesetzes erstmals auf Lohnabrechnungszeiträume anzuwenden ist, die nach dem 31. Dezember 1989 enden. Überschreitet der Lohnabrechnungszeitraum fünf Wochen, so tritt an seine Stelle der Lohnzahlungszeitraum.

(2) Die §§ 1 bis 13 sind erstmals auf Umsätze und Innenumsätze anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1989 ausgeführt werden.

(3) § 13a ist erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 1989 endet (Übergangsjahr). Auch für die Berechnung des Teilwerts der Pensionsverpflichtung nach § 6a Abs. 4 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes am Schluß des dem Übergangsjahr vorangegangenen Wirtschaftsjahrs ist ein Rechnungszinsfuß von 5 vom Hundert zugrunde zu legen. Soweit eine am Schluß des dem Übergangsjahr vorangegangenen Wirtschaftsjahrs vorhandene Pensionsrückstellung den mit einem Rechnungszinsfuß von 5 vom Hundert zu berechnenden Teilwert der Pensionsverpflichtung an diesem Stichtag übersteigt, kann in Höhe des übersteigenden Betrags am Schluß des Übergangsjahrs eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage gebildet werden. Die sich nach Satz 3 bei einem Betrieb insgesamt ergebende Rücklage ist in diesem und den folgenden 11 Wirtschaftsjahren jeweils mit mindestens einem Zwölftel gewinnerhöhend aufzulösen. Eine nach § 31 Abs. 9 in der Fassung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) gebildete Rücklage ist mindestens nach Maßgabe dieser Vorschrift aufzulösen.

(4) § 14 ist erstmals anzuwenden auf Wirtschaftsgüter, die nach dem 31. Dezember 1989 angeschafft oder hergestellt werden, sowie auf nachträgliche Herstellungsarbeiten, die nach diesem Zeitpunkt beendet werden.

(5) § 14 Abs. 6, § 14a Abs. 7, § 14b Abs. 4 und § 15 Abs. 6 des Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1978 (BGBl. 1979 I S. 1) sind letztmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, das dem Wirtschaftsjahr vorangeht, für das § 15a des Einkommensteuergesetzes erstmals anzuwenden ist.

(6) Herstellungskosten im Sinne des § 14b, die der Steuerpflichtige für Modernisierungsmaßnahmen in einer zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung nach dem 31. Dezember 1986 und vor dem 1. Januar 1992 aufgewendet und nicht in die Bemessungsgrundlage des § 15b einbezogen hat, kann er im Jahr der Beendigung der Modernisierungsmaßnahmen und in den beiden folgenden Jahren bis zu insgesamt 50 vom Hundert wie Sonderausgaben abziehen. Von dem Jahr an, in dem die Abzugsbeträge nach Satz 1 nicht mehr abgezogen werden können, spätestens vom dritten auf das Jahr der Beendigung der Modernisierungsmaßnahmen folgenden Jahr an, können die restlichen Herstellungskosten in fünf gleichen Jahresbeträgen wie Sonderausgaben abgezogen werden.

(7) § 15a ist erstmals für das Wirtschaftsjahr anzuwenden, für das § 15a des Einkommensteuergesetzes erstmals anzuwenden ist.

(8) § 16 Abs. 2 Satz 3 und § 17 Abs. 3 Satz 4 sind erstmals bei Darlehen anzuwenden, die nach dem 22. März 1988 abgetreten werden.

(9) § 16 Abs. 3 Satz 3 und 4 ist erstmals bei Darlehen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1989 an Unternehmen weitergegeben werden.

(10) § 19 ist vorbehaltlich des Satzes 2 erstmals auf Investitionen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1989 abgeschlossen werden. § 19 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2415) ist weiter anzuwenden auf

1. nach dem 31. Dezember 1989 und vor dem 1. Januar 1991 abgeschlossene Investitionen,

2. vor dem 1. Januar 1991 geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten und entstandene Teilherstellungskosten,

wenn der Anspruchsberechtigte die Investitionen vor dem 1. April 1989 begonnen hat. Investitionen sind in dem Zeitpunkt abgeschlossen, in dem die Wirtschaftsgüter angeschafft oder hergestellt oder die nachträglichen Herstellungsarbeiten beendet worden sind. Investitionen sind in dem Zeitpunkt begonnen, in dem die Wirtschaftsgüter bestellt worden sind oder mit ihrer Herstellung oder

mit den nachträglichen Herstellungsarbeiten begonnen worden ist. Als Beginn der Herstellung gilt bei Baumaßnahmen, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der Bauantrag gestellt wird."

Artikel 8

Änderung des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft

Dem § 8 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft vom 18. August 1969 (BGBl I S. 1211, 1214), das zuletzt durch Artikel 33 des Gesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl I S. 1523) geändert wurde, werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Rücklagen nach den §§ 1 und 3 können letztmalig für das Wirtschaftsjahr gebildet werden, das vor dem 1. Januar 1990 endet.

(5) § 2 ist letztmals auf Verluste des Veranlagungszeitraums 1989 anzuwenden."

Artikel 9

Änderung des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften

Das Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1970 (BGBl. I S. 127), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2595), wird wie folgt geändert:

1. In § 38 Abs. 3 werden das Zitat „§ 43 Abs. 1 Ziff. 1 und 2" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 8" und das Wort „erhobene" durch die Worte „einbehaltene und abgeführte" ersetzt.

2. In § 38a Abs. 2 wird das Zitat „§ 39 Abs. 1 Satz 2" durch das Zitat „§ 39 Satz 2" ersetzt.

3. Nach § 38a wird folgender § 38b eingefügt:

   „§ 38b

   (1) Von dem Teil der Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Sondervermögen, der nach § 39b zur Anrechnung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer berechtigt, wird ein Steuerabzug vom Kapitalertrag in Höhe von 10 vom Hundert des ausgeschütteten Betrags vorgenommen, soweit die Ausschüttungen nicht

   1. steuerfreie Zinsen im Sinne des § 3a des Einkommensteuergesetzes,

   2. Gewinne aus der Veräußerung von Wertpapieren und Bezugsrechten auf Anteile an Kapitalgesellschaften,

   sowie die hierauf entfallenden Teile des Ausgabepreises für ausgegebene Anteilscheine enthalten. Die Kapitalertragsteuer entsteht in dem Zeitpunkt, in dem die Ausschüttungen den Anteilscheininhabern zufließen. § 44 des Einkommensteuergesetzes ist entsprechend anzuwenden. Die Kapitalertragsteuer ist innerhalb eines Monats nach der Entstehung zu entrichten. Die Kapitalanlagegesellschaft hat bis zu diesem Zeitpunkt eine Steuererklärung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzugeben und darin die Steuer selbst zu berechnen.

   (2) Für den Teil der nicht zur Ausschüttung oder Kostendeckung verwendeten Einnahmen des Sondervermögens im Sinne des § 39 Satz 1, der nach § 39b zur Anrechnung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer berechtigt, gilt Absatz 1 entsprechend."

4. § 39 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Die Absatzbezeichnung „(1)" wird gestrichen. In den Sätzen 1 und 2 werden jeweils das Wort „vereinnahmten" gestrichen und die Worte „Zinsen und Dividenden" durch das Wort „Einnahmen im Sinne des § 20 des Einkommensteuergesetzes" ersetzt.

      bb) Das Zitat „§ 20 Abs. 1 Ziff. 1" wird durch das Zitat „§ 20 Abs. 1 Nr. 1" ersetzt.

   b) Absatz 2 wird aufgehoben.

5. In § 39a Abs. 2 wird das Zitat „§ 39 Abs. 1 Satz 2" durch das Zitat „§ 39 Satz 2" ersetzt.

6. Nach § 39a wird folgender § 39b eingefügt:

   „§ 39b

   (1) Für Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Wertpapier-Sondervermögen wird die Kapitalertragsteuer nur angerechnet oder erstattet, soweit darin enthalten sind

   1. Erträge des Sondervermögens, die nach § 38 Abs. 3 zur Erstattung von Kapitalertragsteuer an die Depotbank berechtigen und von denen ein Steuerabzug nach § 38b vorgenommen worden ist,

   2. der auf Erträge im Sinne der Nummer 1 entfallende Teil des Ausgabepreises für ausgegebene Anteilscheine.

   Für die Ermittlung des Teils der Ausschüttung, der zur Anrechnung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer berechtigt, ist die nach § 38a zu entrichtende Körperschaftsteuer von den in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Beträgen abzuziehen. § 45a Abs. 2 bis 6 des Einkommensteuergesetzes gilt entsprechend. In der hiernach zu erteilenden Bescheinigung ist der zur Anrechnung oder Erstattung berechtigende Teil der Ausschüttung gesondert anzugeben.

   (2) Gelten die nicht zur Ausschüttung oder Kostendeckung verwendeten Einnahmen des Sondervermögens nach § 39 Satz 2 als zugeflossen, so ist Absatz 1 Satz 2 entsprechend anzuwenden. An die Stelle der in § 45a Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Bescheinigung tritt eine Bescheinigung im Sinne des § 39a Abs. 2 Satz 3 bis 5. Für die Bescheinigung gilt im übrigen

§ 45a Abs. 4 bis 6 des Einkommensteuergesetzes sinngemäß. Der Steuererklärung oder dem Antrag auf Erstattung von Kapitalertragsteuer ist ein Abdruck der Bekanntmachung im Sinne des § 42 beizufügen. Wird der Anteilschein aus dem Wertpapierdepot entnommen und ausgehändigt, so hat ihn das Kreditinstitut unter Hinweis auf die zuletzt ausgestellte Bescheinigung zu kennzeichnen. § 39a Abs. 3 gilt entsprechend.„

7. In § 40 Abs. 2 werden das Zitat „§ 43 Abs. 1 Ziff. 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" ersetzt und die Worte „auf Antrag" gestrichen.

8. § 41 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 2 Buchstabe b wird das Zitat „§ 43 Abs. 1 Ziff. 5" durch das Zitat „§ 43 Abs. 1 Nr. 6" ersetzt.

   b) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

      „5. den Betrag der anzurechnenden oder zu erstattenden Kapitalertragsteuer;".

   c) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6.

9. In § 42 werden das Zitat „§ 40 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 bis 5" durch das Zitat „§ 40 Abs. 1 und 2 bis 5" und das Zitat „§ 39 Abs. 1 Satz 2 und in § 39a Abs. 2" durch das Zitat „§ 39 Satz 2, § 39a Abs. 2 und § 39b Abs. 2" ersetzt.

10. Dem § 43 wird folgender Absatz 6 angefügt:

    „(6) Von den Vorschriften in der Fassung des Steuerreformgesetzes 1990 vom ... (BGBl. I S. ...) sind

    1. § 38 Abs. 3 erstmals für Einnahmen anzuwenden, die dem Wertpapier-Sondervermögen nach dem 31. Dezember 1988 zufließen,

    2. die §§ 39, 39b und § 41 Abs. 1 erstmals für Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Wertpapier-Sondervermögen anzuwenden, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen,

    3. § 38a Abs. 2, §§ 38b, 39, § 39a Abs. 2, §§ 39b, 41 und 42 für die nicht zur Kostendeckung oder Ausschüttung verwendeten Einnahmen des Wertpapier-Sondervermögens erstmals für das Geschäftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 1988 endet,

    4. § 38b auch anzuwenden, soweit in Ausschüttungen, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen, Einnahmen des Wertpapier-Sondervermögens enthalten sind, bei denen vor dem 1. Januar 1989 Kapitalertragsteuer nicht zu erheben war. Dies gilt auch für die nicht zur Kostendeckung oder Ausschüttung verwendeten Einnahmen des Wertpapier-Sondervermögens, die in dem Geschäftsjahr als zugeflossen gelten, das nach dem 31. Dezember 1988 endet."

11. In § 43a Satz 1 werden das Wort „vereinnahmten" gestrichen und die Worte „Zinsen, Dividenden und" durch die Worte „Einnahmen im Sinne des § 20 des Einkommensteuergesetzes einschließlich der" ersetzt.

12. Dem § 43b wird folgende Nummer 4 angefügt:

    „4. Für die Anwendung der §§ 38 bis 42 gilt § 43 Abs. 6 sinngemäß."

13. § 45 wird wie folgt geändert:

    a) Die Absatzbezeichnung „(1)" wird gestrichen. In Absatz 1 wird das Zitat „§ 20 Abs. 1 Ziff. 1" durch das Zitat „§ 20 Abs. 1 Nr. 1" ersetzt.

    b) Absatz 2 wird aufgehoben.

14. Nach § 45 wird folgender § 45a eingefügt:

    „§ 45a

    Die §§ 38b und 39b gelten sinngemäß. Sind in den Ausschüttungen Gewinne aus der Veräußerung von Gegenständen im Sinne des § 27 enthalten, wird der Steuerabzug nur vorgenommen, wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung der Gegenstände nicht mehr als zwei Jahre betragen hat."

15. § 47 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

    a) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

       „3. den Betrag der anzurechnenden oder zu erstattenden Kapitalertragsteuer;".

    b) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4.

16. In § 48 wird das Zitat „§ 47 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 Buchstabe b und Nr. 3" durch das Zitat „§ 47 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 2 Buchstabe b, Nr. 3 und 4" ersetzt.

17. Dem § 50 wird folgender Absatz 3 angefügt:

    „(3) Für die Anwendung der §§ 45, 45a, § 47 Abs. 1, § 48 gilt § 43 Abs. 6 sinngemäß."

Artikel 10

Änderung des Bewertungsgesetzes

Das Bewertungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1985 (BGBl. I S. 845), zuletzt geändert durch § 24 des Gesetzes vom 22. Oktober 1987 (BGBl. I S. 2294), wird wie folgt geändert:

1. § 97 Abs. 1 Nr. 5 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

   „Zu dem gewerblichen Betrieb einer Gesellschaft im Sinne der Buchstaben a und b gehören auch die Wirtschaftsgüter, die im Eigentum eines, mehrerer oder aller beteiligten Gesellschafter stehen und dem Betrieb der Gesellschaft oder der Mitunternehmerstellung der Gesellschafter in der Gesellschaft dienen; diese Zurechnung geht Zurechnungen nach den Buchstaben a und b, den Nummern 1 bis 4 und § 95 vor. Das gilt auch für Forderungen und Schulden zwischen der Gesellschaft und einem Gesellschafter, soweit es sich nicht um Forderungen und Schulden aus dem regelmäßigen Geschäftsverkehr zwischen der Ge-

sellschaft und einem Gesellschafter oder aus der kurzfristigen Überlassung von Geldbeträgen an die Gesellschaft oder einen Gesellschafter handelt."

2. In § 102 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „, bei der die Voraussetzungen des § 104a nicht vorliegen," gestrichen.

3. § 103a wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

      „§ 103a

      Rückstellungen für Preisnachlässe, für Wechselhaftung und für Jubiläumszuwendungen"

   b) Dem bisherigen Text wird folgender Satz angefügt:

      „Rückstellungen für die Verpflichtung zu einer Zuwendung anläßlich eines Dienstjubiläums sind nur abzugsfähig, soweit die versprochene Zuwendung dem Berechtigten für jeden Fall der vorzeitigen Beendigung des Dienstverhältnisses zusteht und die Zusage rechtsverbindlich in schriftlicher Form erteilt ist."

4. § 104 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 3 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

      „§ 13a des Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2415), der durch Artikel 7 Nr. 4 des Steuerreformgesetzes 1990 vom .... (BGBl. I S. ....) geändert worden ist, ist entsprechend anzuwenden."

   b) Absatz 12 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 1 werden die Worte „30 vom Hundert" durch die Worte „15 vom Hundert" ersetzt.

      bb) In Nummer 2 werden die Worte „15 vom Hundert" durch die Worte „7,5 vom Hundert" ersetzt.

   c) In Absatz 14 werden die Worte „sofern die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 bis zum 31. Dezember 1981 geschaffen werden oder" gestrichen.

5. § 104a wird aufgehoben.

6. In § 110 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe b wird das Wort „erwerbsunfähig" durch die Worte „behindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421, 1550), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602), mit einem Grad der Behinderung von mehr als 90" ersetzt.

7. § 111 wird wie folgt geändert:

   a) Nummer 3 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden das Wort „erwerbsunfähig" durch die Worte „behindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421, 1550), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602), mit einem Grad der Behinderung von mehr als 90" und das Wort „Versicherungsnehmer" durch das Wort „Berechtigte" ersetzt.

      bb) In Satz 2 werden das Wort „Versicherungsnehmers" durch das Wort „Berechtigten" und die Worte „die Ehefrau des Versicherungsnehmers" durch die Worte „der Ehegatte des Berechtigten" ersetzt.

      cc) In Satz 3 werden die Worte „Versicherungsnehmers" und „der Ehefrau" durch die Worte „Berechtigten" und „dem Ehegatten" ersetzt.

      dd) In Satz 4 werden die Worte „Versicherungsnehmers", „die Ehefrau" und „der Ehefrau" durch die Worte „Berechtigten", „den Ehegatten" und „dem Ehegatten" ersetzt.

   b) In Nummer 9 wird das Wort „erwerbsunfähig" durch die Worte „behindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421, 1550), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602), mit einem Grad der Behinderung von mehr als 90" ersetzt.

8. § 117 wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

      „§ 117

      Verkehrsunternehmen".

   b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Nummer 1 wird aufgehoben.

      bb) Die Nummern 2 und 3 werden Nummern 1 und 2.

      cc) In der neuen Nummer 2 werden die Worte „Nr. 2" durch die Worte „Nummer 1" ersetzt. Folgender Satz wird angefügt:

      „Dient das begünstigte Betriebsvermögen gleichzeitig auch anderen Zwecken, so ist es dem Umfang der jeweiligen Nutzung entsprechend aufzuteilen."

   c) Die Absatzbezeichnung „(1)" wird gestrichen; Absatz 2 wird aufgehoben.

9. § 124 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 wird die Jahreszahl „1987" durch die Jahreszahl „1990" ersetzt.

   b) Folgende Sätze werden angefügt:

      „§ 97 Abs. 1 Nr. 5 Sätze 2 und 3 und § 103a sind erstmals zum 1. Januar 1989 anzuwenden. § 104 Abs. 12 ist erstmals zum 1. Januar 1991 anzuwenden."

Artikel 11

Änderung des Vermögensteuergesetzes

Das Vermögensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1985 (BGBl. I S. 558), zuletzt geändert durch § 28 des Gesetzes vom 17. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2488), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Die Worte „die Landeskreditbank Baden-Württemberg," werden gestrichen.

      bb) Nach den Worten „die Hanseatische Gesellschaft für öffentliche Finanzierung mit beschränkter Haftung Bremen" werden die Worte „, die Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderungsanstalt, die Bayerische Landesbodenkreditanstalt, die Wohnungsbau-Kreditanstalt Berlin, die Hamburgische Wohungsbaukreditanstalt, die Niedersächsische Landestreuhandstelle für den Wohnungs- und Städtebau, die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen, die Wohungsbaukreditanstalt des Landes Schleswig-Holstein" eingefügt.

   b) Nummer 13 wird wie folgt gefaßt:

      „13. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 10 des Körperschaftsteuergesetzes, soweit sie die für eine Befreiung von der Körperschaftsteuer erforderlichen Voraussetzungen erfüllen;".

   c) Die Nummern 14, 16 und 18 werden aufgehoben.

   d) Nummer 15 wird wie folgt gefaßt:

      „15. die von den zuständigen Landesbehörden begründeten oder anerkannten gemeinnützigen Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2331-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 24 des Gesetzes vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), und im Sinne der Bodenreformgesetze der Länder, soweit die Unternehmen im ländlichen Raum Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen mit Ausnahme des Wohnungsbaus durchführen. Die Steuerbefreiung ist ausgeschlossen, wenn die Einnahmen des Unternehmens aus den in Satz 1 nicht bezeichneten Tätigkeiten die Einnahmen aus den in Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten übersteigen;".

   e) Nummer 17 Satz 3 wird wie folgt gefaßt:

      „Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Einrichtungen zur Sicherung von Spareinlagen bei Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt waren."

2. In § 6 Abs. 3 Nr. 1 und Abs. 4 Nr. 1 wird jeweils das Wort „erwerbsunfähig" durch die Worte „behindert im Sinne des Schwerbehindertengesetzes vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421, 1550), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 14. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2602), mit einem Grad der Behinderung von mehr als 90" ersetzt.

3. § 25 wird wie folgt gefaßt:

   „§ 25

   Anwendung des Gesetzes

   (1) Die vorstehende Fassung des Gesetzes ist, soweit in den folgenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, erstmals auf die Vermögensteuer des Kalenderjahrs 1990 anzuwenden.

   (2) Die Steuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ist für die Landeskreditbank Baden-Württemberg letztmals auf die Vermögensteuer des Kalenderjahrs 1988 und für die Landeskreditbank Baden-Württemberg-Förderungsanstalt erstmals auf die Vermögensteuer des Kalenderjahrs 1989 anzuwenden.

   (3) § 3 Abs. 1 Nr. 13 bis 16 des Vermögensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1985 (BGBl. I S. 558), zuletzt geändert durch § 28 des Gesetzes vom 17. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2488), ist letztmals auf die Vermögensteuer des Kalenderjahrs 1990 anzuwenden, wenn die Körperschaft einen Antrag nach § 54 Abs. 3 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes stellt und im Veranlagungszeitraum 1990 ausschließlich Geschäfte betreibt, die nach den bis zum 31. Dezember 1989 geltenden gesetzlichen Vorschriften zulässig waren. In diesem Fall ist § 3 Abs. 1 Nr. 13 und 15 dieses Gesetzes in der vorstehenden Fassung erstmals für die Vermögensteuer des Kalenderjahrs 1991 anzuwenden."

Artikel 12

Änderung des Umsatzsteuergesetzes

Das Umsatzsteuergesetz vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 7. März 1988 (BGBl. I S. 204), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe c wird wie folgt gefaßt:

   „c) im Rahmen seines Unternehmens Aufwendungen tätigt, die unter das Abzugsverbot des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 bis 7 und Abs. 7 des Einkommensteuergesetzes fallen. Das gilt nicht für Geldgeschenke und die Bewirtungsaufwendungen, die nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes den Gewinn nicht mindern dürfen.

2. In § 16 Abs. 5 Satz 4 wird das Zitat „§ 19 Abs. 1 und 3" durch das Zitat „§ 19 Abs. 1" ersetzt.

3. § 19 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 Satz 1 wird der Betrag „20 000 Deutsche Mark" durch den Betrag „25 000 Deutsche Mark" ersetzt.

   b) Absatz 3 wird aufgehoben.

   c) Absatz 4 wird Absatz 3; in dessen Nummer 1 wird das Zitat „§ 4 Nr. 7, Nr. 8 Buchstabe i" durch das Zitat „§ 4 Nr. 8 Buchstabe i" ersetzt.

4. In § 20 Abs. 1 Nr. 1 wird der Klammerhinweis „(§ 19 Abs. 4)" durch den Klammerhinweis „(§ 19 Abs. 3)" ersetzt.

5. § 21 Abs. 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

   „Für die Einfuhrumsatzsteuer gelten die Vorschriften für Zölle sinngemäß; ausgenommen sind § 5 Abs. 5 Nr. 1 und 3, §§ 24, 25 und 40 des Zollgesetzes sowie die Vorschriften über den aktiven Veredelungsverkehr nach dem Verfahren der Zollrückvergütung und über den passiven Veredelungsverkehr."

Artikel 13

Änderung des Feuerschutzsteuergesetzes

Dem § 9 des Feuerschutzsteuergesetzes vom 21. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2353), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Februar 1984 (BGBl. I S. 241) geändert wurde, wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Steuerbeträge, die auf Grund einer Außenprüfung nachzuentrichten sind, sind zusammen mit der Steuer für den laufenden Anmeldungszeitraum festzusetzen."

Artikel 14

Änderung des Versicherungsteuergesetzes

Dem § 6 des Versicherungsteuergesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 611-15, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 14. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1493) geändert wurde, wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Bei der Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr beträgt die Steuer 1,4 vom Hundert des Versicherungsentgelts."

Artikel 15

Änderung der Abgabenordnung

Die Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613; 1977 I S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 27. Januar 1987 (BGBl. I S. 475), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 30 wird folgender § 30 a eingefügt:

„§ 30 a

Schutz von Bankkunden

(1) Bei der Ermittlung des Sachverhalts (§ 88) haben die Finanzbehörden auf das Vertrauensverhältnis zwischen den Kreditinstituten und deren Kunden besonders Rücksicht zu nehmen.

(2) Die Finanzbehörden dürfen von den Kreditinstituten zum Zwecke der allgemeinen Überwachung die einmalige oder periodische Mitteilung von Konten bestimmter Art oder bestimmter Höhe nicht verlangen.

(3) Die Guthabenkonten oder Depots, bei deren Errichtung eine Legitimationsprüfung nach § 154 Abs. 2 vorgenommen worden ist, dürfen anläßlich der Außenprüfung bei einem Kreditinstitut nicht zwecks Nachprüfung der ordnungsmäßigen Versteuerung festgestellt oder abgeschrieben werden. Die Ausschreibung von Kontrollmitteilungen soll insoweit unterbleiben.

(4) In Vordrucken für Steuererklärungen soll die Angabe der Nummern von Konten und Depots, die der Steuerpflichtige bei Kreditinstituten unterhält, nicht verlangt werden, soweit nicht steuermindernde Ausgaben oder Vergünstigungen geltend gemacht werden oder die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem Finanzamt dies bedingt.

(5) Für Auskunftsersuchen an Kreditinstitute gilt § 93. Ist die Person des Steuerpflichtigen bekannt und gegen ihn kein Verfahren wegen einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit eingeleitet, soll auch im Verfahren nach § 208 Abs. 1 Satz 1 ein Kreditinstitut erst um Auskunft und Vorlage von Urkunden gebeten werden, wenn ein Auskunftsersuchen an den Steuerpflichtigen nicht zum Ziele führt oder keinen Erfolg verspricht."

2. Dem § 167 Abs. 1 Satz 1 wird folgender Teilsatz angefügt:

   „oder der Steuer- oder Haftungsschuldner die Steueranmeldung nicht abgibt."

3. Nach § 233 wird folgender § 233a eingefügt:

„§ 233a

Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen

(1) Führt die Festsetzung der Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen-, Umsatz- oder Gewerbesteuer zu einer Steuernachforderung oder Steuererstattung, ist diese nach Maßgabe der folgenden Absätze zu verzinsen. Dies gilt nicht für die Festsetzung von Vorauszahlungen und Steuerabzugsbeträgen.

(2) Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden ist. Er beginnt für die Einkommensteuer 21 Monate nach diesem Zeitpunkt, wenn die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft bei der erstmaligen Steuerfestsetzung die anderen Einkünfte überwiegen. Er endet mit der Fälligkeit der Steuernachforderung oder Steuererstattung, spätestens vier Jahre nach seinem Beginn.

(3) Maßgebend für die Zinsberechnung ist die festgesetzte Steuer, vermindert um die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge, um die anzurechnende Körperschaftsteuer und um die festgesetzten Vorauszahlungen (Unterschiedsbetrag). Bei der Vermögensteuer ist als Unterschiedsbetrag für die Zinsberechnung die festgesetzte Steuer, vermindert um die festgesetzten Vorauszahlungen oder die bisher festgesetzte Jahressteuer, maßgebend. Ein Unterschiedsbetrag zugunsten des Steuerpflichtigen ist nur bis zur Höhe des zu erstattenden Betrages zu verzinsen; die Verzinsung beginnt frühestens mit dem Tag der Zahlung.

(4) Die Festsetzung der Zinsen soll mit der Steuerfestsetzung verbunden werden.

(5) Wird die Steuerfestsetzung oder die Anrechnung von Steuerbeträgen aufgehoben oder geändert, ist eine bisherige Zinsfestsetzung zu ändern. Maßgebend für die Zinsberechnung ist der Unterschiedsbetrag zwischen der festgesetzten Steuer und der vorher festgesetzten Steuer, jeweils vermindert um die anzurechnenden Steuerabzugsbeträge und um die anzurechnende Körperschaftsteuer. Dem sich hiernach ergebenden Zinsbetrag sind bisher festzusetzende Zinsen hinzuzurechnen; bei einem Unterschiedsbetrag zugunsten des Steuerpflichtigen entfallen darauf festgesetzte Zinsen. Im übrigen gilt Absatz 3 Satz 3 entsprechend.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten bei der Duchführung des Lohnsteuer-Jahresausgleichs entsprechend."

4. Dem § 235 wird folgender Absatz 4 angefügt:

   „(4) Zinsen nach § 233a, die für denselben Zeitraum festgesetzt wurden, sind anzurechnen."

5. Dem § 236 wird folgender Absatz 4 angefügt:

   „(4) Zinsen nach § 233a, die für denselben Zeitraum festgesetzt wurden, sind anzurechnen."

6. § 237 Abs. 2 Satz 2 wird wie folgt gefaßt:

   „Ist die Vollziehung erst nach dem Eingang des außergerichtlichen Rechtsbehelfs oder erst nach der Rechtshängigkeit ausgesetzt worden, so beginnt die Verzinsung mit dem Tag, an dem die Wirkung der Aussetzung der Vollziehung beginnt."

7. § 239 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 2 wird folgende Nummer 1 eingefügt:

      „1. in den Fällen des § 233a mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer festgesetzt, aufgehoben oder geändert worden ist,".

   b) Die bisherigen Nummern 1 bis 4 werden Nummern 2 bis 5.

   c) Es wird folgender Satz angefügt:

      „Die Festsetzungsfrist läuft in den Fällen des § 233a nicht ab, solange die Steuerfestsetzung sowie ihre Aufhebung oder Änderung noch zulässig ist."

8. In § 241 Abs. 2 Nr. 3 werden das Wort „Genossenschaftskasse" durch das Wort „Genossenschaftsbank" und das Wort „Lastenausgleichsbank" durch die Worte „Deutsche Ausgleichsbank" ersetzt.

Artikel 16

Änderung des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung

Artikel 97 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2436), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 3 angefügt:

   „(3) Die durch Artikel 15 des Steuerreformgesetzes 1990 vom .... (BGBl. I S. ....) geänderten Vorschriften sind auf alle bei Inkrafttreten dieser Vorschriften anhängigen Verfahren anzuwenden, soweit nichts anderes bestimmt ist."

2. Dem § 15 wird folgender Absatz 4 angefügt:

   „(4) Die Vorschriften der §§ 233a, 235, 236 und 239 der Abgabenordnung in der Fassung von Artikel 15 Nr. 3 bis 5 und 7 des Steuerreformgesetzes 1990 vom ... (BGBl. I S. ...) gelten für alle Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis, die nach dem 31. Dezember 1988 entstehen."

Artikel 17

Gesetz über die strafbefreiende Erklärung von Einkünften aus Kapitalvermögen und von Kapitalvermögen

§ 1

Strafbefreiende Erklärung

(1) Wer bis 31. Dezember 1990 bei der Finanzbehörde für die Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen erhebliche Angaben in der Steuererklärung für 1986 und 1987 richtig und vollständig macht oder für die Veranlagungszeiträume ab 1986 nachholt, berichtigt oder ergänzt (strafbefreiende Erklärung), wird auch für weiter zurückliegende Zeiträume straffrei, soweit auf Einkünfte aus Kapitalvermögen entfallende Steuern hinterzogen worden sind. Die Wirkungen der strafbefreienden Erklärung treten auch dann ein, wenn nach dem 13. Oktober 1987 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes in für Veranlagungszeiträume ab 1986 abgegebenen Steuererklärungen, Berichtigungserklärungen (§ 153 AO), Selbstanzeigen (§§ 371, 378 Abs. 3 AO) oder sonstigen Erklärungen Angaben enthalten sind, die den Anforderungen des Satzes 1 genügen. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Angaben zur Besteuerung des Kapitalvermögens, aus dem die Einkünfte geflossen sind. Straffrei werden auch die mit dem Erklärenden zusammen veranlagten Personen und im Fall der strafbefreienden Erklärung eines inzwischen volljährigen Kindes die bisherigen gesetzlichen Vertreter.

(2) Sind Steuerverkürzungen bereits eingetreten, so treten die Wirkungen des Absatzes 1 nur ein, wenn die für Veranlagungszeiträume ab 1986 hinterzogene Einkommen- oder Vermögensteuer innerhalb einer von der Finanzbehörde dem Erklärenden bestimmten angemessenen Frist entrichtet wird.

(3) Eine strafbefreiende Erklärung im Sinne des Absatzes 1 ist auch für zurückliegende Zeiträume ausgeschlossen, wenn

1. vor der strafbefreienden Erklärung ein Amtsträger der Finanzbehörde zur Prüfung der Einkommen- oder Vermögensteuer oder zur Ermittlung einer Steuerstraftat oder Steuerordnungswidrigkeit erschienen ist; dies gilt bis zum Abschluß der Prüfung oder der Ermittlungen; oder
2. vor der strafbefreienden Erklärung dem Täter oder seinem Vertreter die Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen Hinterziehung oder leichtfertiger Verkürzung von Einkommen- oder Vermögensteuer bekannt gegeben worden ist oder
3. die Tat im Zeitpunkt der strafbefreienden Erklärung ganz oder zum Teil bereits entdeckt war und der Täter dies wußte oder bei verständiger Würdigung der Sachlage damit rechnen mußte.

(4) Bei einer leichtfertigen Steuerverkürzung (§ 378 der Abgabenordnung) durch unvollständige oder unrichtige Angabe der Einkünfte aus Kapitalvermögen oder des Kapitalvermögens, aus dem die Einkünfte geflossen sind, gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

§ 2

Absehen von Steuerfestsetzung

(1) Im Fall einer strafbefreienden Erklärung nach § 1 Abs. 1 werden die auf die Einkünfte aus Kapitalvermögen und auf das Kapitalvermögen entfallenden Steuern für Veranlagungszeiträume vor 1986 nicht festgesetzt, wenn insoweit nach § 1 Straffreiheit eintritt oder eine Geldbuße nicht festgesetzt wird. Satz 1 ist sinngemäß anzuwenden, soweit die auf die Einkünfte aus Kapitalvermögen entfallende Einkommensteuer oder auf das Kapitalvermögen entfallende Vermögensteuer weder vorsätzlich noch leichtfertig verkürzt worden ist. Sätze 1 und 2 gelten nicht für Steuerschulden, die nach § 45 der Abgabenordnung auf den Erklärenden übergegangen sind.

(2) Werden in Steuererklärungen für Veranlagungszeiträume ab 1987 Einkünfte aus Kapitalvermögen oder wird in ihnen Kapitalvermögen im Sinne des § 1 Abs. 1 angegeben, ohne daß solche Einkünfte oder solches Kapitalvermögen zugleich für vorangegangene Veranlagungszeiträume ab 1986 nach § 1 Abs. 1 strafbefreiend erklärt werden, und bestehen Anhaltspunkte dafür, daß solche Einkünfte oder solches Vermögen in Steuererklärungen für solche Veranlagungszeiträume unrichtig oder unvollständig angegeben worden sind, hat die Finanzbehörde für die strafbefreiende Erklärung nach § 1 Abs. 1 eine angemessene Frist zu setzen.

§ 3

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 18

Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes

(1) Das Fünfte Vermögensbildungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 630) wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
      aa) Nummer 1 wird aufgehoben.
      bb) Nummer 2 wird Nummer 1 und wie folgt geändert:
         aaa) Das Zitat „(§ 5)" wird durch das Zitat „(§ 4)" ersetzt.
         bbb) In Buchstabe a werden das Semikolon durch ein Komma ersetzt und der zweite Halbsatz gestrichen.
         ccc) In Buchstabe b werden die Worte „Kuxen, Wandel- und Gewinnschuldverschreibungen, die von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgegeben werden" durch die Worte „Kuxen und Wandelschuldverschreibungen, die von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgegeben werden, sowie von Gewinnschuldverschreibungen, die vom Arbeitgeber oder von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die keine Kreditinstitute sind, ausgegeben werden" ersetzt.
         ddd) In den Buchstaben c, d und e wird jeweils das Zitat „§ 5 oder des § 6" durch das Zitat „§ 4 oder des § 5" ersetzt.
         eee) In Buchstabe f werden die Worte „von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes" durch die Worte „vom Arbeitgeber oder von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die keine Kreditinstitute sind," ersetzt.
         fff) In den Buchstaben k und l werden jeweils das Semikolon durch ein Komma ersetzt und der zweite Halbsatz gestrichen.

cc) Nummer 3 wird Nummer 2 und wie folgt gefaßt:

„2. als Aufwendungen des Arbeitnehmers auf Grund eines Wertpapier-Kaufvertrags (§ 5),".

dd) Nummer 4 wird Nummer 3 und wie folgt gefaßt:

„3. als Aufwendungen des Arbeitnehmers auf Grund eines Beteiligungs-Vertrags (§ 6) oder eines Beteiligungs-Kaufvertrags (§ 7),".

ee) Nummer 5 wird Nummer 4.

ff) Nummer 6 wird Nummer 5, und die Buchstaben a bis c werden wie folgt gefaßt:

„a) zum Bau, zum Erwerb, zum Ausbau oder zur Erweiterung eines im Inland belegenen Wohngebäudes oder einer im Inland belegenen Eigentumswohnung,

b) zum Erwerb eines Dauerwohnrechts im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes an einer im Inland belegenen Wohnung,

c) zum Erwerb eines im Inland belegenen Grundstücks zum Zwecke des Wohnungsbaus oder".

gg) Nach der Nummer 5 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. als Sparbeiträge des Arbeitnehmers auf Grund eines Sparvertrags (§ 8),".

b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Der Erwerb von Aktien, Gewinnschuldverschreibungen oder Genußscheinen eines Unternehmens, das im Sinne des § 18 Abs. 1 des Aktiengesetzes als herrschendes Unternehmen mit dem Unternehmen des Arbeitgebers verbunden ist, steht dem Erwerb von Aktien, Gewinnschuldverschreibungen oder Genußscheinen nach Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe a, b oder f gleich, die vom Arbeitgeber ausgegeben werden. Entsprechendes gilt für die Begründung oder den Erwerb einer Darlehensforderung gegen ein Unternehmen, das im Sinne des § 18 Abs. 1 des Aktiengesetzes als herrschendes Unternehmen mit dem Unternehmen des Arbeitgebers verbunden ist, und für die Begründung oder den Erwerb eines Genußrechts an einem solchen Unternehmen."

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:

Das Zitat „Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe b" wird durch das Zitat „Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe b" ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt geändert:

Das Zitat „Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe f" wird durch das Zitat „Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe f", das Zitat „Absatzes 1 Nr. 2 Buchstabe l" durch das Zitat „Absatzes 1 Nr. 1 Buchstabe l in Verbindung mit Absatz 2 Satz 2" und das Zitat „Absatz 2" durch das Zitat „Absatz 3" ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:

Das Zitat „Absatz 1 Nr. 2 Buchstaben f, i bis l" wird durch das Zitat „Absatz 1 Nr. 1 Buchstaben f, i bis l" ersetzt.

f) Folgende Absätze 6 und 7 werden angefügt:

„(6) Vermögenswirksame Leistungen sind steuerpflichtige Einnahmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes und Einkommen, Verdienst oder Entgelt (Arbeitsentgelt) im Sinne der Sozialversicherung und des Arbeitsförderungsgesetzes. Reicht der nach Abzug der vermögenswirksamen Leistung verbleibende Arbeitslohn zur Deckung der einzubehaltenden Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit nicht aus, so hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber den zur Deckung erforderlichen Betrag zu zahlen.

(7) Vermögenswirksame Leistungen sind arbeitsrechtlich Bestandteil des Lohns oder Gehalts. Der Anspruch auf die vermögenswirksame Leistung ist nicht übertragbar."

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „Kennzeichnungs- und andere Pflichten" durch die Worte „Kennzeichnungs-, Bestätigungs- und Mitteilungspflichten" ersetzt.

b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Zitat „§§ 6 bis 8" durch das Zitat „§§ 5 bis 7" ersetzt.

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Die Sätze 2 bis 5 werden wie folgt gefaßt:

„Er hat dabei gegenüber dem Unternehmen oder Institut die vermögenswirksamen Leistungen zu kennzeichnen. Das Unternehmen oder Institut hat die nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 bis 4 angelegten vermögenswirksamen Leistungen und die Art ihrer Anlage zu kennzeichnen. Es hat dem Arbeitgeber schriftlich zu bestätigen, daß die vermögenswirksamen Leistungen nach § 2 Abs. 1 bis 4 angelegt werden, sowie die nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 bis 4 angelegten vermögenswirksamen Leistungen und die Art ihrer Anlage mitzuteilen; bei laufenden vermögenswirksamen Leistungen genügen Bestätigung und Mitteilung bei der ersten vermögenswirksamen Leistung. Kann eine weitere vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers nicht mehr die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 bis 4 erfüllen, so hat das Unterneh-

men oder Institut dies dem Arbeitgeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen."

bb) In Satz 6 wird das Zitat „§§ 6, 7 Abs. 1 und § 8 Abs. 1" durch das Zitat „§§ 5, 6 Abs. 1 und § 7 Abs. 1" ersetzt.

d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird jeweils das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 6" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 5" ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Worte „bis zum Ende des folgenden Kalenderjahrs" durch die Worte „vor der Ausschreibung der Lohnsteuerbescheinigung (§ 41b Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes)" ersetzt.

e) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Der Arbeitgeber hat die Richtigkeit der Bestätigung und Mitteilung nach Absatz 2 Satz 4, der Bestätigung nach Absatz 3 Satz 1 und des Nachweises nach Absatz 3 Satz 2 nicht zu prüfen."

3. § 4 wird aufgehoben.

4. § 5 wird § 4 und wie folgt gefaßt:

„§ 4

Sparvertrag über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen

(1) Ein Sparvertrag über Wertpapiere oder andere Vermögensbeteiligungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 ist ein Sparvertrag mit einem Kreditinstitut, in dem sich der Arbeitnehmer verpflichtet, als Sparbeiträge zum Erwerb von Wertpapieren im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a bis f, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 4 oder zur Begründung oder zum Erwerb von Rechten im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben g bis l, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 einmalig oder für die Dauer von sechs Jahren seit Vertragsabschluß laufend vermögenswirksame Leistungen einzahlen zu lassen oder andere Beträge einzuzahlen.

(2) Die Förderung der auf Grund eines Vertrags nach Absatz 1 angelegten vermögenswirksamen Leistungen setzt voraus, daß

1. die Leistungen eines Kalenderjahrs, vorbehaltlich des Absatzes 3, spätestens bis zum Ablauf des folgenden Kalenderjahrs zum Erwerb der Wertpapiere oder zur Begründung oder zum Erwerb der Rechte verwendet und bis zur Verwendung festgelegt werden und

2. die mit den Leistungen erworbenen Wertpapiere unverzüglich nach ihrem Erwerb bis zum Ablauf einer Frist von sieben Jahren (Sperrfrist) festgelegt werden und über die Wertpapiere oder die mit den Leistungen begründeten oder erworbenen Rechte bis zum Ablauf der Sperrfrist nicht durch Rückzahlung, Abtretung, Beleihung oder in anderer Weise verfügt wird.

Die Sperrfrist gilt für alle auf Grund des Vertrags angelegten vermögenswirksamen Leistungen und beginnt am 1. Januar des Kalenderjahrs, in dem der Vertrag abgeschlossen worden ist. Als Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gilt der Tag, an dem die vermögenswirksame Leistung, bei Verträgen über laufende Einzahlungen die erste vermögenswirksame Leistung, beim Kreditinstitut eingeht.

(3) Vermögenswirksame Leistungen, die nicht bis zum Ablauf der Frist nach Absatz 2 Nr. 1 verwendet worden sind, gelten als rechtzeitig verwendet, wenn sie am Ende eines Kalenderjahrs insgesamt 300 Deutsche Mark nicht übersteigen und bis zum Ablauf der Sperrfrist nach Absatz 2 verwendet oder festgelegt werden.

(4) Eine vorzeitige Verfügung ist abweichend von Absatz 2 unschädlich, wenn

1. der Arbeitnehmer oder sein von ihm nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte (§ 26 Abs. 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes) nach Vertragsabschluß gestorben oder völlig erwerbsunfähig geworden ist,

2. der Arbeitnehmer nach Vertragsabschluß, aber vor der vorzeitigen Verfügung geheiratet hat und im Zeitpunkt der vorzeitigen Verfügung mindestens zwei Jahre seit Beginn der Sperrfrist vergangen sind,

3. der Arbeitnehmer nach Vertragsabschluß arbeitslos geworden ist und die Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr lang ununterbrochen bestanden hat und im Zeitpunkt der vorzeitigen Verfügung noch besteht,

4. der Arbeitnehmer, der Staatsangehöriger eines Staates ist, mit dem die Bundesregierung Vereinbarungen über Anwerbung und Beschäftigung von Arbeitnehmern abgeschlossen hat und der nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaften ist, nach Vertragsabschluß den Geltungsbereich dieses Gesetzes auf Dauer verlassen hat,

5. der Arbeitnehmer nach Vertragsabschluß unter Aufgabe der nichtselbständigen Arbeit eine Erwerbstätigkeit, die nach § 138 Abs. 1 der Abgabenordnung der Gemeinde mitzuteilen ist, aufgenommen hat,

6. festgelegte Wertpapiere veräußert werden und der Erlös bis zum Ablauf des Kalendermonats, der dem Kalendermonat der Veräußerung folgt, zum Erwerb von in Absatz 1 bezeichneten Wertpapieren wiederverwendet wird; der bis zum Ablauf des der Veräußerung folgenden Kalendermonats nicht wiederverwendete Erlös gilt als rechtzeitig wiederverwendet, wenn er am Ende eines Kalendermonats insgesamt 300 Deutsche Mark nicht übersteigt.

(5) Unschädlich ist auch, wenn in die Rechte und Pflichten des Kreditinstituts aus dem Sparvertrag an seine Stelle ein anderes Kreditinstitut während der Laufzeit des Vertrags durch Rechtsgeschäft eintritt.

(6) Werden auf einen Vertrag über laufend einzuzahlende vermögenswirksame Leistungen oder andere Beträge in einem Kalenderjahr, das dem Kalenderjahr des Vertragsabschlusses folgt, weder vermögenswirksame Leistungen noch andere Beträge eingezahlt, so ist der Vertrag unterbrochen und kann nicht fortgeführt werden. Das gleiche gilt, wenn mindestens alle Einzahlungen eines Kalenderjahrs zurückgezahlt oder die Rückzahlungsansprüche aus dem Vertrag abgetreten oder beliehen werden."

5. § 6 wird § 5 und wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 3" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2" und das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben a bis f" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a bis f, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und 4" ersetzt.

   b) In Absatz 2 Nr. 2 wird das Zitat „§ 4 Abs. 3 Nr. 1 bis 5" durch das Zitat „§ 4 Abs. 4 Nr. 1 bis 5" ersetzt.

6. § 7 wird § 6 und wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 4" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 3" und das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben g bis l" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben g bis l, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4" ersetzt.

   b) In Absatz 2 werden das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 4" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 3" und das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe g, h oder i" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben g bis i" ersetzt.

   c) In Absatz 3 wird das Zitat „§ 4 Abs. 3 Nr. 1 bis 5" durch das Zitat „§ 4 Abs. 4 Nr. 1 bis 5" ersetzt.

7. § 8 wird § 7 und wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 4" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 3" und das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben g bis l" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben g bis l, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4" ersetzt.

   b) In Absatz 2 werden das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 4" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 3" und das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe g, h oder i" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe h" ersetzt.

   c) In Absatz 3 wird das Zitat „§ 7 Abs. 3" durch das Zitat „§ 6 Abs. 3" ersetzt.

8. Folgender § 8 wird eingefügt:

„§ 8

Sparvertrag

(1) Ein Sparvertrag im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 6 ist ein Sparvertrag zwischen dem Arbeitnehmer und einem Kreditinstitut, in dem die in den Absätzen 2 bis 5 bezeichneten Vereinbarungen, mindestens aber die in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Vereinbarungen, getroffen sind.

(2) Der Arbeitnehmer ist verpflichtet,

1. einmalig oder für die Dauer von sechs Jahren seit Vertragsabschluß laufend, mindestens aber einmal im Kalenderjahr, als Sparbeiträge vermögenswirksame Leistungen einzahlen zu lassen oder andere Beträge einzuzahlen und

2. bis zum Ablauf einer Frist von sieben Jahren (Sperrfrist) die eingezahlten vermögenswirksamen Leistungen bei dem Kreditinstitut festzulegen und die Rückzahlungsansprüche aus dem Vertrag weder abzutreten noch zu beleihen.

Der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und der Beginn der Sperrfrist bestimmen sich nach den Regelungen des § 4 Abs. 2 Satz 2 und 3.

(3) Der Arbeitnehmer ist abweichend von der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bezeichneten Vereinbarung zu vorzeitiger Verfügung berechtigt, wenn eine der in § 4 Abs. 4 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Voraussetzungen erfüllt ist.

(4) Der Arbeitnehmer ist abweichend von der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bezeichneten Vereinbarung auch berechtigt, vor Ablauf der Sperrfrist mit eingezahlten vermögenswirksamen Leistungen zu erwerben

1. Wertpapiere im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben a bis f,

2. Schuldverschreibungen, die vom Bund, von den Ländern, von den Gemeinden, von anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts oder von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgegeben werden, Namensschuldverschreibungen des Arbeitgebers jedoch nur dann, wenn auf dessen Kosten die Ansprüche des Arbeitnehmers aus der Schuldverschreibung durch ein Kreditinstitut verbürgt oder durch ein Versicherungsunternehmen privatrechtlich gesichert sind und das Kreditinstitut oder Versicherungsunternehmen im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugt ist,

3. Genußscheine, die von einem Kreditinstitut mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes, das nicht der Arbeitgeber ist, als Wertpapiere ausgegeben werden, wenn die in § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe f, Abs. 4 bezeichneten Voraussetzungen im übrigen erfüllt sind,

4. Anleiheforderungen, die in ein Schuldbuch des Bundes oder eines Landes eingetragen werden,

5. Anteilscheine an einem Sondervermögen, die von Kapitalanlagegesellschaften im Sinne des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften ausgegeben werden und nicht unter § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c oder d fallen oder

6. ausländische Investmentanteile, die nach dem Gesetz über den Vertrieb ausländischer Investmentanteile und über die Besteuerung der Erträge aus ausländischen Investmentanteilen im

Wege des öffentlichen Anbietens, der öffentlichen Werbung oder in ähnlicher Weise vertrieben werden dürfen und nicht unter § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe e fallen.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, bis zum Ablauf der Sperrfrist die nach Satz 1 erworbenen Wertpapiere bei dem Kreditinstitut, mit dem der Sparvertrag abgeschlossen ist, festzulegen und über die Wertpapiere nicht zu verfügen; diese Verpflichtung besteht nicht, wenn eine der in § 4 Abs. 4 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Voraussetzungen erfüllt ist.

(5) Der Arbeitnehmer ist abweichend von der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 bezeichneten Vereinbarung auch berechtigt, vor Ablauf der Sperrfrist die Überweisung eingezahlter vermögenswirksamer Leistungen auf einen von ihm oder seinem Ehegatten (§ 26 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes) abgeschlossenen Bausparvertrag zu verlangen, wenn weder mit der Auszahlung der Bausparsumme begonnen worden ist noch die überwiesenen Beträge vor Ablauf der Sperrfrist ganz oder zum Teil zurückgezahlt, noch Ansprüche aus dem Bausparvertrag abgetreten oder beliehen werden oder wenn eine solche vorzeitige Verfügung nach § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und 2 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes unschädlich ist."

9. § 9 wird wie folgt gefaßt:

„§ 9

Kapitalversicherungsvertrag

(1) Ein Kapitalversicherungsvertrag im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 7 ist ein Vertrag über eine Kapitalversicherung auf den Erlebens- und Todesfall gegen laufenden Beitrag, der für die Dauer von mindestens zwölf Jahren und mit den in den Absätzen 2 bis 5 bezeichneten Vereinbarungen zwischen dem Arbeitnehmer und einem Versicherungsunternehmen abgeschlossen ist, das im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugt ist.

(2) Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, als Versicherungsbeiträge vermögenswirksame Leistungen einzahlen zu lassen oder andere Beträge einzuzahlen.

(3) Die Versicherungsbeiträge enthalten keine Anteile für Zusatzleistungen wie für Unfall, Invalidität oder Krankheit.

(4) Der Versicherungsvertrag führt nach dem von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan schon im ersten Jahr der Versicherungsdauer zu einem nicht kürzbaren Sparanteil von mindestens 50 vom Hundert des gezahlten Beitrags.

(5) Die Gewinnanteile werden verwendet

1. zur Erhöhung der Versicherungsleistung oder
2. auf Verlangen des Arbeitnehmers zur Verrechnung mit fälligen Beiträgen, wenn er nach Vertragsabschluß arbeitslos geworden ist und die Arbeitslosigkeit mindestens ein Jahr lang ununterbrochen bestanden hat und im Zeitpunkt der Verrechnung noch besteht."

10. In § 12 wird das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben f bis l" durch das Zitat „§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstaben g bis l" ersetzt.

11. Die §§ 13 bis 15 werden wie folgt gefaßt:

„§ 13

Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage

(1) Der Arbeitnehmer, der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des § 19 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes bezieht, hat für die nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 bis 4 angelegten vermögenswirksamen Leistungen, soweit sie insgesamt 936 Deutsche Mark im Kalenderjahr nicht übersteigen, Anspruch auf eine Arbeitnehmer-Sparzulage nach diesem Gesetz, wenn das zu versteuernde Einkommen (§ 2 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes) in dem Kalenderjahr, in dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt worden sind, 27 000 Deutsche Mark oder bei einer Zusammenveranlagung von Ehegatten nach § 26b des Einkommensteuergesetzes 54 000 Deutsche Mark nicht übersteigt.

(2) Die Arbeitnehmer-Sparzulage beträgt

1. 20 vom Hundert der vermögenswirksamen Leistungen, die nach § 2 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 angelegt werden, und
2. 10 vom Hundert der vermögenswirksamen Leistungen, die nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 oder 5 angelegt werden.

(3) Die Arbeitnehmer-Sparzulage gilt weder als steuerpflichtige Einnahme im Sinne des Einkommensteuergesetzes noch als Einkommen, Verdienst oder Entgelt (Arbeitsentgelt) im Sinne der Sozialversicherung und des Arbeitsförderungsgesetzes; sie gilt arbeitsrechtlich nicht als Bestandteil des Lohns oder Gehalts.

(4) Der Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage entsteht mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt worden sind.

(5) Der Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage entfällt mit Wirkung für die Vergangenheit, soweit die in den §§ 4 bis 7 genannten Fristen oder bei einer Anlage nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 die in § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 4 und Abs. 2 Satz 1 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes vorgesehenen Voraussetzungen nicht eingehalten werden. Der Anspruch entfällt nicht, wenn die Sperrfrist nicht eingehalten wird, weil

1. der Arbeitnehmer das Umtausch- oder Abfindungsangebot eines Wertpapier-Emittenten angenommen hat oder Wertpapiere dem Aussteller nach Auslosung oder Kündigung durch den Aussteller zur Einlösung vorgelegt worden sind oder
2. die mit den vermögenswirksamen Leistungen erworbenen oder begründeten Wertpapiere oder Rechte im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1,

Abs. 2 bis 4 ohne Mitwirkung des Arbeitnehmers wertlos geworden sind.

§ 14

Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage, Anwendung der Abgabenordnung, Verordnungsermächtigung, Rechtsweg

(1) Die Verwaltung der Arbeitnehmer-Sparzulage obliegt den Finanzämtern. Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird aus den Einnahmen an Lohnsteuer gezahlt.

(2) Auf die Arbeitnehmer-Sparzulage sind die für Steuervergütungen geltenden Vorschriften der Abgabenordnung entsprechend anzuwenden. Dies gilt nicht für § 163 der Abgabenordnung.

(3) Für die Arbeitnehmer-Sparzulage gelten die Strafvorschriften des § 370 Abs. 1 bis 4, der §§ 371, 375 Abs. 1 und des § 376 sowie die Bußgeldvorschriften der §§ 378, 379 Abs. 1 und 4 und der §§ 383 und 384 der Abgabenordnung entsprechend. Für das Strafverfahren wegen einer Straftat nach Satz 1 sowie der Begünstigung einer Person, die eine solche Tat begangen hat, gelten die §§ 385 bis 408, für das Bußgeldverfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit nach Satz 1 die §§ 409 bis 412 der Abgabenordnung entsprechend.

(4) Die Arbeitnehmer-Sparzulage wird auf Antrag durch das für die Besteuerung des Arbeitnehmers nach dem Einkommen zuständige Finanzamt festgesetzt. Der Arbeitnehmer hat den Antrag nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck spätestens bis zum Ablauf des zweiten Kalenderjahrs nach dem Kalenderjahr zu stellen, in dem die vermögenswirksamen Leistungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 bis 4 angelegt worden sind. Dem Antrag sind die für das Kalenderjahr dieser vermögenswirksamen Leistungen ausgestellten Lohnsteuerkarten mit vollständigen Lohnsteuerbescheinigungen oder in den Fällen, in denen dem Arbeitgeber eine Lohnsteuerkarte nicht vorgelegen hat, die Lohnsteuerbescheinigungen nach entsprechendem amtlich vorgeschriebenen Vordruck (§ 41b Abs. 1 Satz 3 des Einkommensteuergesetzes) beizufügen; in den Fällen der §§ 39d und 40a des Einkommensteuergesetzes hat der Arbeitgeber die in Satz 2 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen auf dem Antrag zu bestätigen. Das Finanzamt teilt die festgesetzte Arbeitnehmer-Sparzulage dem Unternehmen oder Institut mit, bei dem die in Satz 2 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen angelegt sind.

(5) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. das Verfahren bei der Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage näher zu regeln und
2. zu bestimmen, daß ein Betrag in Höhe der zu Unrecht gezahlten Arbeitnehmer-Sparzulage durch das Unternehmen oder Institut, bei dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt worden sind, einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen ist,

soweit dies zur Vereinfachung des Verfahrens erforderlich ist.

(6) In öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über die auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Verwaltungsakte der Finanzbehörden ist der Finanzrechtsweg gegeben.

§ 15

Weitere Pflichten und Haftung des Arbeitgebers, Unternehmens oder Instituts; Verordnungsermächtigung, Anrufungsauskunft

(1) Der Arbeitgeber hat getrennt voneinander

1. den Betrag der nach § 2 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3, Abs. 2 bis 4 angelegten vermögenswirksamen Leistungen und
2. den Betrag der nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5 angelegten vermögenswirksamen Leistungen

bei jeder Lohnabrechnung im Lohnkonto des Arbeitnehmers oder, sofern ein Lohnkonto nicht zu führen ist, in entsprechenden Aufzeichnungen einzutragen. In der Lohnsteuerbescheinigung sind die Beträge nach den Nummern 1 und 2 gesondert zu bescheinigen.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates weitere Vorschriften zu erlassen über

1. Aufzeichnungs-, Bescheinigungs- und Mitteilungspflichten des Arbeitgebers und des Unternehmens oder Instituts, bei dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt sind, und
2. die Festlegung von Wertpapieren und die Art der Festlegung, soweit dies erforderlich ist, damit nicht die Arbeitnehmer-Sparzulage zu Unrecht gezahlt, versagt, nicht zurückgefordert oder nicht einbehalten wird.

(3) Haben der Arbeitgeber, das Unternehmen, das Institut oder der in § 3 Abs. 3 genannte Gläubiger ihre Pflichten nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung verletzt, so haften sie für die Arbeitnehmer-Sparzulage, die wegen ihrer Pflichtverletzung zu Unrecht gezahlt, nicht zurückgefordert oder nicht einbehalten worden ist.

(4) Das Finanzamt, das für die Besteuerung der in Absatz 3 Genannten zuständig ist, hat auf deren Anfrage Auskunft darüber zu erteilen, wie im einzelnen Fall die Vorschriften über vermögenswirksame Leistungen anzuwenden sind, die nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 bis 4 angelegt werden.

(5) Das für die Lohnsteuer-Außenprüfung zuständige Finanzamt kann bei den in Absatz 3 Genannten eine Außenprüfung durchführen, um festzustellen, ob sie ihre Pflichten nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes

erlassenen Rechtsverordnung, soweit diese mit der Anlage vermögenswirksamer Leistungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 5, Abs. 2 bis 4 zusammenhängen, erfüllt haben. Die §§ 195 bis 202 der Abgabenordnung gelten entsprechend."

12. § 17 wird wie folgt gefaßt:

„§ 17

Übergangsvorschriften

(1) Die vorstehenden Vorschriften gelten vorbehaltlich der Absätze 2 bis 4 für vermögenswirksame Leistungen, die nach dem 31. Dezember 1989 angelegt werden.

(2) Für vermögenswirksame Leistungen, die nach dem 31. Dezember 1989 auf Grund eines vor dem 1. Januar 1987 abgeschlossenen Vertrags angelegt werden, der die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 erfüllt und auf Grund dessen vor dem 1. Januar 1987 vermögenswirksame Leistungen angelegt worden sind, endet die Sperrfrist abweichend von § 4 Abs. 2 Satz 2 nach Ablauf von sieben Jahren seit dem 1. Juli des Kalenderjahrs der ersten Einzahlung auf Grund des Vertrags, wenn diese Einzahlung nach dem 30. Juni des Kalenderjahrs beim Kreditinstitut eingegangen ist. § 4 Abs. 4 Nr. 6 gilt entsprechend, wenn nach dem 31. Dezember 1989 Wertpapiere veräußert werden, die mit vor dem 1. Januar 1987 erbrachten vermögenswirksamen Leistungen erworben worden sind.

(3) Für vermögenswirksame Leistungen, die nach dem 31. Dezember 1989 angelegt werden

1. auf Grund eines vor dem 1. Januar 1989 abgeschlossenen Vertrags, der die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 630) erfüllt, oder auf Grund eines Wertpapier-Sparvertrags nach § 17 Abs. 2 des bezeichneten Gesetzes,
2. auf Grund eines vor dem 1. Januar 1989 abgeschlossenen Vertrags, der die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 des in Nummer 1 bezeichneten Gesetzes erfüllt und in dem der Erwerb von Gewinnschuldverschreibungen oder Genußscheinen von Kreditinstituten vereinbart ist, die nicht vom Arbeitgeber ausgegeben werden, oder
3. auf Grund eines vor dem 1. Januar 1989 abgeschlossenen Vertrags, der die Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 des in Nummer 1 bezeichneten Gesetzes erfüllt,

gelten nach Maßgabe des Satzes 2 und vorbehaltlich des Absatzes 4 die Vorschriften des in Nummer 1 bezeichneten Gesetzes mit Ausnahme des § 3 Abs. 2 Satz 2 und 3, des § 13 Abs. 1 bis 6, 9 und 10 und der §§ 14 und 15. Für die in Satz 1 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen gilt § 5 Abs. 3 des in Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Gesetzes mit der Maßgabe, daß für Spitzenbeträge der Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage mit Wirkung für die Vergangenheit entfällt, wenn sie am Ende eines Kalenderjahrs 300 Deutsche Mark übersteigen.

(4) Für die in Absatz 3 Satz 1 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen gelten abweichend von Absatz 3

1. § 3 Abs. 2 Satz 2 und 3 mit der Maßgabe, daß nach Satz 3 die vermögenswirksamen Leistungen, für die Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage besteht oder entsteht, und die Art ihrer Anlage zu kennzeichnen sind,
2. § 13 mit der Maßgabe, daß
   a) nach dessen Absatz 1 Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage besteht
      aa) für die in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen, soweit sie insgesamt 624 Deutsche Mark im Kalenderjahr nicht übersteigen, und
      bb) für die in Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen, soweit sie insgesamt 624 Deutsche Mark im Kalenderjahr nicht übersteigen und wenn die Sperrfrist des Kapitalversicherungsvertrags nicht vor dem Kalenderjahr, in dem die vermögenswirksamen Leistungen angelegt werden, abgelaufen ist,
   b) nach dessen Absatz 2 die Arbeitnehmer-Sparzulage 10 vom Hundert der vermögenswirksamen Leistungen beträgt,
   c) nach dessen Absatz 5 Satz 1 der Anspruch entfällt, soweit die Fristen nach den §§ 4, 5 oder 9 des in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Gesetzes nicht eingehalten werden,
   d) nach dessen Absatz 5 Satz 2 Nr. 2 der Anspruch nicht entfällt, wenn die Sperrfrist nicht eingehalten wird, weil die Wertpapiere im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 Buchstaben a bis f, Abs. 2 und 3 des in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Gesetzes ohne Mitwirkung des Arbeitnehmers wertlos geworden sind,
3. § 14 und
4. § 15 mit der Maßgabe, daß
   a) nach dessen Absatz 1 der Arbeitgeber
      aa) den Betrag der in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen sowie der in Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen, für die Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage besteht oder entsteht, gesondert einzutragen und zu bescheinigen hat und
      bb) den Betrag der in Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 bezeichneten vermögenswirksamen Leistungen wie den Betrag der nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 und 5 angelegten vermö-

genswirksamen Leistungen einzutragen und zu bescheinigen hat,

b) nach dessen Absatz 3 der Arbeitgeber, das Unternehmen oder das Institut haften.

(5) Für vermögenswirksame Leistungen, die vor dem 1. Januar 1990 angelegt werden, gelten die Vorschriften des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der in Absatz 3 Satz 1 Nr. 1 bezeichneten Fassung oder vorbehaltlich des Absatzes 2 Satz 2 die Vorschriften des Vierten Vermögensbildungsgesetzes oder die Vorschriften des Dritten Vermögensbildungsgesetzes in der zur Zeit der Anlage jeweils geltenden Fassung."

13. § 18 wird aufgehoben.

(2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann den Wortlaut des Fünften Vermögensbildungsgesetzes in der vom [Tag des Inkrafttretens des Artikels 17 des Steuerreformgesetzes 1990] an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 19

Wohnungsbau-Prämiengesetz

Das Wohnungsbau-Prämiengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 1982 (BGBl. I S. 131), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2595), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 werden die Worte „Abs. 1" gestrichen.

   b) In Nummer 1 wird der Relativsatz wie folgt gefaßt:

      „, für die Anspruch auf Arbeitnehmer-Sparzulage nach § 13 des Fünften Vermögensbildungsgesetzes besteht,".

2. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Nummer 1 wird wie folgt gefaßt:

      „Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen, soweit die an dieselbe Bausparkasse geleisteten Beiträge im Sparjahr (§ 4 Abs. 1) mindestens 100 DM betragen;".

      bb) In Nummer 4 werden die Worte „oder Organen der staatlichen Wohnungspolitik" gestrichen und folgender Satz angefügt:

      „Den Verträgen mit Wohnungs- und Siedlungsunternehmen stehen Verträge mit den am 31. Dezember 1989 als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannten Unternehmen gleich, soweit sie die Voraussetzungen nach Satz 1 erfüllen."

   b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

      aa) Die Sätze 1 und 2 werden aufgehoben.

      bb) Im neuen Satz 1 wird das Wort „weiter" gestrichen.

      cc) In Nummer 5 Buchstabe b werden die Worte „den §§ 1 bis 6 des Gesetzes" durch die Worte „dem Gesetz" ersetzt.

3. § 2a wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Satz 1 werden die Zahlen „24 000" und „48 000" durch die Zahlen „27 000" und „54 000" ersetzt.

      bb) Die Sätze 2 und 3 werden aufgehoben.

   b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

      „Maßgebend ist das zu versteuernde Einkommen (§ 2 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes) des Sparjahrs (§ 4 Abs. 1)."

   c) In Absatz 3 werden die Worte „(§ 3 Abs. 2)" und „(§ 3 Abs. 5)" durch die Worte „(§ 3 Abs. 4)" und „(§ 3 Abs. 2 Satz 2)" ersetzt.

4. § 2b wird wie folgt geändert:

   a) Die Absatzbezeichung „(1)" wird gestrichen. In Absatz 1 Satz 3 werden die Worte „(§ 3 Abs. 5)" durch die Worte „(§ 3 Abs. 2 Satz 2)" ersetzt.

   b) Absatz 2 wird aufgehoben.

5. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

      „(1) Die Prämie bemißt sich nach den im Sparjahr (§ 4 Abs. 1) geleisteten prämienbegünstigten Aufwendungen. Sie beträgt 10 vom Hundert der Aufwendungen."

   b) Die Absätze 4 und 5 werden zusammengefaßt und Absatz 2. Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4.

   c) Im neuen Absatz 2 wird Satz 2 wie folgt gefaßt:

      „Die Höchstbeträge stehen den Prämienberechtigten und ihren Kindern (Absatz 4), die zu Beginn des Sparjahrs (§ 4 Abs. 1) das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten oder die im Sparjahr lebend geboren wurden, gemeinsam zu (Höchstbetragsgemeinschaft)."

6. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

      „Die Prämie wird auf Antrag nach Ablauf eines Kalenderjahrs von dem für die Besteuerung des Einkommens des Prämienberechtigten zuständigen Finanzamt für die prämienbegünstigten Aufwendungen gewährt, die im abgelaufenen Kalenderjahr (Sparjahr) gemacht worden sind."

   b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

      „Der Antrag ist bis zum Ablauf des zweiten Kalenderjahrs zu stellen, das auf das Sparjahr (Absatz 1) folgt."

   c) In Absatz 3 werden die Worte „Absatz 5" durch die Worte „Absatz 1" ersetzt.

   d) Absatz 5 wird aufgehoben.

7. In § 5 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „Satz 4" durch die Worte „Satz 2" ersetzt.

8. § 8 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

   „(1) Auf die Wohnungsbauprämie sind die für Steuervergütungen geltenden Vorschriften der Abgabenordnung entsprechend anzuwenden. Dies gilt nicht für § 108 Abs. 3 der Abgabenordnung hinsichtlich der in § 2 genannten Fristen sowie für die §§ 109 und 163 der Abgabenordnung."

9. § 10 wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) Die Worte „in den folgenden Absätzen" werden durch das Wort „nachstehend" ersetzt.

      bb) Die Jahreszahl „1986" wird durch die Jahreszahl „1990" ersetzt.

   b) Die Absätze 2 und 5 werden aufgehoben.

   c) Absatz 3 wird wie folgt gefaßt:

      „(3) § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Sätze 1 und 2 in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 1982 (BGBl. I S. 131) sind letztmals für das Kalenderjahr 1987 anzuwenden."

   d) Absatz 4 wird Absatz 2.

   e) Folgender neuer Absatz 4 wird angefügt:

      „(4) § 3 Abs. 1 ist erstmals für das Kalenderjahr 1989 anzuwenden."

   f) Folgender neuer Absatz 5 wird angefügt:

      „(5) § 4 Abs. 1 ist erstmals für das Kalenderjahr 1988 anzuwenden."

Artikel 20

Änderung des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit

§ 4 des Gesetzes über vermögenswirksame Leistungen für Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in der Fassung des Artikels VI Nr. 1 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173, 1237), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2595) geändert wurde, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 3 wird gestrichen.

2. Absatz 4 wird Absatz 3.

Artikel 21

Gesetz zur Überführung der Wohnungsgemeinnützigkeit in den allgemeinen Wohnungsmarkt

§ 1

Aufhebung des Rechts der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen

Es werden aufgehoben:

1. das Gesetz über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2330-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 Nr. 7 des Gesetzes vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191),

2. die Verordnung zur Durchführung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 1969 (BGBl. I S. 2141), geändert durch Artikel 8 der Verordnung vom 18. April 1975 (BGBl. I S. 967),

3. die Verordnung zur Durchführung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes im Saarland vom 17. Februar 1970 (Amtsblatt des Saarlandes S. 126).

§ 2

Maßnahmen bei Verstößen gegen Vorschriften des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts

Hat ein am 31. Dezember 1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen oder als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkanntes Unternehmen gegen die §§ 2 bis 15 des in § 1 Nr. 1 bezeichneten Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen verstoßen, kann die ehemals zuständige Anerkennungsbehörde dem Unternehmen eine geldliche Leistung zur Abgeltung der durch die Gesetzesverstöße

erlangten Vorteile einschließlich der ersparten Steuern auferlegen.

§ 3

Sicherstellung der Pensionszusagen und der Verpflichtung aus Sozialplänen und aus betrieblichen Vereinbarungen

(1) Scheidet ein am 31. Dezember 1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen oder als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkanntes Unternehmen aus dem Prüfungsverband, dem es angehört, aus, so hat es entsprechend dem Verhältnis seines Beitrags am Gesamtbeitragsaufkommen des Prüfungsverbands, insbesondere durch einmalige oder laufende Zahlungen, dazu beizutragen, daß die bis zum ... [Tag der Verkündung des Gesetzes] von dem Prüfungsverband an gesetzliche Vertreter und Arbeitnehmer gegebenen Zusagen für die Gewährung von Alters- und Hinterbliebenenversorgung erfüllt werden können. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Prüfungsverband aus dem Spitzenverband, dem er angehört, ausscheidet.

(2) Absatz 1 ist entsprechend anzuwenden zur Finanzierung von Leistungen, die auf Grund eines Sozialplans oder auf Grund einer betrieblichen Vereinbarung an Arbeitnehmer, die bis zum 31. Dezember 1992 aus dem Prüfungsverband oder Spitzenverband ausscheiden, zum Ausgleich oder zur Milderung wirtschaftlicher Nachteile gezahlt werden. Voraussetzung ist, daß das Ausscheiden auf Umständen beruht, die durch die Aufhebung der in § 1 bezeichneten Vorschriften des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts herbeigeführt worden sind.

§ 4

Ermächtigung

Die Landesregierungen werden ermächtigt, für Gebiete mit erhöhtem Wohnungsbedarf durch Rechtsverordnung zu bestimmen, daß für nicht preisgebundenen Wohnraum eines Unternehmens, das am 31. Dezember 1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen oder als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt war, sowie des Erwerbers solchen Wohnraums die §§ 1 bis 10 des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe vom 18. Dezember 1974 (BGBl. I S. 3603, 3604), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1912), in der Zeit vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Dezember 1995 mit der Maßgabe gelten, daß abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 dieses Gesetzes der Vermieter die Zustimmung zu einer Erhöhung des Mietzinses unter der Voraussetzung verlangen kann, daß der Mietzins sich innerhalb eines Zeitraums von einem Jahr, von Erhöhungen nach den §§ 3 bis 5 dieses Gesetzes abgesehen, nicht um mehr als 5 vom Hundert erhöht; § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dieses Gesetzes ist nicht anzuwenden. Satz 1 gilt nicht für Mietverhältnisse, die nach dem 31. Dezember 1989 eingegangen werden.

§ 5

Änderung sonstiger bundesrechtlicher Vorschriften

(1) Das Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4125-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355), wird wie folgt geändert:

1. § 63b Abs. 2 Satz 4 wird aufgehoben.
2. Nach § 161 wird angefügt:

„§ 162

Am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen oder als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannte Unternehmen, die nicht eingetragene Genossenschaften sind, bleiben Mitglieder des Prüfungsverbands, dem sie zu diesem Zeitpunkt angehören. Die Unternehmen können bis zum 30. Juni 1990 gegenüber dem Prüfungsverband ihren Austritt zum 31. Dezember 1991 erklären; das Recht zur Kündigung nach der Satzung des Prüfungsverbands bleibt unberührt."

(2) Artikel 25 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4101-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1120) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„Artikel 25

(1) Auf die Prüfung des Jahresabschlusses

1. von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bei denen die Mehrheit der Anteile und die Mehrheit der Stimmrechte Genossenschaften oder zur Prüfung von Genossenschaften zugelassenen Prüfungsverbänden zusteht, oder
2. von Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen oder als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt waren und die nicht eingetragene Genossenschaften sind,

ist § 319 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs mit der Maßgabe anzuwenden, daß diese Gesellschaften oder Unternehmen sich auch von dem Prüfungsverband prüfen lassen dürfen, dem sie als Mitglied angehören, sofern mehr als die Hälfte der geschäftsführenden Mitglieder des Vorstands dieses Prüfungsverbands Wirtschaftsprüfer sind. Hat der Prüfungsverband nur zwei Vorstandsmitglieder, so muß einer von ihnen Wirtschaftsprüfer sein. § 319 Abs. 2 und 3 des Handelsgesetzbuchs ist entsprechend anzuwenden.

(2) Bei der Prüfung des Jahresabschlusses der in Absatz 1 bezeichneten Gesellschaften oder Unternehmen durch einen Prüfungsverband darf der gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsvermerk nur von Wirtschaftsprüfern unterzeichnet werden. Die im Prüfungsverband tätigen Wirtschaftsprüfer haben ihre Prüfungstätigkeit unabhängig, gewissen-

haft, verschwiegen und eigenverantwortlich auszuüben. Sie haben sich insbesondere bei der Erstattung von Prüfungsberichten unparteiisch zu verhalten. Weisungen dürfen ihnen hinsichtlich ihrer Prüfungstätigkeit von Personen, die nicht Wirtschaftsprüfer sind, nicht erteilt werden. Die Zahl der im Verband tätigen Wirtschaftsprüfer muß so bemessen sein, daß die den Bestätigungsvermerk unterschreibenden Wirtschaftsprüfer die Prüfung verantwortlich durchführen können.

(3) Ist ein am 31. Dezember 1989 als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen oder als Organ der staatlichen Wohnungspolitik anerkanntes Unternehmen als Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder als Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts nach dem Zweiten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs des Handelsgesetzbuchs verpflichtet, so ist der Prüfungsverband, dem das Unternehmen angehört, auch Abschlußprüfer des Konzernabschlusses."

(3) Die §§ 34 und 35 des Reichsheimstättengesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 2332-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 10. März 1975 (BGBl. I S. 685) geändert worden ist, werden aufgehoben.

(4) Das Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969 (BGBl. I S. 1189, BGBl. 1970 I S. 1113), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19. Dezember 1985 (BGBl. I S. 2355), wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 4 wird aufgehoben.
2. In § 14 Abs. 2 werden die Sätze 2 und 3 aufgehoben.

(5) § 158 Abs. 3 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253) wird wie folgt gefaßt:

„(3) Die Bestätigung wird durch die nach Landesrecht zuständige Behörde ausgesprochen."

§ 6

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 22

Abbau von Steuervergünstigungen und Sonderregelungen im Wohnungswesen

(1) Das Zweite Wohnungsbaugesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1284, 1661), zuletzt geändert durch § 8 Abs. 2 Nr. 11 des Gesetzes vom 14. Juli 1987 (BGBl. I S. 1625) wird wie folgt geändert:

1. In § 26 Abs. 3 werden die Worte „gemeinnützigen und freien" sowie „Organen der staatlichen Wohnungspolitik," gestrichen.

2. In § 33 Abs. 5 werden die Worte „Organs der staatlichen Wohnungspolitik" durch die Worte „Betreuungsunternehmen im Sinne des § 37 Abs. 1" ersetzt.

3. In § 37 werden die Absätze 1 und 2 wie folgt gefaßt:

   „(1) Bedient sich der Bauherr bei der technischen oder wirtschaftlichen Vorbereitung oder Durchführung des Bauvorhabens eines Betreuers oder eines Beauftragten, so muß dieser die für diese Aufgabe erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit besitzen. Ein gewerbsmäßiger Betreuer von Bauvorhaben bedarf einer Zulassung als Betreuungsunternehmen durch die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Die Zulassung ist dem gewerbsmäßigen Betreuer nur zu erteilen, wenn er eine für diese Aufgabe erforderliche Erlaubnis nach § 34c der Gewerbeordnung besitzt und die für Betreuungen erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit nachweist. Der Zulassung können auch Nebenbestimmungen beigefügt werden. Das Bauvorhaben soll nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wenn die Haftung des Betreuers gegenüber dem Bauherrn in einem unangemessenen Ausmaß eingeschränkt ist.

   (2) Für Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 nach dem bis zu diesem Tag geltenden Recht Betreuungsunternehmen waren oder als solche zugelassen waren oder galten, gelten die Voraussetzungen für eine Betreuung nach Absatz 1 bis zum 31. Dezember 1993 als erfüllt, sofern die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle nicht vorher die Bestimmung als Betreuungsunternehmen entzieht oder die Zulassung widerruft, weil das Unternehmen es beantragt, nach seiner Satzung nicht mehr Bauvorhaben betreuen darf oder die erforderliche Eignung oder Zuverlässigkeit nicht mehr besitzt. Die zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann der Zulassung nachträglich Auflagen beifügen oder Auflagen ändern oder ergänzen."

4. § 38 wird aufgehoben.

5. § 58 Abs. 1 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

   „Als Kleinsiedlungsträger kommen in Betracht

   1. Gemeinden und Gemeindeverbände,

   2. Unternehmen, die die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle als Kleinsiedlungsträger zugelassen hat. Am 31. Dezember 1989 anerkannte Organe der staatlichen Wohnungspolitik, zu deren Aufgaben nach ihrer Satzung der Bau und die Betreuung

von Kleinsiedlungen gehören, gelten als zugelassen."

6. § 64 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden die Worte „Organe der staatlichen Wohnungspolitik, gemeinnützige oder freie" gestrichen.

   b) In Absatz 5 Satz 2 wird der letzte Halbsatz gestrichen.

7. In § 82 Abs. 1 Satz 1 wird der Relativsatz wie folgt gefaßt:

   „, die vor dem 1. Januar 1990 bezugsfertig geworden sind,".

8. In der Überschrift zu Teil V Erster Abschnitt wird das Wort „steuerbegünstigten" gestrichen.

9. In § 88 Abs. 1 wird Satz 1 durch folgende Sätze ersetzt:

   „Für freifinanzierte Wohnungen können auf Antrag des Bauherrn Zuschüsse oder Darlehen zur Deckung von laufenden Aufwendungen aus Mitteln gewährt werden, die nicht als öffentliche Mittel im Sinne dieses Gesetzes gelten. Voraussetzung ist, daß die Wohnungen abgeschlossen sind und die in § 39 Abs. 1 bestimmten Wohnflächengrenzen im Zeitpunkt der Bewilligung um nicht mehr als 20 vom Hundert überschreiten; § 39 Abs. 2 bleibt unberührt."

10. § 92a wird wie folgt geändert:

    a) In der Überschrift und in Absatz 5 werden jeweils nach den Worten „nach dem 31. Dezember 1973" die Worte „und vor dem 1. Januar 1990" eingefügt.

    b) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:

    „Für Grundstücke mit öffentlich geförderten oder steuerbegünstigten Wohnungen, die nach dem 31. Dezember 1973 und vor dem 1. Januar 1990 bezugsfertig geworden sind (begünstigte Wohnungen), bemißt sich der Steuermeßbetrag der Grundsteuer auf die Dauer von zehn Jahren nur nach dem Teil des jeweils maßgebenden Einheitswerts, der auf den Grund und Boden entfällt (Bodenwertanteil)."

11. § 117 wird aufgehoben.

(2) Das Wohnungsbaugesetz für das Saarland in der Fassung vom 10. September 1985 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1185), zuletzt geändert durch Artikel 37 des Gesetzes vom 16. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2441), wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Abs. 3 werden die Worte „gemeinnützigen und freien" sowie „Organen der staatlichen Wohnungspolitik," gestrichen.

2. In § 21a Abs. 5 werden die Worte „Organs der staatlichen Wohnungspolitik" durch die Worte „Betreuungsunternehmen im Sinne des § 22c" ersetzt.

3. In § 22c werden die Absätze 1 und 2 wie folgt gefaßt:

   „(1) Bedient sich der Bauherr bei der technischen oder wirtschaftlichen Vorbereitung oder Durchführung des Bauvorhabens eines Betreuers oder eines Beauftragten, so muß dieser die für diese Aufgabe erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit besitzen. Ein gewerbsmäßiger Betreuer von Bauvorhaben bedarf einer Zulassung als Betreuungsunternehmen durch die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle. Die Zulassung ist dem gewerbsmäßigen Betreuer nur zu erteilen, wenn er eine für diese Aufgabe erforderliche Erlaubnis nach § 34c der Gewerbeordnung besitzt und die für Betreuungen erforderliche Eignung und Zuverlässigkeit nachweist. Der Zulassung können auch Nebenbestimmungen beigefügt werden. Das Bauvorhaben soll nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wenn die Haftung des Betreuers gegenüber dem Bauherrn in einem unangemessenen Ausmaß eingeschränkt ist.

   (2) Für Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 nach dem bis zu diesem Tag geltenden Recht Betreuungsunternehmen waren oder als solche zugelassen waren oder galten, gelten die Voraussetzungen für eine Betreuung nach Absatz 1 bis zum 31. Dezember 1993 als erfüllt, sofern die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle nicht vorher die Bestimmung als Betreuungsunternehmen entzieht oder die Zulassung widerruft, weil das Unternehmen es beantragt, nach seiner Satzung nicht mehr Bauvorhaben betreuen darf oder die erforderliche Eignung oder Zuverlässigkeit nicht mehr besitzt. Die zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle kann der Zulassung nachträglich Auflagen beifügen oder Auflagen ändern oder ergänzen."

4. § 32 Abs. 1 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:

   „Als Kleinsiedlungsträger kommen in Betracht

   1. Gemeinden und Gemeindeverbände,

   2. Unternehmen, die die für das Wohnungs- und Siedlungswesen zuständige oberste Landesbehörde oder die von ihr bestimmte Stelle als Kleinsiedlungsträger zugelassen hat. Am 31. Dezember 1989 anerkannte Organe der staatlichen Wohnungspolitik, zu deren Aufgaben nach ihrer Satzung der Bau und die Betreuung von Kleinsiedlungen gehören, gelten als zugelassen."

5. In § 42 Abs. 1 Satz 1 wird der Relativsatz wie folgt gefaßt:

   „, die vor dem 1. Januar 1990 bezugsfertig geworden sind,".

6. In der Überschrift zu Teil V Vierter Titel wird das Wort „steuerbegünstigten" gestrichen.

7. In § 51a Abs. 1 wird Satz 1 durch folgende Sätze ersetzt:

   „Für freifinanzierte Wohnungen können auf Antrag des Bauherrn Zuschüsse oder Darlehen zur

Deckung von laufenden Aufwendungen aus Mitteln gewährt werden, die nicht als öffentliche Mittel im Sinne dieses Gesetzes gelten. Voraussetzung ist, daß die Wohnungen abgeschlossen sind und die in § 42 Abs. 1 bis 3 bestimmten Wohnflächengrenzen nicht überschreiten."

8. § 58 wird aufgehoben.

(3) Das Gesetz über Gebührenbefreiungen beim Wohnungsbau in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 364-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 27 des Gesetzes vom 23. August 1976 (BGBl. I S. 2429), wird aufgehoben. Geschäfte bleiben weiterhin von den in der Kostenordnung bestimmten Gerichtsgebühren befreit, wenn der Antrag auf Vornahme des gebührenpflichtigen Geschäfts bis zum 31. Dezember 1989 bei Gericht eingegangen ist. Werden Gebühren für ein Verfahren erhoben, gilt die Gebührenbefreiung nur noch für die Instanz, die vor diesem Zeitpunkt eingeleitet worden ist.

(4) § 34c Abs. 5 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 1987 (BGBl. I S. 425) wird wie folgt geändert:

1. Die Nummern 1 und 2 werden durch folgende Nummer 1 ersetzt:

   „1. Betreuungsunternehmen im Sinne des § 37 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes oder des § 22c Abs. 2 des Wohnungsbaugesetzes für das Saarland, solange sie diese Eigenschaft behalten,".

2. Die Nummern 3 bis 5 werden Nummern 2 bis 4.

Artikel 23

Änderung des Gesetzes über das Kreditwesen

Das Gesetz über das Kreditwesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1472), zuletzt geändert durch § 31 des Gesetzes vom 17. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2488), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 werden die Nummern 6 und 7 gestrichen.

2. Dem § 12 wird folgender Absatz 4 angefügt:

   „(4) Absatz 1 gilt nicht für von der Körperschaftsteuer befreite, eingetragene Genossenschaften im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 10 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt waren, wenn

   1. sie als Bankgeschäft ausschließlich das Einlagengeschäft und dieses nur mit ihren Mitgliedern und deren Angehörigen im Sinne des § 15 der Abgabenordnung betreiben,

   2. die Einlagen 70 vom Hundert des an Mitglieder vermieteten Anlagevermögens nicht überschreiten und

   3. sie einer Einrichtung zur Sicherung von Spareinlagen bei Unternehmen angehören, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt waren."

3. § 26 Abs. 5 wird aufgehoben.

4. Dem § 62 wird folgender Absatz 5 angefügt:

   „(5) Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 als gemeinnützige Wohnungsunternehmen anerkannt waren und die nur Geschäfte betreiben, die sie nach den am 31. Dezember 1989 geltenden Vorschriften des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes betreiben durften, unterliegen

   1. für Bankgeschäfte, die zu den ihnen eigentümlichen Geschäften gehören, bis zum 31. Dezember 1994 nicht der Erlaubnispflicht nach § 32 Abs. 1 und

   2. bis zum 31. Dezember 1994 nicht den Vorschriften der §§ 10, 10a, 12 bis 20, 25, 30 und 33 Abs. 2 Satz 2, soweit ihnen eine Erlaubnis nach § 32 Abs. 1 zum Betreiben von Bankgeschäften erteilt wurde.

   Für Unternehmen, die am 31. Dezember 1989 als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannt waren, gilt Satz 1 Nr. 1 entsprechend, sofern sie nicht überwiegend Bankgeschäfte betreiben. Werden dem Abschlußprüfer oder dem Prüfungsverband Tatsachen bekannt, die darauf schließen lassen, daß das Unternehmen seinen bisherigen Geschäftskreis ausgedehnt hat, nicht mehr die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 Nr. 10 Satz 1 des Körperschaftsteuergesetzes erfüllt oder nicht ihm eigentümliche oder überwiegend Bankgeschäfte betreibt, hat er dies unverzüglich dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und der Deutschen Bundesbank anzuzeigen."

Artikel 24

Änderung des Mineralölsteuergesetzes

Das Mineralölsteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1669), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 15. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2672), wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

   a) Nummer 4 wird wie folgt gefaßt:

      „4. als Luftfahrtbetriebsstoff."

   b) Nach Satz 1 wird folgender Satz angefügt:

      „Luftfahrtbetriebsstoffe im Sinne des Gesetzes sind Flugbenzin der Unterposition 2710 0031, dessen Researchoktanzahl den Wert 100 nicht unterschreitet, leichter Flugturbinenkraftstoff der Unterposition 2710 0037, Flugturbinenkraftstoff (mittelschweres Öl) der Unterposition 2710 0051 und besonderes Schmieröl für Luftfahrzeuge aus der Unterposition 2710 0099 des

Zolltarifs, wenn diese in Luftfahrzeugen verwendet werden."

2. In § 15 Abs. 2 Nr. 6 werden nach dem Wort „erlassen" ein Komma eingefügt und die folgenden Worte gestrichen.

Artikel 25

Änderung des Bundeskindergeldgesetzes

Das Bundeskindergeldgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1986 (BGBl. I S. 222) wird wie folgt geändert:

1. In § 11a Abs. 6 Satz 1 werden jeweils die Worte „22 vom Hundert" durch die Worte „19 vom Hundert" ersetzt.

2. Nach § 44a wird folgender § 44b eingefügt:

„§ 44b

Übergangsvorschrift aus Anlaß des Steuerreformgesetzes 1990 vom ... (BGBl. I S. ...)

Ist nach § 11a Abs. 1 Satz 1 das zu versteuernde Einkommen eines Jahres vor 1990 maßgeblich, findet § 11a Abs. 6 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1986 (BGBl. I S. 222) Anwendung."

Artikel 26

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die §§ 19 und 36 der Gewerbesteuer-Durchführungsverordnung in der Fassung des Artikels 4 können auf Grund des § 35c des Gewerbesteuergesetzes durch Rechtsverordnung wieder geändert werden.

Artikel 27

Saar-Regelung

Artikel 22 Abs. 1 gilt nicht im Saarland.

Artikel 28

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 29

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 14 tritt am 1. Januar 1989 in Kraft.

(3) Artikel 12 mit Ausnahme der Nummer 5, Artikel 20, Artikel 21 mit Ausnahme der §§ 3 und 6, Artikel 22 Abs. 1 mit Ausnahme der Nummern 7 und 10, Abs. 2 mit Ausnahme der Nummer 5, Abs. 3 und 4, Artikel 23 Nr. 1, 2 und 4 und Artikel 24 treten am 1. Januar 1990 in Kraft.

Anlage 1 zu Artikel 1 Nr. 76

Anlage 1
(zu § 32a Abs. 4)

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1	0	5669	0	51	8316	8369	513
2	5670	5723	10	52	8370	8423	523
3	5724	5777	20	53	8424	8477	533
4	5778	5831	30	54	8478	8531	544
5	5832	5885	41	55	8532	8585	554
6	5886	5939	51	56	8586	8639	564
7	5940	5993	61	57	8640	8693	575
8	5994	6047	71	58	8694	8747	585
9	6048	6101	82	59	8748	8801	595
10	6102	6155	92	60	8802	8855	606
11	6156	6209	102	61	8856	8909	616
12	6210	6263	112	62	8910	8963	626
13	6264	6317	123	63	8964	9017	637
14	6318	6371	133	64	9018	9071	647
15	6372	6425	143	65	9072	9125	658
16	6426	6479	153	66	9126	9179	668
17	6480	6533	164	67	9180	9233	678
18	6534	6587	174	68	9234	9287	689
19	6588	6641	184	69	9288	9341	699
20	6642	6695	194	70	9342	9395	710
21	6696	6749	205	71	9396	9449	720
22	6750	6803	215	72	9450	9503	731
23	6804	6857	225	73	9504	9557	741
24	6858	6911	236	74	9558	9611	752
25	6912	6965	246	75	9612	9665	762
26	6966	7019	256	76	9666	9719	773
27	7020	7073	266	77	9720	9773	783
28	7074	7127	277	78	9774	9827	794
29	7128	7181	287	79	9828	9881	804
30	7182	7235	297	80	9882	9935	815
31	7236	7289	307	81	9936	9989	825
32	7290	7343	318	82	9990	10043	836
33	7344	7397	328	83	10044	10097	847
34	7398	7451	338	84	10098	10151	857
35	7452	7505	348	85	10152	10205	868
36	7506	7559	359	86	10206	10259	878
37	7560	7613	369	87	10260	10313	889
38	7614	7667	379	88	10314	10367	900
39	7668	7721	389	89	10368	10421	910
40	7722	7775	400	90	10422	10475	921
41	7776	7829	410	91	10476	10529	932
42	7830	7883	420	92	10530	10583	942
43	7884	7937	430	93	10584	10637	953
44	7938	7991	441	94	10638	10691	964
45	7992	8045	451	95	10692	10745	974
46	8046	8099	461	96	10746	10799	985
47	8100	8153	472	97	10800	10853	996
48	8154	8207	482	98	10854	10907	1006
49	8208	8261	492	99	10908	10961	1017
50	8262	8315	502	100	10962	11015	1028

Grundtabelle von 0 — 11015 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
101	11016 –	11069	1038	151	13716 –	13769	1586
102	11070 –	11123	1049	152	13770 –	13823	1598
103	11124 –	11177	1060	153	13824 –	13877	1609
104	11178 –	11231	1071	154	13878 –	13931	1620
105	11232 –	11285	1081	155	13932 –	13985	1631
106	11286 –	11339	1092	156	13986 –	14039	1642
107	11340 –	11393	1103	157	14040 –	14093	1654
108	11394 –	11447	1114	158	14094 –	14147	1665
109	11448 –	11501	1125	159	14148 –	14201	1676
110	11502 –	11555	1135	160	14202 –	14255	1687
111	11556 –	11609	1146	161	14256 –	14309	1699
112	11610 –	11663	1157	162	14310 –	14363	1710
113	11664 –	11717	1168	163	14364 –	14417	1721
114	11718 –	11771	1179	164	14418 –	14471	1733
115	11772 –	11825	1190	165	14472 –	14525	1744
116	11826 –	11879	1201	166	14526 –	14579	1755
117	11880 –	11933	1211	167	14580 –	14633	1767
118	11934 –	11987	1222	168	14634 –	14687	1778
119	11988 –	12041	1233	169	14688 –	14741	1789
120	12042 –	12095	1244	170	14742 –	14795	1801
121	12096 –	12149	1255	171	14796 –	14849	1812
122	12150 –	12203	1266	172	14850 –	14903	1823
123	12204 –	12257	1277	173	14904 –	14957	1835
124	12258 –	12311	1288	174	14958 –	15011	1846
125	12312 –	12365	1299	175	15012 –	15065	1857
126	12366 –	12419	1310	176	15066 –	15119	1869
127	12420 –	12473	1321	177	15120 –	15173	1880
128	12474 –	12527	1332	178	15174 –	15227	1892
129	12528 –	12581	1343	179	15228 –	15281	1903
130	12582 –	12635	1354	180	15282 –	15335	1914
131	12636 –	12689	1365	181	15336 –	15389	1926
132	12690 –	12743	1376	182	15390 –	15443	1937
133	12744 –	12797	1387	183	15444 –	15497	1949
134	12798 –	12851	1398	184	15498 –	15551	1960
135	12852 –	12905	1409	185	15552 –	15605	1972
136	12906 –	12959	1420	186	15606 –	15659	1983
137	12960 –	13013	1431	187	15660 –	15713	1995
138	13014 –	13067	1442	188	15714 –	15767	2006
139	13068 –	13121	1453	189	15768 –	15821	2018
140	13122 –	13175	1464	190	15822 –	15875	2029
141	13176 –	13229	1475	191	15876 –	15929	2041
142	13230 –	13283	1486	192	15930 –	15983	2052
143	13284 –	13337	1497	193	15984 –	16037	2064
144	13338 –	13391	1508	194	16038 –	16091	2075
145	13392 –	13445	1520	195	16092 –	16145	2087
146	13446 –	13499	1531	196	16146 –	16199	2099
147	13500 –	13553	1542	197	16200 –	16253	2110
148	13554 –	13607	1553	198	16254 –	16307	2122
149	13608 –	13661	1564	199	16308 –	16361	2133
150	13662 –	13715	1575	200	16362 –	16415	2145

Grundtabelle von 11016 — 16415 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
201	16416	- 16469	2157
202	16470	- 16523	2168
203	16524	- 16577	2180
204	16578	- 16631	2192
205	16632	- 16685	2203
206	16686	- 16739	2215
207	16740	- 16793	2227
208	16794	- 16847	2238
209	16848	- 16901	2250
210	16902	- 16955	2262
211	16956	- 17009	2273
212	17010	- 17063	2285
213	17064	- 17117	2297
214	17118	- 17171	2308
215	17172	- 17225	2320
216	17226	- 17279	2332
217	17280	- 17333	2344
218	17334	- 17387	2356
219	17388	- 17441	2367
220	17442	- 17495	2379
221	17496	- 17549	2391
222	17550	- 17603	2403
223	17604	- 17657	2415
224	17658	- 17711	2426
225	17712	- 17765	2438
226	17766	- 17819	2450
227	17820	- 17873	2462
228	17874	- 17927	2474
229	17928	- 17981	2486
230	17982	- 18035	2497
231	18036	- 18089	2509
232	18090	- 18143	2521
233	18144	- 18197	2533
234	18198	- 18251	2545
235	18252	- 18305	2557
236	18306	- 18359	2569
237	18360	- 18413	2581
238	18414	- 18467	2593
239	18468	- 18521	2605
240	18522	- 18575	2617
241	18576	- 18629	2629
242	18630	- 18683	2641
243	18684	- 18737	2653
244	18738	- 18791	2665
245	18792	- 18845	2677
246	18846	- 18899	2689
247	18900	- 18953	2701
248	18954	- 19007	2713
249	19008	- 19061	2725
250	19062	- 19115	2737
251	19116	- 19169	2749
252	19170	- 19223	2761
253	19224	- 19277	2773
254	19278	- 19331	2785
255	19332	- 19385	2797
256	19386	- 19439	2809
257	19440	- 19493	2821
258	19494	- 19547	2834
259	19548	- 19601	2846
260	19602	- 19655	2858
261	19656	- 19709	2870
262	19710	- 19763	2882
263	19764	- 19817	2894
264	19818	- 19871	2907
265	19872	- 19925	2919
266	19926	- 19979	2931
267	19980	- 20033	2943
268	20034	- 20087	2955
269	20088	- 20141	2968
270	20142	- 20195	2980
271	20196	- 20249	2992
272	20250	- 20303	3004
273	20304	- 20357	3017
274	20358	- 20411	3029
275	20412	- 20465	3041
276	20466	- 20519	3053
277	20520	- 20573	3066
278	20574	- 20627	3078
279	20628	- 20681	3090
280	20682	- 20735	3103
281	20736	- 20789	3115
282	20790	- 20843	3127
283	20844	- 20897	3140
284	20898	- 20951	3152
285	20952	- 21005	3164
286	21006	- 21059	3177
287	21060	- 21113	3189
288	21114	- 21167	3201
289	21168	- 21221	3214
290	21222	- 21275	3226
291	21276	- 21329	3239
292	21330	- 21383	3251
293	21384	- 21437	3264
294	21438	- 21491	3276
295	21492	- 21545	3288
296	21546	- 21599	3301
297	21600	- 21653	3313
298	21654	- 21707	3326
299	21708	- 21761	3338
300	21762	- 21815	3351

Grundtabelle von 16416 — 21815 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommen-steuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommen-steuer in DM
301	21816 -	21869	3363	351	24516 -	24569	4000
302	21870 -	21923	3376	352	24570 -	24623	4013
303	21924 -	21977	3388	353	24624 -	24677	4026
304	21978 -	22031	3401	354	24678 -	24731	4039
305	22032 -	22085	3413	355	24732 -	24785	4052
306	22086 -	22139	3426	356	24786 -	24839	4066
307	22140 -	22193	3439	357	24840 -	24893	4078
308	22194 -	22247	3451	358	24894 -	24947	4091
309	22248 -	22301	3464	359	24948 -	25001	4104
310	22302 -	22355	3476	360	25002 -	25055	4117
311	22356 -	22409	3489	361	25056 -	25109	4130
312	22410 -	22463	3502	362	25110 -	25163	4143
313	22464 -	22517	3514	363	25164 -	25217	4166
314	22518 -	22571	3527	364	25218 -	25271	4169
315	22572 -	22625	3539	365	25272 -	25325	4182
316	22626 -	22679	3552	366	25326 -	25379	4195
317	22680 -	22733	3565	367	25380 -	25433	4208
318	22734 -	22787	3577	368	25434 -	25487	4221
319	22788 -	22841	3590	369	25488 -	25541	4236
320	22842 -	22895	3603	370	25542 -	25595	4248
321	22896 -	22949	3615	371	25596 -	25649	4261
322	22950 -	23003	3628	372	25650 -	26703	4274
323	23004 -	23057	3641	373	25704 -	25757	4287
324	23058 -	23111	3653	374	25758 -	25811	4300
325	23112 -	23165	3666	375	25812 -	25865	4313
326	23166 -	23219	3679	376	25866 -	25919	4327
327	23220 -	23273	3692	377	25920 -	25973	4340
328	23274 -	23327	3704	378	25974 -	26027	4353
329	23328 -	23381	3717	379	26028 -	26081	4366
330	23382 -	23435	3730	380	26082 -	26136	4379
331	23436 -	23489	3743	381	26136 -	26189	4393
332	23490 -	23543	3755	382	26190 -	26243	4406
333	23544 -	23597	3768	383	26244 -	26297	4419
334	23598 -	23651	3781	384	26298 -	26351	4432
335	23652 -	23705	3794	385	26352 -	26406	4446
336	23706 -	23759	3807	386	26406 -	26459	4459
337	23760 -	23813	3820	387	26460 -	26513	4472
338	23814 -	23867	3832	388	26514 -	26567	4485
339	23868 -	23921	3845	389	26568 -	26621	4499
340	23922 -	23975	3858	390	26622 -	26675	4512
341	23976 -	24029	3871	391	26676 -	26729	4525
342	24030 -	24083	3884	392	26730 -	26783	4639
343	24084 -	24137	3897	393	26784 -	26837	4552
344	24138 -	24191	3910	394	26838 -	26891	4666
345	24192 -	24245	3922	395	26892 -	26945	4579
346	24246 -	24299	3935	396	26946 -	26999	4692
347	24300 -	24353	3948	397	27000 -	27053	4605
348	24354 -	24407	3961	398	27054 -	27107	4619
349	24408 -	24461	3974	399	27108 -	27161	4632
350	24462 -	24515	3987	400	27162 -	27215	4646

Grundtabelle von 21816 — 27215 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
401	27216	27269	4659	451	29916	29969	5340
402	27270	27323	4672	452	29970	30023	5354
403	27324	27377	4686	453	30024	30077	5367
404	27378	27431	4699	454	30078	30131	5381
405	27432	27485	4712	455	30132	30185	5395
406	27486	27539	4726	456	30186	30239	5409
407	27540	27593	4739	457	30240	30293	5423
408	27594	27647	4753	458	30294	30347	5437
409	27648	27701	4766	459	30348	30401	5451
410	27702	27755	4780	460	30402	30455	5465
411	27756	27809	4793	461	30456	30509	5479
412	27810	27863	4807	462	30510	30563	5492
413	27864	27917	4820	463	30564	30617	5506
414	27918	27971	4834	464	30618	30671	5520
415	27972	28025	4847	465	30672	30725	5534
416	28026	28079	4861	466	30726	30779	5548
417	28080	28133	4874	467	30780	30833	5562
418	28134	28187	4888	468	30834	30887	5576
419	28188	28241	4901	469	30888	30941	5590
420	28242	28295	4915	470	30942	30995	5604
421	28296	28349	4928	471	30996	31049	5618
422	28350	28403	4942	472	31050	31103	5632
423	28404	28457	4956	473	31104	31157	5646
424	28458	28511	4969	474	31158	31211	5660
425	28512	28565	4983	475	31212	31265	5674
426	28566	28619	4996	476	31266	31319	5688
427	28620	28673	5010	477	31320	31373	5703
428	28674	28727	5024	478	31374	31427	5717
429	28728	28781	5037	479	31428	31481	5731
430	28782	28835	5051	480	31482	31535	5745
431	28836	28889	5065	481	31536	31589	5759
432	28890	28943	5078	482	31590	31643	5773
433	28944	28997	5092	483	31644	31697	5787
434	28998	29051	5106	484	31698	31751	5801
435	29052	29105	5119	485	31752	31805	5815
436	29106	29159	5133	486	31806	31859	5830
437	29160	29213	5147	487	31860	31913	5844
438	29214	29267	5161	488	31914	31967	5858
439	29268	29321	5174	489	31968	32021	5872
440	29322	29375	5188	490	32022	32075	5886
441	29376	29429	5202	491	32076	32129	5900
442	29430	29483	5215	492	32130	32183	5915
443	29484	29537	5229	493	32184	32237	5929
444	29538	29591	5243	494	32238	32291	5943
445	29592	29645	5257	495	32292	32345	5957
446	29646	29699	5271	496	32346	32399	5971
447	29700	29753	5284	497	32400	32453	5986
448	29754	29807	5298	498	32454	32507	6000
449	29808	29861	5312	499	32508	32561	6014
450	29862	29915	5326	500	32562	32615	6028

Grundtabelle von 27216 — 32615 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
501	32616 -	32669	6043	551	35316 -	35369	6768
502	32670 -	32723	6057	552	35370 -	35423	6783
503	32724 -	32777	6071	553	35424 -	35477	6797
504	32778 -	32831	6086	554	35478 -	35531	6812
505	32832 -	32885	6100	555	35532 -	35585	6827
506	32886 -	32939	6114	556	35586 -	35639	6842
507	32940 -	32993	6129	557	35640 -	35693	6856
508	32994 -	33047	6143	558	35694 -	35747	6871
509	33048 -	33101	6157	559	35748 -	35801	6886
510	33102 -	33155	6172	560	35802 -	35855	6901
511	33156 -	33209	6186	561	35856 -	35909	6916
512	33210 -	33263	6200	562	35910 -	35963	6930
513	33264 -	33317	6215	563	35964 -	36017	6945
514	33318 -	33371	6229	564	36018 -	36071	6960
515	33372 -	33425	6244	565	36072 -	36125	6975
516	33426 -	33479	6258	566	36126 -	36179	6990
517	33480 -	33533	6272	567	36180 -	36233	7005
518	33534 -	33587	6287	568	36234 -	36287	7020
519	33588 -	33641	6301	569	36288 -	36341	7034
520	33642 -	33695	6316	570	36342 -	36395	7049
521	33696 -	33749	6330	571	36396 -	36449	7064
522	33750 -	33803	6345	572	36450 -	36503	7079
523	33804 -	33857	6359	573	36504 -	36557	7094
524	33858 -	33911	6374	574	36558 -	36611	7109
525	33912 -	33965	6388	575	36612 -	36665	7124
526	33966 -	34019	6403	576	36666 -	36719	7139
527	34020 -	34073	6417	577	36720 -	36773	7154
528	34074 -	34127	6432	578	36774 -	36827	7169
529	34128 -	34181	6446	579	36828 -	36881	7184
530	34182 -	34235	6461	580	36882 -	36935	7199
531	34236 -	34289	6475	581	36936 -	36989	7214
532	34290 -	34343	6490	582	36990 -	37043	7229
533	34344 -	34397	6504	583	37044 -	37097	7244
534	34398 -	34451	6519	584	37098 -	37151	7259
535	34452 -	34505	6533	585	37152 -	37205	7274
536	34506 -	34559	6548	586	37206 -	37259	7289
537	34560 -	34613	6563	587	37260 -	37313	7304
538	34614 -	34667	6577	588	37314 -	37367	7319
539	34668 -	34721	6592	589	37368 -	37421	7334
540	34722 -	34775	6607	590	37422 -	37475	7349
541	34776 -	34829	6621	591	37476 -	37529	7364
542	34830 -	34883	6636	592	37530 -	37583	7379
543	34884 -	34937	6650	593	37584 -	37637	7394
544	34938 -	34991	6665	594	37638 -	37691	7409
545	34992 -	35045	6680	595	37692 -	37745	7424
546	35046 -	35099	6694	596	37746 -	37799	7440
547	35100 -	35153	6709	597	37800 -	37853	7455
548	35154 -	35207	6724	598	37854 -	37907	7470
549	35208 -	35261	6739	599	37908 -	37961	7485
550	35262 -	35315	6753	600	37962 -	38015	7500

Grundtabelle von 32616 — 38015 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
601	38016	38069	7515	651	40716	40769	8285
602	38070	38123	7531	652	40770	40823	8300
603	38124	38177	7546	653	40824	40877	8316
604	38178	38231	7561	654	40878	40931	8332
605	38232	38285	7576	655	40932	40985	8347
606	38286	38339	7591	656	40986	41039	8363
607	38340	38393	7607	657	41040	41093	8379
608	38394	38447	7622	658	41094	41147	8394
609	38448	38501	7637	659	41148	41201	8410
610	38502	38555	7652	660	41202	41255	8426
611	38556	38609	7667	661	41256	41309	8441
612	38610	38663	7683	662	41310	41363	8457
613	38664	38717	7698	663	41364	41417	8473
614	38718	38771	7713	664	41418	41471	8489
615	38772	38825	7729	665	41472	41525	8504
616	38826	38879	7744	666	41526	41579	8520
617	38880	38933	7759	667	41580	41633	8536
618	38934	38987	7775	668	41634	41687	8552
619	38988	39041	7790	669	41688	41741	8567
620	39042	39095	7805	670	41742	41795	8583
621	39096	39149	7821	671	41796	41849	8599
622	39150	39203	7836	672	41850	41903	8615
623	39204	39257	7851	673	41904	41957	8630
624	39258	39311	7867	674	41958	42011	8646
625	39312	39365	7882	675	42012	42065	8662
626	39366	39419	7897	676	42066	42119	8678
627	39420	39473	7913	677	42120	42173	8694
628	39474	39527	7928	678	42174	42227	8710
629	39528	39581	7944	679	42228	42281	8725
630	39582	39635	7959	680	42282	42335	8741
631	39636	39689	7974	681	42336	42389	8757
632	39690	39743	7990	682	42390	42443	8773
633	39744	39797	8005	683	42444	42497	8789
634	39798	39851	8021	684	42498	42551	8805
635	39852	39905	8036	685	42552	42605	8821
636	39906	39959	8052	686	42606	42659	8837
637	39960	40013	8067	687	42660	42713	8853
638	40014	40067	8083	688	42714	42767	8869
639	40068	40121	8098	689	42768	42821	8885
640	40122	40175	8114	690	42822	42875	8900
641	40176	40229	8129	691	42876	42929	8916
642	40230	40283	8145	692	42930	42983	8932
643	40284	40337	8160	693	42984	43037	8948
644	40338	40391	8176	694	43038	43091	8964
645	40392	40445	8191	695	43092	43145	8980
646	40446	40499	8207	696	43146	43199	8996
647	40500	40553	8223	697	43200	43253	9012
648	40554	40607	8238	698	43254	43307	9028
649	40608	40661	8254	699	43308	43361	9044
650	40662	40715	8269	700	43362	43415	9061

Grundtabelle von 38016 — 43415 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
701	43416 –	43469	9077
702	43470 –	43523	9093
703	43524 –	43577	9109
704	43578 –	43631	9125
705	43632 –	43685	9141
706	43686 –	43739	9157
707	43740 –	43793	9173
708	43794 –	43847	9189
709	43848 –	43901	9205
710	43902 –	43955	9221
711	43956 –	44009	9238
712	44010 –	44063	9254
713	44064 –	44117	9270
714	44118 –	44171	9286
715	44172 –	44225	9302
716	44226 –	44279	9318
717	44280 –	44333	9335
718	44334 –	44387	9351
719	44388 –	44441	9367
720	44442 –	44495	9383
721	44496 –	44549	9399
722	44550 –	44603	9416
723	44604 –	44657	9432
724	44658 –	44711	9448
725	44712 –	44765	9464
726	44766 –	44819	9481
727	44820 –	44873	9497
728	44874 –	44927	9513
729	44928 –	44981	9530
730	44982 –	45035	9546
731	45036 –	45089	9562
732	45090 –	45143	9579
733	45144 –	45197	9595
734	45198 –	45251	9611
735	45252 –	45305	9628
736	45306 –	45359	9644
737	45360 –	45413	9660
738	45414 –	45467	9677
739	45468 –	45521	9693
740	45522 –	45575	9709
741	45576 –	45629	9726
742	45630 –	45683	9742
743	45684 –	45737	9759
744	45738 –	45791	9775
745	45792 –	45845	9792
746	45846 –	45899	9808
747	45900 –	45953	9824
748	45954 –	46007	9841
749	46008 –	46061	9857
750	46062 –	46115	9874
751	46116 –	46169	9890
752	46170 –	46223	9907
753	46224 –	46277	9923
754	46278 –	46331	9940
755	46332 –	46385	9956
756	46386 –	46439	9973
757	46440 –	46493	9990
758	46494 –	46547	10006
759	46548 –	46601	10023
760	46602 –	46655	10039
761	46656 –	46709	10056
762	46710 –	46763	10072
763	46764 –	46817	10089
764	46818 –	46871	10106
765	46872 –	46925	10122
766	46926 –	46979	10139
767	46980 –	47033	10156
768	47034 –	47087	10172
769	47088 –	47141	10189
770	47142 –	47195	10205
771	47196 –	47249	10222
772	47250 –	47303	10239
773	47304 –	47357	10256
774	47358 –	47411	10272
775	47412 –	47465	10289
776	47466 –	47519	10306
777	47520 –	47573	10322
778	47574 –	47627	10339
779	47628 –	47681	10356
780	47682 –	47735	10373
781	47736 –	47789	10389
782	47790 –	47843	10406
783	47844 –	47897	10423
784	47898 –	47951	10440
785	47952 –	48005	10456
786	48006 –	48059	10473
787	48060 –	48113	10490
788	48114 –	48167	10507
789	48168 –	48221	10524
790	48222 –	48275	10541
791	48276 –	48329	10557
792	48330 –	48383	10574
793	48384 –	48437	10591
794	48438 –	48491	10608
795	48492 –	48545	10625
796	48546 –	48599	10642
797	48600 –	48653	10659
798	48654 –	48707	10676
799	48708 –	48761	10693
800	48762 –	48815	10709

Grundtabelle von 43416 — 48815 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von		bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von		bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
801	48816	-	48869	10726	851	51516	-	51569	11585
802	48870	-	48923	10743	852	51570	-	51623	11602
803	48924	-	48977	10760	853	51624	-	51677	11619
804	48978	-	49031	10777	854	51678	-	51731	11637
805	49032	-	49085	10794	855	51732	-	51785	11654
806	49086	-	49139	10811	856	51786	-	51839	11672
807	49140	-	49193	10828	857	51840	-	51893	11689
808	49194	-	49247	10845	858	51894	-	51947	11706
809	49248	-	49301	10862	859	51948	-	52001	11724
810	49302	-	49355	10879	860	52002	-	52055	11741
811	49356	-	49409	10896	861	52056	-	52109	11759
812	49410	-	49463	10913	862	52110	-	52163	11776
813	49464	-	49517	10930	863	52164	-	52217	11794
814	49518	-	49571	10947	864	52218	-	52271	11811
815	49572	-	49625	10964	865	52272	-	52325	11829
816	49626	-	49679	10982	866	52326	-	52379	11846
817	49680	-	49733	10999	867	52380	-	52433	11864
818	49734	-	49787	11016	868	52434	-	52487	11881
819	49788	-	49841	11033	869	52488	-	52541	11899
820	49842	-	49895	11050	870	52542	-	52595	11916
821	49896	-	49949	11067	871	52596	-	52649	11934
822	49950	-	50003	11084	872	52650	-	52703	11952
823	50004	-	50057	11101	873	52704	-	52757	11969
824	50058	-	50111	11118	874	52758	-	52811	11987
825	50112	-	50165	11136	875	52812	-	52865	12004
826	50166	-	50219	11153	876	52866	-	52919	12022
827	50220	-	50273	11170	877	52920	-	52973	12040
828	50274	-	50327	11187	878	52974	-	53027	12057
829	50328	-	50381	11204	879	53028	-	53081	12075
830	50382	-	50435	11221	880	53082	-	53135	12092
831	50436	-	50489	11239	881	53136	-	53189	12110
832	50490	-	50543	11256	882	53190	-	53243	12128
833	50544	-	50597	11273	883	53244	-	53297	12145
834	50598	-	50651	11290	884	53298	-	53351	12163
835	50652	-	50705	11308	885	53352	-	53405	12181
836	50706	-	50759	11325	886	53406	-	53459	12198
837	50760	-	50813	11342	887	53460	-	53513	12216
838	50814	-	50867	11359	888	53514	-	53567	12234
839	50868	-	50921	11377	889	53568	-	53621	12252
840	50922	-	50975	11394	890	53622	-	53675	12269
841	50976	-	51029	11411	891	53676	-	53729	12287
842	51030	-	51083	11428	892	53730	-	53783	12305
843	51084	-	51137	11446	893	53784	-	53837	12322
844	51138	-	51191	11463	894	53838	-	53891	12340
845	51192	-	51245	11480	895	53892	-	53945	12358
846	51246	-	51299	11498	896	53946	-	53999	12376
847	51300	-	51353	11515	897	54000	-	54053	12394
848	51354	-	51407	11532	898	54054	-	54107	12411
849	51408	-	51461	11550	899	54108	-	54161	12429
850	51462	-	51515	11567	900	54162	-	54215	12447

Grundtabelle von 48816 — 54215 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
901	54216	- 54269	12465
902	54270	- 54323	12483
903	54324	- 54377	12500
904	54378	- 54431	12518
905	54432	- 54485	12536
906	54486	- 54539	12554
907	54540	- 54593	12572
908	54594	- 54647	12590
909	54648	- 54701	12608
910	54702	- 54755	12626
911	54756	- 54809	12644
912	54810	- 54863	12661
913	54864	- 54917	12679
914	54918	- 54971	12697
915	54972	- 55025	12715
916	55026	- 55079	12733
917	55080	- 55133	12751
918	55134	- 55187	12769
919	55188	- 55241	12787
920	55242	- 55295	12805
921	55296	- 55349	12823
922	55350	- 55403	12841
923	55404	- 55457	12859
924	55458	- 55511	12877
925	55512	- 55565	12895
926	55566	- 55619	12913
927	55620	- 55673	12931
928	55674	- 55727	12949
929	55728	- 55781	12967
930	55782	- 55835	12986
931	55836	- 55889	13004
932	55890	- 55943	13022
933	55944	- 55997	13040
934	55998	- 56051	13058
935	56052	- 56105	13076
936	56106	- 56159	13094
937	56160	- 56213	13112
938	56214	- 56267	13131
939	56268	- 56321	13149
940	56322	- 56375	13167
941	56376	- 56429	13185
942	56430	- 56483	13203
943	56484	- 56537	13221
944	56538	- 56591	13240
945	56592	- 56645	13258
946	56646	- 56699	13276
947	56700	- 56753	13294
948	56754	- 56807	13312
949	56808	- 56861	13331
950	56862	- 56915	13349
951	56916	- 56969	13367
952	56970	- 57023	13386
953	57024	- 57077	13404
954	57078	- 57131	13422
955	57132	- 57185	13440
956	57186	- 57239	13459
957	57240	- 57293	13477
958	57294	- 57347	13495
959	57348	- 57401	13514
960	57402	- 57455	13532
961	57456	- 57509	13550
962	57510	- 57563	13569
963	57564	- 57617	13587
964	57618	- 57671	13606
965	57672	- 57725	13624
966	57726	- 57779	13642
967	57780	- 57833	13661
968	57834	- 57887	13679
969	57888	- 57941	13698
970	57942	- 57995	13716
971	57996	- 58049	13734
972	58050	- 58103	13753
973	58104	- 58157	13771
974	58158	- 58211	13790
975	58212	- 58265	13808
976	58266	- 58319	13827
977	58320	- 58373	13845
978	58374	- 58427	13864
979	58428	- 58481	13882
980	58482	- 58535	13901
981	58536	- 58589	13919
982	58590	- 58643	13938
983	58644	- 58697	13956
984	58698	- 58751	13975
985	58752	- 58805	13994
986	58806	- 58859	14012
987	58860	- 58913	14031
988	58914	- 58967	14049
989	58968	- 59021	14068
990	59022	- 59075	14087
991	59076	- 59129	14105
992	59130	- 59183	14124
993	59184	- 59237	14142
994	59238	- 59291	14161
995	59292	- 59345	14180
996	59346	- 59399	14198
997	59400	- 59453	14217
998	59454	- 59507	14236
999	59508	- 59561	14254
1000	59562	- 59615	14273

Grundtabelle von 54216 — 59615 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1001	59616	59669	14292	1051	62316	62369	15239
1002	59670	59723	14311	1052	62370	62423	15258
1003	59724	59777	14329	1053	62424	62477	15277
1004	59778	59831	14348	1054	62478	62531	15296
1005	59832	59885	14367	1055	62532	62585	15315
1006	59886	59939	14386	1056	62586	62639	15335
1007	59940	59993	14404	1057	62640	62693	15354
1008	59994	60047	14423	1058	62694	62747	15373
1009	60048	60101	14442	1059	62748	62801	15392
1010	60102	60155	14461	1060	62802	62855	15411
1011	60156	60209	14479	1061	62856	62909	15431
1012	60210	60263	14498	1062	62910	62963	15450
1013	60264	60317	14517	1063	62964	63017	15469
1014	60318	60371	14536	1064	63018	63071	15488
1015	60372	60425	14555	1065	63072	63125	15508
1016	60426	60479	14574	1066	63126	63179	15527
1017	60480	60533	14592	1067	63180	63233	15546
1018	60534	60587	14611	1068	63234	63287	15566
1019	60588	60641	14630	1069	63288	63341	15585
1020	60642	60695	14649	1070	63342	63395	15604
1021	60696	60749	14668	1071	63396	63449	15624
1022	60750	60803	14687	1072	63450	63503	15643
1023	60804	60857	14706	1073	63504	63557	15662
1024	60858	60911	14725	1074	63558	63611	15682
1025	60912	60965	14744	1075	63612	63665	15701
1026	60966	61019	14762	1076	63666	63719	15720
1027	61020	61073	14781	1077	63720	63773	15740
1028	61074	61127	14800	1078	63774	63827	15759
1029	61128	61181	14819	1079	63828	63881	15778
1030	61182	61235	14838	1080	63882	63935	15798
1031	61236	61289	14857	1081	63936	63989	15817
1032	61290	61343	14876	1082	63990	64043	15837
1033	61344	61397	14895	1083	64044	64097	15856
1034	61398	61451	14914	1084	64098	64151	15876
1035	61452	61505	14933	1085	64152	64205	15895
1036	61506	61559	14952	1086	64206	64259	15915
1037	61560	61613	14971	1087	64260	64313	15934
1038	61614	61667	14990	1088	64314	64367	15953
1039	61668	61721	15009	1089	64368	64421	15973
1040	61722	61775	15028	1090	64422	64475	15992
1041	61776	61829	15048	1091	64476	64529	16012
1042	61830	61883	15067	1092	64530	64583	16031
1043	61884	61937	15086	1093	64584	64637	16051
1044	61938	61991	15105	1094	64638	64691	16071
1045	61992	62045	15124	1095	64692	64745	16090
1046	62046	62099	15143	1096	64746	64799	16110
1047	62100	62153	15162	1097	64800	64853	16129
1048	62154	62207	15181	1098	64854	64907	16149
1049	62208	62261	15200	1099	64908	64961	16168
1050	62262	62315	15219	1100	64962	65015	16188

Grundtabelle von 59616 — 65015 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1101	65016	65069	16208	1151	67716	67769	17199
1102	65070	65123	16227	1152	67770	67823	17219
1103	65124	65177	16247	1153	67824	67877	17239
1104	65178	65231	16266	1154	67878	67931	17259
1105	65232	65285	16286	1155	67932	67985	17279
1106	65286	65339	16306	1156	67986	68039	17299
1107	65340	65393	16325	1157	68040	68093	17319
1108	65394	65447	16345	1158	68094	68147	17339
1109	65448	65501	16365	1159	68148	68201	17359
1110	65502	65555	16384	1160	68202	68255	17379
1111	65556	65609	16404	1161	68256	68309	17399
1112	65610	65663	16424	1162	68310	68363	17420
1113	65664	65717	16443	1163	68364	68417	17440
1114	65718	65771	16463	1164	68418	68471	17460
1115	65772	65825	16483	1165	68472	68525	17480
1116	65826	65879	16503	1166	68526	68579	17500
1117	65880	65933	16522	1167	68580	68633	17520
1118	65934	65987	16542	1168	68634	68687	17541
1119	65988	66041	16562	1169	68688	68741	17561
1120	66042	66095	16582	1170	68742	68795	17581
1121	66096	66149	16601	1171	68796	68849	17601
1122	66150	66203	16621	1172	68850	68903	17621
1123	66204	66257	16641	1173	68904	68957	17642
1124	66258	66311	16661	1174	68958	69011	17662
1125	66312	66365	16680	1175	69012	69065	17682
1126	66366	66419	16700	1176	69066	69119	17702
1127	66420	66473	16720	1177	69120	69173	17723
1128	66474	66527	16740	1178	69174	69227	17743
1129	66528	66581	16760	1179	69228	69281	17763
1130	66582	66635	16780	1180	69282	69336	17784
1131	66636	66689	16800	1181	69336	69389	17804
1132	66690	66743	16819	1182	69390	69443	17824
1133	66744	66797	16839	1183	69444	69497	17844
1134	66798	66851	16859	1184	69498	69551	17865
1135	66852	66905	16879	1185	69552	69605	17885
1136	66906	66959	16899	1186	69606	69659	17906
1137	66960	67013	16919	1187	69660	69713	17926
1138	67014	67067	16939	1188	69714	69767	17946
1139	67068	67121	16959	1189	69768	69821	17967
1140	67122	67175	16979	1190	69822	69875	17987
1141	67176	67229	16999	1191	69876	69929	18007
1142	67230	67283	17019	1192	69930	69983	18028
1143	67284	67337	17039	1193	69984	70037	18048
1144	67338	67391	17059	1194	70038	70091	18069
1145	67392	67445	17078	1195	70092	70145	18089
1146	67446	67499	17098	1196	70146	70199	18109
1147	67500	67553	17118	1197	70200	70253	18130
1148	67554	67607	17139	1198	70254	70307	18150
1149	67608	67661	17159	1199	70308	70361	18171
1150	67662	67715	17179	1200	70362	70415	18191

Grundtabelle von 65016 — 70415 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommen-steuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommen-steuer in DM
1201	70416 –	70469	18212	1251	73116 –	73169	19247
1202	70470 –	70523	18232	1252	73170 –	73223	19268
1203	70524 –	70577	18253	1253	73224 –	73277	19289
1204	70578 –	70631	18273	1254	73278 –	73331	19310
1205	70632 –	70685	18294	1255	73332 –	73385	19331
1206	70686 –	70739	18314	1256	73386 –	73439	19352
1207	70740 –	70793	18335	1257	73440 –	73493	19373
1208	70794 –	70847	18355	1258	73494 –	73547	19394
1209	70848 –	70901	18376	1259	73548 –	73601	19415
1210	70902 –	70955	18397	1260	73602 –	73655	19436
1211	70956 –	71009	18417	1261	73656 –	73709	19457
1212	71010 –	71063	18438	1262	73710 –	73763	19478
1213	71064 –	71117	18458	1263	73764 –	73817	19499
1214	71118 –	71171	18479	1264	73818 –	73871	19520
1215	71172 –	71225	18499	1265	73872 –	73925	19541
1216	71226 –	71279	18520	1266	73926 –	73979	19562
1217	71280 –	71333	18541	1267	73980 –	74033	19583
1218	71334 –	71387	18561	1268	74034 –	74087	19604
1219	71388 –	71441	18582	1269	74088 –	74141	19625
1220	71442 –	71495	18603	1270	74142 –	74195	19646
1221	71496 –	71549	18623	1271	74196 –	74249	19668
1222	71550 –	71603	18644	1272	74250 –	74303	19689
1223	71604 –	71657	18665	1273	74304 –	74357	19710
1224	71658 –	71711	18685	1274	74358 –	74411	19731
1225	71712 –	71765	18706	1275	74412 –	74465	19752
1226	71766 –	71819	18727	1276	74466 –	74519	19773
1227	71820 –	71873	18747	1277	74520 –	74573	19794
1228	71874 –	71927	18768	1278	74574 –	74627	19815
1229	71928 –	71981	18789	1279	74628 –	74681	19837
1230	71982 –	72035	18810	1280	74682 –	74735	19858
1231	72036 –	72089	18830	1281	74736 –	74789	19879
1232	72090 –	72143	18851	1282	74790 –	74843	19900
1233	72144 –	72197	18872	1283	74844 –	74897	19921
1234	72198 –	72251	18893	1284	74898 –	74951	19943
1235	72252 –	72305	18913	1285	74952 –	75005	19964
1236	72306 –	72359	18934	1286	75006 –	75059	19985
1237	72360 –	72413	18955	1287	75060 –	75113	20006
1238	72414 –	72467	18976	1288	75114 –	75167	20028
1239	72468 –	72521	18997	1289	75168 –	75221	20049
1240	72522 –	72575	19017	1290	75222 –	75275	20070
1241	72576 –	72629	19038	1291	75276 –	75329	20091
1242	72630 –	72683	19059	1292	75330 –	75383	20113
1243	72684 –	72737	19080	1293	75384 –	75437	20134
1244	72738 –	72791	19101	1294	75438 –	75491	20155
1245	72792 –	72845	19122	1295	75492 –	75545	20177
1246	72846 –	72899	19143	1296	75546 –	75599	20198
1247	72900 –	72953	19164	1297	75600 –	75653	20219
1248	72954 –	73007	19184	1298	75654 –	75707	20241
1249	73008 –	73061	19205	1299	75708 –	75761	20262
1250	73062 –	73115	19226	1300	75762 –	75815	20283

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1301	75816	75869	20305
1302	75870	75923	20326
1303	75924	75977	20347
1304	75978	76031	20369
1305	76032	76085	20390
1306	76086	76139	20412
1307	76140	76193	20433
1308	76194	76247	20455
1309	76248	76301	20476
1310	76302	76355	20497
1311	76356	76409	20519
1312	76410	76463	20540
1313	76464	76517	20562
1314	76518	76571	20583
1315	76572	76625	20605
1316	76626	76679	20626
1317	76680	76733	20648
1318	76734	76787	20669
1319	76788	76841	20691
1320	76842	76895	20712
1321	76896	76949	20734
1322	76950	77003	20755
1323	77004	77057	20777
1324	77058	77111	20799
1325	77112	77165	20820
1326	77166	77219	20842
1327	77220	77273	20863
1328	77274	77327	20885
1329	77328	77381	20907
1330	77382	77435	20928
1331	77436	77489	20950
1332	77490	77543	20971
1333	77544	77597	20993
1334	77598	77651	21015
1335	77652	77705	21036
1336	77706	77759	21058
1337	77760	77813	21080
1338	77814	77867	21102
1339	77868	77921	21123
1340	77922	77975	21145
1341	77976	78029	21167
1342	78030	78083	21188
1343	78084	78137	21210
1344	78138	78191	21232
1345	78192	78245	21254
1346	78246	78299	21275
1347	78300	78353	21297
1348	78354	78407	21319
1349	78408	78461	21341
1350	78462	78515	21363
1351	78516	78569	21384
1352	78570	78623	21406
1353	78624	78677	21428
1354	78678	78731	21450
1355	78732	78785	21472
1356	78786	78839	21494
1357	78840	78893	21515
1358	78894	78947	21537
1359	78948	79001	21559
1360	79002	79055	21581
1361	79056	79109	21603
1362	79110	79163	21625
1363	79164	79217	21647
1364	79218	79271	21669
1365	79272	79325	21691
1366	79326	79379	21713
1367	79380	79433	21735
1368	79434	79487	21756
1369	79488	79541	21778
1370	79542	79595	21800
1371	79596	79649	21822
1372	79650	79703	21844
1373	79704	79757	21866
1374	79758	79811	21888
1375	79812	79865	21910
1376	79866	79919	21932
1377	79920	79973	21955
1378	79974	80027	21977
1379	80028	80081	21999
1380	80082	80135	22021
1381	80136	80189	22043
1382	80190	80243	22065
1383	80244	80297	22087
1384	80298	80351	22109
1385	80352	80405	22131
1386	80406	80459	22153
1387	80460	80513	22175
1388	80514	80567	22198
1389	80568	80621	22220
1390	80622	80675	22242
1391	80676	80729	22264
1392	80730	80783	22286
1393	80784	80837	22308
1394	80838	80891	22331
1395	80892	80945	22353
1396	80946	80999	22375
1397	81000	81053	22397
1398	81054	81107	22419
1399	81108	81161	22442
1400	81162	81215	22464

Grundtabelle von 75816 — 81215 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1401	81216	81269	22486	1451	83916	83969	23610
1402	81270	81323	22508	1452	83970	84023	23633
1403	81324	81377	22531	1453	84024	84077	23656
1404	81378	81431	22553	1454	84078	84131	23678
1405	81432	81485	22575	1455	84132	84185	23701
1406	81486	81539	22598	1456	84186	84239	23724
1407	81540	81593	22620	1457	84240	84293	23747
1408	81594	81647	22642	1458	84294	84347	23769
1409	81648	81701	22665	1459	84348	84401	23792
1410	81702	81755	22687	1460	84402	84455	23815
1411	81756	81809	22709	1461	84456	84509	23838
1412	81810	81863	22732	1462	84510	84563	23860
1413	81864	81917	22754	1463	84564	84617	23883
1414	81918	81971	22776	1464	84618	84671	23906
1415	81972	82025	22799	1465	84672	84725	23929
1416	82026	82079	22821	1466	84726	84779	23952
1417	82080	82133	22843	1467	84780	84833	23974
1418	82134	82187	22866	1468	84834	84887	23997
1419	82188	82241	22888	1469	84888	84941	24020
1420	82242	82295	22911	1470	84942	84995	24043
1421	82296	82349	22933	1471	84996	85049	24066
1422	82350	82403	22956	1472	85050	85103	24089
1423	82404	82457	22978	1473	85104	85157	24112
1424	82458	82511	23000	1474	85158	85211	24135
1425	82512	82565	23023	1475	85212	85265	24158
1426	82566	82619	23045	1476	85266	85319	24180
1427	82620	82673	23068	1477	85320	85373	24203
1428	82674	82727	23090	1478	85374	85427	24226
1429	82728	82781	23113	1479	85428	85481	24249
1430	82782	82835	23135	1480	85482	85535	24272
1431	82836	82889	23158	1481	85536	85589	24295
1432	82890	82943	23180	1482	85590	85643	24318
1433	82944	82997	23203	1483	85644	85697	24341
1434	82998	83051	23226	1484	85698	85751	24364
1435	83052	83105	23248	1485	85752	85805	24387
1436	83106	83159	23271	1486	85806	85859	24410
1437	83160	83213	23293	1487	85860	85913	24433
1438	83214	83267	23316	1488	85914	85967	24456
1439	83268	83321	23338	1489	85968	86021	24479
1440	83322	83375	23361	1490	86022	86075	24502
1441	83376	83429	23384	1491	86076	86129	24525
1442	83430	83483	23406	1492	86130	86183	24548
1443	83484	83537	23429	1493	86184	86237	24571
1444	83538	83591	23451	1494	86238	86291	24594
1445	83592	83645	23474	1495	86292	86345	24618
1446	83646	83699	23497	1496	86346	86399	24641
1447	83700	83753	23519	1497	86400	86453	24664
1448	83754	83807	23542	1498	86454	86507	24687
1449	83808	83861	23565	1499	86508	86561	24710
1450	83862	83915	23587	1500	86562	86615	24733

Grundtabelle von 81216 — 86615 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1501	86616 -	86669	24756	1551	89316 -	89369	25925
1502	86670 -	86723	24779	1552	89370 -	89423	25948
1503	86724 -	86777	24803	1553	89424 -	89477	25972
1504	86778 -	86831	24826	1554	89478 -	89531	25995
1505	86832 -	86885	24849	1555	89532 -	89585	26019
1506	86886 -	86939	24872	1556	89586 -	89639	26043
1507	86940 -	86993	24895	1557	89640 -	89693	26066
1508	86994 -	87047	24919	1558	89694 -	89747	26090
1509	87048 -	87101	24942	1559	89748 -	89801	26114
1510	87102 -	87155	24965	1560	89802 -	89855	26137
1511	87156 -	87209	24988	1561	89856 -	89909	26161
1512	87210 -	87263	25011	1562	89910 -	89963	26185
1513	87264 -	87317	25035	1563	89964 -	90017	26208
1514	87318 -	87371	25058	1564	90018 -	90071	26232
1515	87372 -	87425	25081	1565	90072 -	90125	26256
1516	87426 -	87479	25104	1566	90126 -	90179	26279
1517	87480 -	87533	25128	1567	90180 -	90233	26303
1518	87534 -	87587	25151	1568	90234 -	90287	26327
1519	87588 -	87641	25174	1569	90288 -	90341	26351
1520	87642 -	87695	25198	1570	90342 -	90395	26374
1521	87696 -	87749	25221	1571	90396 -	90449	26398
1522	87750 -	87803	25244	1572	90450 -	90503	26422
1523	87804 -	87857	25268	1573	90504 -	90557	26446
1524	87858 -	87911	25291	1574	90558 -	90611	26469
1525	87912 -	87965	25314	1575	90612 -	90665	26493
1526	87966 -	88019	25338	1576	90666 -	90719	26517
1527	88020 -	88073	25361	1577	90720 -	90773	26541
1528	88074 -	88127	25384	1578	90774 -	90827	26565
1529	88128 -	88181	25408	1579	90828 -	90881	26588
1530	88182 -	88235	25431	1580	90882 -	90935	26612
1531	88236 -	88289	25455	1581	90936 -	90989	26636
1532	88290 -	88343	25478	1582	90990 -	91043	26660
1533	88344 -	88397	25501	1583	91044 -	91097	26684
1534	88398 -	88451	25525	1584	91098 -	91151	26708
1535	88452 -	88505	25548	1585	91152 -	91205	26732
1536	88506 -	88559	25572	1586	91206 -	91259	26756
1537	88560 -	88613	25595	1587	91260 -	91313	26779
1538	88614 -	88667	25619	1588	91314 -	91367	26803
1539	88668 -	88721	25642	1589	91368 -	91421	26827
1540	88722 -	88775	25666	1590	91422 -	91475	26851
1541	88776 -	88829	25689	1591	91476 -	91529	26875
1542	88830 -	88883	25713	1592	91530 -	91583	26899
1543	88884 -	88937	25736	1593	91584 -	91637	26923
1544	88938 -	88991	25760	1594	91638 -	91691	26947
1545	88992 -	89045	25783	1595	91692 -	91745	26971
1546	89046 -	89099	25807	1596	91746 -	91799	26995
1547	89100 -	89153	25830	1597	91800 -	91853	27019
1548	89154 -	89207	25854	1598	91854 -	91907	27043
1549	89208 -	89261	25877	1599	91908 -	91961	27067
1550	89262 -	89315	25901	1600	91962 -	92015	27091

Grundtabelle von 86616 — 92015 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1601	92016	92069	27115	1651	94716	94769	28328
1602	92070	92123	27139	1652	94770	94823	28352
1603	92124	92177	27163	1653	94824	94877	28377
1604	92178	92231	27187	1654	94878	94931	28401
1605	92232	92285	27211	1655	94932	94985	28426
1606	92286	92339	27235	1656	94986	95039	28450
1607	92340	92393	27259	1657	95040	95093	28475
1608	92394	92447	27283	1658	95094	95147	28499
1609	92448	92501	27308	1659	95148	95201	28524
1610	92502	92555	27332	1660	95202	95255	28548
1611	92556	92609	27356	1661	95256	95309	28573
1612	92610	92663	27380	1662	95310	95363	28597
1613	92664	92717	27404	1663	95364	95417	28622
1614	92718	92771	27428	1664	95418	95471	28646
1615	92772	92825	27452	1665	95472	95525	28671
1616	92826	92879	27476	1666	95526	95579	28696
1617	92880	92933	27501	1667	95580	95633	28720
1618	92934	92987	27525	1668	95634	95687	28745
1619	92988	93041	27549	1669	95688	95741	28770
1620	93042	93095	27573	1670	95742	95795	28794
1621	93096	93149	27597	1671	95796	95849	28819
1622	93150	93203	27622	1672	95850	95903	28843
1623	93204	93257	27646	1673	95904	95957	28868
1624	93258	93311	27670	1674	95958	96011	28893
1625	93312	93365	27694	1675	96012	96065	28917
1626	93366	93419	27719	1676	96066	96119	28942
1627	93420	93473	27743	1677	96120	96173	28967
1628	93474	93527	27767	1678	96174	96227	28992
1629	93528	93581	27791	1679	96228	96281	29016
1630	93582	93635	27816	1680	96282	96335	29041
1631	93636	93689	27840	1681	96336	96389	29066
1632	93690	93743	27864	1682	96390	96443	29091
1633	93744	93797	27888	1683	96444	96497	29115
1634	93798	93851	27913	1684	96498	96551	29140
1635	93852	93905	27937	1685	96552	96605	29165
1636	93906	93959	27961	1686	96606	96659	29190
1637	93960	94013	27986	1687	96660	96713	29214
1638	94014	94067	28010	1688	96714	96767	29239
1639	94068	94121	28035	1689	96768	96821	29264
1640	94122	94175	28059	1690	96822	96875	29289
1641	94176	94229	28083	1691	96876	96929	29314
1642	94230	94283	28108	1692	96930	96983	29338
1643	94284	94337	28132	1693	96984	97037	29363
1644	94338	94391	28156	1694	97038	97091	29388
1645	94392	94445	28181	1695	97092	97145	29413
1646	94446	94499	28205	1696	97146	97199	29438
1647	94500	94553	28230	1697	97200	97253	29463
1648	94554	94607	28254	1698	97254	97307	29488
1649	94608	94661	28279	1699	97308	97361	29513
1650	94662	94715	28303	1700	97362	97415	29537

Grundtabelle von 92016 — 97415 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1701	97416	97469	29562	1751	100116	100169	30819
1702	97470	97523	29587	1752	100170	100223	30845
1703	97524	97577	29612	1753	100224	100277	30870
1704	97578	97631	29637	1754	100278	100331	30895
1705	97632	97685	29662	1755	100332	100385	30921
1706	97686	97739	29687	1756	100386	100439	30946
1707	97740	97793	29712	1757	100440	100493	30972
1708	97794	97847	29737	1758	100494	100547	30997
1709	97848	97901	29762	1759	100548	100601	31022
1710	97902	97955	29787	1760	100602	100655	31048
1711	97956	98009	29812	1761	100656	100709	31073
1712	98010	98063	29837	1762	100710	100763	31099
1713	98064	98117	29862	1763	100764	100817	31124
1714	98118	98171	29887	1764	100818	100871	31150
1715	98172	98225	29912	1765	100872	100925	31175
1716	98226	98279	29937	1766	100926	100979	31201
1717	98280	98333	29962	1767	100980	101033	31226
1718	98334	98387	29987	1768	101034	101087	31252
1719	98388	98441	30012	1769	101088	101141	31277
1720	98442	98495	30037	1770	101142	101195	31303
1721	98496	98549	30062	1771	101196	101249	31328
1722	98550	98603	30088	1772	101250	101303	31354
1723	98604	98657	30113	1773	101304	101357	31379
1724	98658	98711	30138	1774	101358	101411	31405
1725	98712	98765	30163	1775	101412	101465	31430
1726	98766	98819	30188	1776	101466	101519	31456
1727	98820	98873	30213	1777	101520	101573	31482
1728	98874	98927	30238	1778	101574	101627	31507
1729	98928	98981	30263	1779	101628	101681	31533
1730	98982	99035	30289	1780	101682	101735	31558
1731	99036	99089	30314	1781	101736	101789	31584
1732	99090	99143	30339	1782	101790	101843	31610
1733	99144	99197	30364	1783	101844	101897	31635
1734	99198	99251	30389	1784	101898	101951	31661
1735	99252	99305	30415	1785	101952	102005	31687
1736	99306	99359	30440	1786	102006	102059	31712
1737	99360	99413	30465	1787	102060	102113	31738
1738	99414	99467	30490	1788	102114	102167	31764
1739	99468	99521	30516	1789	102168	102221	31789
1740	99522	99575	30541	1790	102222	102275	31815
1741	99576	99629	30566	1791	102276	102329	31841
1742	99630	99683	30591	1792	102330	102383	31866
1743	99684	99737	30617	1793	102384	102437	31892
1744	99738	99791	30642	1794	102438	102491	31918
1745	99792	99845	30667	1795	102492	102545	31944
1746	99846	99899	30693	1796	102546	102599	31969
1747	99900	99953	30718	1797	102600	102653	31995
1748	99954	100007	30743	1798	102654	102707	32021
1749	100008	100061	30769	1799	102708	102761	32047
1750	100062	100115	30794	1800	102762	102815	32072

Grundtabelle von 97416 — 102815 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1801	102816	102869	32098	1851	105516	105569	33399
1802	102870	102923	32124	1852	105570	105623	33426
1803	102924	102977	32150	1853	105624	105677	33452
1804	102978	103031	32176	1854	105678	105731	33478
1805	103032	103085	32202	1855	105732	105785	33505
1806	103086	103139	32227	1856	105786	105839	33531
1807	103140	103193	32253	1857	105840	105893	33557
1808	103194	103247	32279	1858	105894	105947	33583
1809	103248	103301	32305	1859	105948	106001	33610
1810	103302	103355	32331	1860	106002	106055	33636
1811	103356	103409	32357	1861	106056	106109	33662
1812	103410	103463	32383	1862	106110	106163	33689
1813	103464	103517	32409	1863	106164	106217	33715
1814	103518	103571	32434	1864	106218	106271	33741
1815	103572	103625	32460	1865	106272	106325	33768
1816	103626	103679	32486	1866	106326	106379	33794
1817	103680	103733	32512	1867	106380	106433	33821
1818	103734	103787	32538	1868	106434	106487	33847
1819	103788	103841	32564	1869	106488	106541	33873
1820	103842	103895	32590	1870	106542	106595	33900
1821	103896	103949	32616	1871	106596	106649	33926
1822	103950	104003	32642	1872	106650	106703	33953
1823	104004	104057	32668	1873	106704	106757	33979
1824	104058	104111	32694	1874	106758	106811	34005
1825	104112	104165	32720	1875	106812	106865	34032
1826	104166	104219	32746	1876	106866	106919	34058
1827	104220	104273	32772	1877	106920	106973	34085
1828	104274	104327	32798	1878	106974	107027	34111
1829	104328	104381	32824	1879	107028	107081	34138
1830	104382	104435	32850	1880	107082	107135	34164
1831	104436	104489	32876	1881	107136	107189	34191
1832	104490	104543	32902	1882	107190	107243	34217
1833	104544	104597	32928	1883	107244	107297	34244
1834	104598	104651	32955	1884	107298	107351	34270
1835	104652	104705	32981	1885	107352	107405	34297
1836	104706	104759	33007	1886	107406	107459	34323
1837	104760	104813	33033	1887	107460	107513	34350
1838	104814	104867	33059	1888	107514	107567	34377
1839	104868	104921	33085	1889	107568	107621	34403
1840	104922	104975	33111	1890	107622	107675	34430
1841	104976	105029	33137	1891	107676	107729	34456
1842	105030	105083	33164	1892	107730	107783	34483
1843	105084	105137	33190	1893	107784	107837	34510
1844	105138	105191	33216	1894	107838	107891	34536
1845	105192	105245	33242	1895	107892	107945	34563
1846	105246	105299	33268	1896	107946	107999	34589
1847	105300	105353	33295	1897	108000	108053	34616
1848	105354	105407	33321	1898	108054	108107	34643
1849	105408	105461	33347	1899	108108	108161	34669
1850	105462	105515	33373	1900	108162	108215	34696

Grundtabelle von 102816— 108215 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1901	108216	108269	34723
1902	108270	108323	34749
1903	108324	108377	34776
1904	108378	108431	34803
1905	108432	108485	34830
1906	108486	108539	34856
1907	108540	108593	34883
1908	108594	108647	34910
1909	108648	108701	34937
1910	108702	108755	34963
1911	108756	108809	34990
1912	108810	108863	35017
1913	108864	108917	35044
1914	108918	108971	35071
1915	108972	109025	35097
1916	109026	109079	35124
1917	109080	109133	35151
1918	109134	109187	35178
1919	109188	109241	35205
1920	109242	109295	35231
1921	109296	109349	35258
1922	109350	109403	35285
1923	109404	109457	35312
1924	109458	109511	35339
1925	109512	109565	35366
1926	109566	109619	35393
1927	109620	109673	35420
1928	109674	109727	35447
1929	109728	109781	35474
1930	109782	109835	35501
1931	109836	109889	35527
1932	109890	109943	35554
1933	109944	109997	35581
1934	109998	110051	35608
1935	110052	110105	35635
1936	110106	110159	35662
1937	110160	110213	35689
1938	110214	110267	35716
1939	110268	110321	35743
1940	110322	110375	35770
1941	110376	110429	35797
1942	110430	110483	35824
1943	110484	110537	35852
1944	110538	110591	35879
1945	110592	110645	35906
1946	110646	110699	35933
1947	110700	110753	35960
1948	110754	110807	35987
1949	110808	110861	36014
1950	110862	110915	36041
1951	110916	110969	36068
1952	110970	111023	36095
1953	111024	111077	36123
1954	111078	111131	36150
1955	111132	111185	36177
1956	111186	111239	36204
1957	111240	111293	36231
1958	111294	111347	36258
1959	111348	111401	36286
1960	111402	111455	36313
1961	111456	111509	36340
1962	111510	111563	36367
1963	111564	111617	36395
1964	111618	111671	36422
1965	111672	111725	36449
1966	111726	111779	36476
1967	111780	111833	36504
1968	111834	111887	36531
1969	111888	111941	36558
1970	111942	111995	36585
1971	111996	112049	36613
1972	112050	112103	36640
1973	112104	112157	36667
1974	112158	112211	36695
1975	112212	112265	36722
1976	112266	112319	36749
1977	112320	112373	36777
1978	112374	112427	36804
1979	112428	112481	36831
1980	112482	112535	36859
1981	112536	112589	36886
1982	112590	112643	36914
1983	112644	112697	36941
1984	112698	112751	36968
1985	112752	112805	36996
1986	112806	112859	37023
1987	112860	112913	37051
1988	112914	112967	37078
1989	112968	113021	37106
1990	113022	113075	37133
1991	113076	113129	37161
1992	113130	113183	37188
1993	113184	113237	37216
1994	113238	113291	37243
1995	113292	113345	37271
1996	113346	113399	37298
1997	113400	113453	37326
1998	113454	113507	37353
1999	113508	113561	37381
2000	113562	113615	37408

Grundtabelle von 108216 — 113615 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
2001	113616	113669	37436
2002	113670	113723	37464
2003	113724	113777	37491
2004	113778	113831	37519
2005	113832	113885	37546
2006	113886	113939	37574
2007	113940	113993	37602
2008	113994	114047	37629
2009	114048	114101	37657
2010	114102	114155	37684
2011	114156	114209	37712
2012	114210	114263	37740
2013	114264	114317	37767
2014	114318	114371	37795
2015	114372	114425	37823
2016	114426	114479	37851
2017	114480	114533	37878
2018	114534	114587	37906
2019	114588	114641	37934
2020	114642	114695	37961
2021	114696	114749	37989
2022	114750	114803	38017
2023	114804	114857	38045
2024	114858	114911	38073
2025	114912	114965	38100
2026	114966	115019	38128
2027	115020	115073	38156
2028	115074	115127	38184
2029	115128	115181	38212
2030	115182	115235	38239
2031	115236	115289	38267
2032	115290	115343	38295
2033	115344	115397	38323
2034	115398	115451	38351
2035	115452	115505	38379
2036	115506	115559	38407
2037	115560	115613	38434
2038	115614	115667	38462
2039	115668	115721	38490
2040	115722	115775	38518
2041	115776	115829	38546
2042	115830	115883	38574
2043	115884	115937	38602
2044	115938	115991	38630
2045	115992	116045	38658
2046	116046	116099	38686
2047	116100	116153	38714
2048	116154	116207	38742
2049	116208	116261	38770
2050	116262	116315	38798
2051	116316	116369	38826
2052	116370	116423	38854
2053	116424	116477	38882
2054	116478	116531	38910
2055	116532	116585	38938
2056	116586	116639	38966
2057	116640	116693	38994
2058	116694	116747	39022
2059	116748	116801	39050
2060	116802	116855	39078
2061	116856	116909	39106
2062	116910	116963	39135
2063	116964	117017	39163
2064	117018	117071	39191
2065	117072	117125	39219
2066	117126	117179	39247
2067	117180	117233	39275
2068	117234	117287	39303
2069	117288	117341	39332
2070	117342	117395	39360
2071	117396	117449	39388
2072	117450	117503	39416
2073	117504	117557	39444
2074	117558	117611	39473
2075	117612	117665	39501
2076	117666	117719	39529
2077	117720	117773	39557
2078	117774	117827	39585
2079	117828	117881	39614
2080	117882	117935	39642
2081	117936	117989	39670
2082	117990	118043	39699
2083	118044	118097	39727
2084	118098	118151	39755
2085	118152	118205	39784
2086	118206	118259	39812
2087	118260	118313	39840
2088	118314	118367	39868
2089	118368	118421	39897
2090	118422	118475	39925
2091	118476	118529	39954
2092	118530	118583	39982
2093	118584	118637	40010
2094	118638	118691	40039
2095	118692	118745	40067
2096	118746	118799	40096
2097	118800	118853	40124
2098	118854	118907	40152
2099	118908	118961	40181
2100	118962	119015	40209

Grundtabelle von 113616 — 119015 DM

Einkommensteuer-Grundtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
2101	119016 –	119069	40238	2111	119556 –	119609	40523
2102	119070 –	119123	40266	2112	119610 –	119663	40551
2103	119124 –	119177	40295	2113	119664 –	119717	40580
2104	119178 –	119231	40323	2114	119718 –	119771	40608
2105	119232 –	119285	40352	2115	119772 –	119825	40637
2106	119286 –	119339	40380	2116	119826 –	119879	40666
2107	119340 –	119393	40409	2117	119880 –	119933	40694
2108	119394 –	119447	40437	2118	119934 –	119987	40723
2109	119448 –	119501	40466	2119	119988 –	120041	40751
2110	119502 –	119555	40494				

Grundtabelle von 119016 — 120041 DM

Anlage 2 zu Artikel 1 Nr. 76

Anlage 2
(zu § 32a Abs. 5)

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1	0	11339	0
2	11340	11447	20
3	11448	11555	40
4	11556	11663	60
5	11664	11771	82
6	11772	11879	102
7	11880	11987	122
8	11988	12095	142
9	12096	12203	164
10	12204	12311	184
11	12312	12419	204
12	12420	12527	224
13	12528	12635	246
14	12636	12743	266
15	12744	12851	286
16	12852	12959	306
17	12960	13067	328
18	13068	13175	348
19	13176	13283	368
20	13284	13391	388
21	13392	13499	410
22	13500	13607	430
23	13608	13715	450
24	13716	13823	472
25	13824	13931	492
26	13932	14039	512
27	14040	14147	532
28	14148	14255	554
29	14256	14363	574
30	14364	14471	594
31	14472	14579	614
32	14580	14687	636
33	14688	14795	656
34	14796	14903	676
35	14904	15011	696
36	15012	15119	718
37	15120	15227	738
38	15228	15335	758
39	15336	15443	778
40	15444	15551	800
41	15552	15659	820
42	15660	15767	840
43	15768	15875	860
44	15876	15983	882
45	15984	16091	902
46	16092	16199	922
47	16200	16307	944
48	16308	16415	964
49	16416	16523	984
50	16524	16631	1004
51	16632	16739	1026
52	16740	16847	1046
53	16848	16955	1066
54	16956	17063	1088
55	17064	17171	1108
56	17172	17279	1128
57	17280	17387	1150
58	17388	17495	1170
59	17496	17603	1190
60	17604	17711	1212
61	17712	17819	1232
62	17820	17927	1252
63	17928	18035	1274
64	18036	18143	1294
65	18144	18251	1316
66	18252	18359	1336
67	18360	18467	1356
68	18468	18575	1378
69	18576	18683	1398
70	18684	18791	1420
71	18792	18899	1440
72	18900	19007	1462
73	19008	19115	1482
74	19116	19223	1504
75	19224	19331	1524
76	19332	19439	1546
77	19440	19547	1566
78	19548	19655	1588
79	19656	19763	1608
80	19764	19871	1630
81	19872	19979	1650
82	19980	20087	1672
83	20088	20195	1694
84	20196	20303	1714
85	20304	20411	1736
86	20412	20519	1756
87	20520	20627	1778
88	20628	20735	1800
89	20736	20843	1820
90	20844	20951	1842
91	20952	21059	1864
92	21060	21167	1884
93	21168	21275	1906
94	21276	21383	1928
95	21384	21491	1948
96	21492	21599	1970
97	21600	21707	1992
98	21708	21815	2012
99	21816	21923	2034
100	21924	22031	2056

Splittingtabelle von 0 — 22031 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
101	22032	22139	2076
102	22140	22247	2098
103	22248	22355	2120
104	22356	22463	2142
105	22464	22571	2162
106	22572	22679	2184
107	22680	22787	2206
108	22788	22895	2228
109	22896	23003	2250
110	23004	23111	2270
111	23112	23219	2292
112	23220	23327	2314
113	23328	23435	2336
114	23436	23543	2358
115	23544	23651	2380
116	23652	23759	2402
117	23760	23867	2422
118	23868	23975	2444
119	23976	24083	2466
120	24084	24191	2488
121	24192	24299	2510
122	24300	24407	2532
123	24408	24515	2554
124	24516	24623	2576
125	24624	24731	2598
126	24732	24839	2620
127	24840	24947	2642
128	24948	25055	2664
129	25056	25163	2686
130	25164	25271	2708
131	25272	25379	2730
132	25380	25487	2752
133	25488	25595	2774
134	25596	25703	2796
135	25704	25811	2818
136	25812	25919	2840
137	25920	26027	2862
138	26028	26135	2884
139	26136	26243	2906
140	26244	26351	2928
141	26352	26459	2950
142	26460	26567	2972
143	26568	26675	2994
144	26676	26783	3016
145	26784	26891	3040
146	26892	26999	3062
147	27000	27107	3084
148	27108	27215	3106
149	27216	27323	3128
150	27324	27431	3150
151	27432	27539	3172
152	27540	27647	3196
153	27648	27755	3218
154	27756	27863	3240
155	27864	27971	3262
156	27972	28079	3284
157	28080	28187	3308
158	28188	28295	3330
159	28296	28403	3352
160	28404	28511	3374
161	28512	28619	3398
162	28620	28727	3420
163	28728	28835	3442
164	28836	28943	3466
165	28944	29051	3488
166	29052	29159	3510
167	29160	29267	3534
168	29268	29375	3556
169	29376	29483	3578
170	29484	29591	3602
171	29592	29699	3624
172	29700	29807	3646
173	29808	29915	3670
174	29916	30023	3692
175	30024	30131	3714
176	30132	30239	3738
177	30240	30347	3760
178	30348	30455	3784
179	30456	30563	3806
180	30564	30671	3828
181	30672	30779	3852
182	30780	30887	3874
183	30888	30995	3898
184	30996	31103	3920
185	31104	31211	3944
186	31212	31319	3966
187	31320	31427	3990
188	31428	31535	4012
189	31536	31643	4036
190	31644	31751	4058
191	31752	31859	4082
192	31860	31967	4104
193	31968	32075	4128
194	32076	32183	4150
195	32184	32291	4174
196	32292	32399	4198
197	32400	32507	4220
198	32508	32615	4244
199	32616	32723	4266
200	32724	32831	4290

Splittingtabelle von 22032 — 32831 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
201	32832	32939	4314
202	32940	33047	4336
203	33048	33155	4360
204	33156	33263	4384
205	33264	33371	4406
206	33372	33479	4430
207	33480	33587	4454
208	33588	33695	4476
209	33696	33803	4500
210	33804	33911	4524
211	33912	34019	4546
212	34020	34127	4570
213	34128	34235	4594
214	34236	34343	4616
215	34344	34451	4640
216	34452	34559	4664
217	34560	34667	4688
218	34668	34775	4712
219	34776	34883	4734
220	34884	34991	4758
221	34992	35099	4782
222	35100	35207	4806
223	35208	35315	4830
224	35316	35423	4852
225	35424	35531	4876
226	35532	35639	4900
227	35640	35747	4924
228	35748	35855	4948
229	35856	35963	4972
230	35964	36071	4994
231	36072	36179	5018
232	36180	36287	5042
233	36288	36395	5066
234	36396	36503	5090
235	36504	36611	5114
236	36612	36719	5138
237	36720	36827	5162
238	36828	36935	5186
239	36936	37043	5210
240	37044	37151	5234
241	37152	37259	5258
242	37260	37367	5282
243	37368	37475	5306
244	37476	37583	5330
245	37584	37691	5354
246	37692	37799	5378
247	37800	37907	5402
248	37908	38015	5426
249	38016	38123	5450
250	38124	38231	5474
251	38232	38339	5498
252	38340	38447	5522
253	38448	38555	5546
254	38556	38663	5570
255	38664	38771	5594
256	38772	38879	5618
257	38880	38987	5642
258	38988	39095	5668
259	39096	39203	5692
260	39204	39311	5716
261	39312	39419	5740
262	39420	39527	5764
263	39528	39635	5788
264	39636	39743	5814
265	39744	39851	5838
266	39852	39959	5862
267	39960	40067	5886
268	40068	40175	5910
269	40176	40283	5936
270	40284	40391	5960
271	40392	40499	5984
272	40500	40607	6008
273	40608	40715	6034
274	40716	40823	6058
275	40824	40931	6082
276	40932	41039	6106
277	41040	41147	6132
278	41148	41255	6156
279	41256	41363	6180
280	41364	41471	6206
281	41472	41579	6230
282	41580	41687	6254
283	41688	41795	6280
284	41796	41903	6304
285	41904	42011	6328
286	42012	42119	6354
287	42120	42227	6378
288	42228	42335	6402
289	42336	42443	6428
290	42444	42551	6452
291	42552	42659	6478
292	42660	42767	6502
293	42768	42875	6528
294	42876	42983	6552
295	42984	43091	6576
296	43092	43199	6602
297	43200	43307	6626
298	43308	43415	6652
299	43416	43523	6676
300	43524	43631	6702

Splittingtabelle von 32832 — 43631 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
301	43632	43739	6726
302	43740	43847	6752
303	43848	43955	6776
304	43956	44063	6802
305	44064	44171	6826
306	44172	44279	6852
307	44280	44387	6878
308	44388	44495	6902
309	44496	44603	6928
310	44604	44711	6952
311	44712	44819	6978
312	44820	44927	7004
313	44928	45035	7028
314	45036	45143	7054
315	45144	45251	7078
316	45252	45359	7104
317	45360	45467	7130
318	45468	45575	7154
319	45576	45683	7180
320	45684	45791	7206
321	45792	45899	7230
322	45900	46007	7256
323	46008	46115	7282
324	46116	46223	7306
325	46224	46331	7332
326	46332	46439	7358
327	46440	46547	7384
328	46548	46655	7408
329	46656	46763	7434
330	46764	46871	7460
331	46872	46979	7486
332	46980	47087	7510
333	47088	47195	7536
334	47196	47303	7562
335	47304	47411	7588
336	47412	47519	7614
337	47520	47627	7640
338	47628	47735	7664
339	47736	47843	7690
340	47844	47951	7716
341	47952	48059	7742
342	48060	48167	7768
343	48168	48275	7794
344	48276	48383	7820
345	48384	48491	7844
346	48492	48599	7870
347	48600	48707	7896
348	48708	48815	7922
349	48816	48923	7948
350	48924	49031	7974
351	49032	49139	8000
352	49140	49247	8026
353	49248	49355	8052
354	49356	49463	8078
355	49464	49571	8104
356	49572	49679	8130
357	49680	49787	8156
358	49788	49895	8182
359	49896	50003	8208
360	50004	50111	8234
361	50112	50219	8260
362	50220	50327	8286
363	50328	50435	8312
364	50436	50543	8338
365	50544	50651	8364
366	50652	50759	8390
367	50760	50867	8416
368	50868	50975	8442
369	50976	51083	8470
370	51084	51191	8496
371	51192	51299	8522
372	51300	51407	8548
373	51408	51515	8574
374	51516	51623	8600
375	51624	51731	8626
376	51732	51839	8654
377	51840	51947	8680
378	51948	52055	8706
379	52056	52163	8732
380	52164	52271	8758
381	52272	52379	8786
382	52380	52487	8812
383	52488	52595	8838
384	52596	52703	8864
385	52704	52811	8892
386	52812	52919	8918
387	52920	53027	8944
388	53028	53135	8970
389	53136	53243	8998
390	53244	53351	9024
391	53352	53459	9050
392	53460	53567	9078
393	53568	53675	9104
394	53676	53783	9130
395	53784	53891	9158
396	53892	53999	9184
397	54000	54107	9210
398	54108	54215	9238
399	54216	54323	9264
400	54324	54431	9290

Splittingtabelle von 43632 — 54431 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
401	54432	54539	9318	451	59832	59939	10680
402	54540	54647	9344	452	59940	60047	10708
403	54648	54755	9372	453	60048	60155	10734
404	54756	54863	9398	454	60156	60263	10762
405	54864	54971	9424	455	60264	60371	10790
406	54972	55079	9452	456	60372	60479	10818
407	55080	55187	9478	457	60480	60587	10846
408	55188	55295	9506	458	60588	60695	10874
409	55296	55403	9532	459	60696	60803	10902
410	55404	55511	9560	460	60804	60911	10930
411	55512	55619	9586	461	60912	61019	10958
412	55620	55727	9614	462	61020	61127	10984
413	55728	55835	9640	463	61128	61235	11012
414	55836	55943	9668	464	61236	61343	11040
415	55944	56051	9694	465	61344	61451	11068
416	56052	56159	9722	466	61452	61559	11096
417	56160	56267	9748	467	61560	61667	11124
418	56268	56375	9776	468	61668	61775	11152
419	56376	56483	9802	469	61776	61883	11180
420	56484	56591	9830	470	61884	61991	11208
421	56592	56699	9856	471	61992	62099	11236
422	56700	56807	9884	472	62100	62207	11264
423	56808	56915	9912	473	62208	62315	11292
424	56916	57023	9938	474	62316	62423	11320
425	57024	57131	9966	475	62424	62531	11348
426	57132	57239	9992	476	62532	62639	11376
427	57240	57347	10020	477	62640	62747	11406
428	57348	57455	10048	478	62748	62855	11434
429	57456	57563	10074	479	62856	62963	11462
430	57564	57671	10102	480	62964	63071	11490
431	57672	57779	10130	481	63072	63179	11518
432	57780	57887	10156	482	63180	63287	11546
433	57888	57995	10184	483	63288	63395	11574
434	57996	58103	10212	484	63396	63503	11602
435	58104	58211	10238	485	63504	63611	11630
436	58212	58319	10266	486	63612	63719	11660
437	58320	58427	10294	487	63720	63827	11688
438	58428	58535	10322	488	63828	63935	11716
439	58536	58643	10348	489	63936	64043	11744
440	58644	58751	10376	490	64044	64151	11772
441	58752	58859	10404	491	64152	64259	11800
442	58860	58967	10430	492	64260	64367	11830
443	58968	59075	10458	493	64368	64475	11858
444	59076	59183	10486	494	64476	64583	11886
445	59184	59291	10514	495	64584	64691	11914
446	59292	59399	10542	496	64692	64799	11942
447	59400	59507	10568	497	64800	64907	11972
448	59508	59615	10596	498	64908	65015	12000
449	59616	59723	10624	499	65016	65123	12028
450	59724	59831	10652	500	65124	65231	12056

Splittingtabelle von 54432 — 65231 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
501	65232 -	65339	12086	551	70632 -	70739	13536
502	65340 -	65447	12114	552	70740 -	70847	13566
503	65448 -	65555	12142	553	70848 -	70955	13594
504	65556 -	65663	12172	554	70956 -	71063	13624
505	65664 -	65771	12200	555	71064 -	71171	13654
506	65772 -	65879	12228	556	71172 -	71279	13684
507	65880 -	65987	12258	557	71280 -	71387	13712
508	65988 -	66095	12286	558	71388 -	71495	13742
509	66096 -	66203	12314	559	71496 -	71603	13772
510	66204 -	66311	12344	560	71604 -	71711	13802
511	66312 -	66419	12372	561	71712 -	71819	13832
512	66420 -	66527	12400	562	71820 -	71927	13860
513	66528 -	66635	12430	563	71928 -	72035	13890
514	66636 -	66743	12458	564	72036 -	72143	13920
515	66744 -	66851	12488	565	72144 -	72251	13950
516	66852 -	66959	12516	566	72252 -	72359	13980
517	66960 -	67067	12544	567	72360 -	72467	14010
518	67068 -	67175	12574	568	72468 -	72575	14040
519	67176 -	67283	12602	569	72576 -	72683	14068
520	67284 -	67391	12632	570	72684 -	72791	14098
521	67392 -	67499	12660	571	72792 -	72899	14128
522	67500 -	67607	12690	572	72900 -	73007	14158
523	67608 -	67715	12718	573	73008 -	73115	14188
524	67716 -	67823	12748	574	73116 -	73223	14218
525	67824 -	67931	12776	575	73224 -	73331	14248
526	67932 -	68039	12806	576	73332 -	73439	14278
527	68040 -	68147	12834	577	73440 -	73547	14308
528	68148 -	68255	12864	578	73548 -	73655	14338
529	68256 -	68363	12892	579	73656 -	73763	14368
530	68364 -	68471	12922	580	73764 -	73871	14398
531	68472 -	68579	12950	581	73872 -	73979	14428
532	68580 -	68687	12980	582	73980 -	74087	14458
533	68688 -	68795	13008	583	74088 -	74195	14488
534	68796 -	68903	13038	584	74196 -	74303	14518
535	68904 -	69011	13066	585	74304 -	74411	14548
536	69012 -	69119	13096	586	74412 -	74519	14578
537	69120 -	69227	13126	587	74520 -	74627	14608
538	69228 -	69335	13154	588	74628 -	74735	14638
539	69336 -	69443	13184	589	74736 -	74843	14668
540	69444 -	69551	13214	590	74844 -	74951	14698
541	69552 -	69659	13242	591	74952 -	75059	14728
542	69660 -	69767	13272	592	75060 -	75167	14758
543	69768 -	69875	13300	593	75168 -	75275	14788
544	69876 -	69983	13330	594	75276 -	75383	14818
545	69984 -	70091	13360	595	75384 -	75491	14848
546	70092 -	70199	13388	596	75492 -	75599	14880
547	70200 -	70307	13418	597	75600 -	75707	14910
548	70308 -	70415	13448	598	75708 -	75815	14940
549	70416 -	70523	13478	599	75816 -	75923	14970
550	70524 -	70631	13506	600	75924 -	76031	15000

Splittingtabelle von 65232 — 76031 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
601	76032	76139	15030	651	81432	81539	16570
602	76140	76247	15062	652	81540	81647	16600
603	76248	76355	15092	653	81648	81755	16632
604	76356	76463	15122	654	81756	81863	16664
605	76464	76571	15152	655	81864	81971	16694
606	76572	76679	15182	656	81972	82079	16726
607	76680	76787	15214	657	82080	82187	16758
608	76788	76895	15244	658	82188	82295	16788
609	76896	77003	15274	659	82296	82403	16820
610	77004	77111	15304	660	82404	82511	16852
611	77112	77219	15334	661	82512	82619	16882
612	77220	77327	15366	662	82620	82727	16914
613	77328	77435	15396	663	82728	82835	16946
614	77436	77543	15426	664	82836	82943	16978
615	77544	77651	15458	665	82944	83051	17008
616	77652	77759	15488	666	83052	83159	17040
617	77760	77867	15518	667	83160	83267	17072
618	77868	77975	15550	668	83268	83375	17104
619	77976	78083	15580	669	83376	83483	17134
620	78084	78191	15610	670	83484	83591	17166
621	78192	78299	15642	671	83592	83699	17198
622	78300	78407	15672	672	83700	83807	17230
623	78408	78515	15702	673	83808	83915	17260
624	78516	78623	15734	674	83916	84023	17292
625	78624	78731	15764	675	84024	84131	17324
626	78732	78839	15794	676	84132	84239	17356
627	78840	78947	15826	677	84240	84347	17388
628	78948	79055	15856	678	84348	84455	17420
629	79056	79163	15888	679	84456	84563	17450
630	79164	79271	15918	680	84564	84671	17482
631	79272	79379	15948	681	84672	84779	17514
632	79380	79487	15980	682	84780	84887	17546
633	79488	79595	16010	683	84888	84995	17578
634	79596	79703	16042	684	84996	85103	17610
635	79704	79811	16072	685	85104	85211	17642
636	79812	79919	16104	686	85212	85319	17674
637	79920	80027	16134	687	85320	85427	17706
638	80028	80135	16166	688	85428	85535	17738
639	80136	80243	16196	689	85536	85643	17770
640	80244	80351	16228	690	85644	85751	17800
641	80352	80459	16258	691	85752	85859	17832
642	80460	80567	16290	692	85860	85967	17864
643	80568	80675	16320	693	85968	86075	17896
644	80676	80783	16352	694	86076	86183	17928
645	80784	80891	16382	695	86184	86291	17960
646	80892	80999	16414	696	86292	86399	17992
647	81000	81107	16446	697	86400	86507	18024
648	81108	81215	16476	698	86508	86615	18056
649	81216	81323	16508	699	86616	86723	18088
650	81324	81431	16538	700	86724	86831	18122

Splittingtabelle von 76032 — 86831 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
701	86832	- 86939	18154	751	92232	- 92339	19780
702	86940	- 87047	18186	752	92340	- 92447	19814
703	87048	- 87155	18218	753	92448	- 92555	19846
704	87156	- 87263	18250	754	92556	- 92663	19880
705	87264	- 87371	18282	755	92664	- 92771	19912
706	87372	- 87479	18314	756	92772	- 92879	19946
707	87480	- 87587	18346	757	92880	- 92987	19980
708	87588	- 87695	18378	758	92988	- 93095	20012
709	87696	- 87803	18410	759	93096	- 93203	20046
710	87804	- 87911	18442	760	93204	- 93311	20078
711	87912	- 88019	18476	761	93312	- 93419	20112
712	88020	- 88127	18508	762	93420	- 93527	20144
713	88128	- 88235	18540	763	93528	- 93635	20178
714	88236	- 88343	18572	764	93636	- 93743	20212
715	88344	- 88451	18604	765	93744	- 93851	20244
716	88452	- 88559	18636	766	93852	- 93959	20278
717	88560	- 88667	18670	767	93960	- 94067	20312
718	88668	- 88775	18702	768	94068	- 94175	20344
719	88776	- 88883	18734	769	94176	- 94283	20378
720	88884	- 88991	18766	770	94284	- 94391	20410
721	88992	- 89099	18798	771	94392	- 94499	20444
722	89100	- 89207	18832	772	94500	- 94607	20478
723	89208	- 89315	18864	773	94608	- 94715	20512
724	89316	- 89423	18896	774	94716	- 94823	20544
725	89424	- 89531	18928	775	94824	- 94931	20578
726	89532	- 89639	18962	776	94932	- 95039	20612
727	89640	- 89747	18994	777	95040	- 95147	20644
728	89748	- 89855	19026	778	95148	- 95255	20678
729	89856	- 89963	19060	779	95256	- 95363	20712
730	89964	- 90071	19092	780	95364	- 95471	20746
731	90072	- 90179	19124	781	95472	- 95579	20778
732	90180	- 90287	19158	782	95580	- 95687	20812
733	90288	- 90395	19190	783	95688	- 95795	20846
734	90396	- 90503	19222	784	95796	- 95903	20880
735	90504	- 90611	19256	785	95904	- 96011	20912
736	90612	- 90719	19288	786	96012	- 96119	20946
737	90720	- 90827	19320	787	96120	- 96227	20980
738	90828	- 90935	19354	788	96228	- 96335	21014
739	90936	- 91043	19386	789	96336	- 96443	21048
740	91044	- 91151	19418	790	96444	- 96551	21082
741	91152	- 91259	19452	791	96552	- 96659	21114
742	91260	- 91367	19484	792	96660	- 96767	21148
743	91368	- 91475	19518	793	96768	- 96875	21182
744	91476	- 91583	19550	794	96876	- 96983	21216
745	91584	- 91691	19584	795	96984	- 97091	21250
746	91692	- 91799	19616	796	97092	- 97199	21284
747	91800	- 91907	19648	797	97200	- 97307	21318
748	91908	- 92015	19682	798	97308	- 97415	21352
749	92016	- 92123	19714	799	97416	- 97523	21386
750	92124	- 92231	19748	800	97524	- 97631	21418

Splittingtabelle von 86832 — 97631 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
801	97632	97739	21452
802	97740	97847	21486
803	97848	97955	21520
804	97956	98063	21554
805	98064	98171	21588
806	98172	98279	21622
807	98280	98387	21656
808	98388	98495	21690
809	98496	98603	21724
810	98604	98711	21758
811	98712	98819	21792
812	98820	98927	21826
813	98928	99035	21860
814	99036	99143	21894
815	99144	99251	21928
816	99252	99359	21964
817	99360	99467	21998
818	99468	99575	22032
819	99576	99683	22066
820	99684	99791	22100
821	99792	99899	22134
822	99900	100007	22168
823	100008	100115	22202
824	100116	100223	22236
825	100224	100331	22272
826	100332	100439	22306
827	100440	100547	22340
828	100548	100655	22374
829	100656	100763	22408
830	100764	100871	22442
831	100872	100979	22478
832	100980	101087	22512
833	101088	101195	22546
834	101196	101303	22580
835	101304	101411	22616
836	101412	101519	22650
837	101520	101627	22684
838	101628	101735	22718
839	101736	101843	22754
840	101844	101951	22788
841	101952	102059	22822
842	102060	102167	22856
843	102168	102275	22892
844	102276	102383	22926
845	102384	102491	22960
846	102492	102599	22996
847	102600	102707	23030
848	102708	102815	23064
849	102816	102923	23100
850	102924	103031	23134
851	103032	103139	23170
852	103140	103247	23204
853	103248	103355	23238
854	103356	103463	23274
855	103464	103571	23308
856	103572	103679	23344
857	103680	103787	23378
858	103788	103895	23412
859	103896	104003	23448
860	104004	104111	23482
861	104112	104219	23518
862	104220	104327	23552
863	104328	104435	23588
864	104436	104543	23622
865	104544	104651	23658
866	104652	104759	23692
867	104760	104867	23728
868	104868	104975	23762
869	104976	105083	23798
870	105084	105191	23832
871	105192	105299	23868
872	105300	105407	23904
873	105408	105515	23938
874	105516	105623	23974
875	105624	105731	24008
876	105732	105839	24044
877	105840	105947	24080
878	105948	106055	24114
879	106056	106163	24150
880	106164	106271	24184
881	106272	106379	24220
882	106380	106487	24256
883	106488	106595	24290
884	106596	106703	24326
885	106704	106811	24362
886	106812	106919	24396
887	106920	107027	24432
888	107028	107135	24468
889	107136	107243	24504
890	107244	107351	24538
891	107352	107459	24574
892	107460	107567	24610
893	107568	107675	24644
894	107676	107783	24680
895	107784	107891	24716
896	107892	107999	24752
897	108000	108107	24788
898	108108	108215	24822
899	108216	108323	24858
900	108324	108431	24894

Splittingtabelle von 97632 — 108431 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
901	108432	108539	24930	951	113832	113939	26734
902	108540	108647	24966	952	113940	114047	26772
903	108648	108755	25000	953	114048	114155	26808
904	108756	108863	25036	954	114156	114263	26844
905	108864	108971	25072	955	114264	114371	26880
906	108972	109079	25108	956	114372	114479	26918
907	109080	109187	25144	957	114480	114587	26954
908	109188	109295	25180	958	114588	114695	26990
909	109296	109403	25216	959	114696	114803	27028
910	109404	109511	25252	960	114804	114911	27064
911	109512	109619	25288	961	114912	115019	27100
912	109620	109727	25322	962	115020	115127	27138
913	109728	109835	25358	963	115128	115235	27174
914	109836	109943	25394	964	115236	115343	27212
915	109944	110051	25430	965	115344	115451	27248
916	110052	110159	25466	966	115452	115559	27284
917	110160	110267	25502	967	115560	115667	27322
918	110268	110375	25538	968	115668	115775	27358
919	110376	110483	25574	969	115776	115883	27396
920	110484	110591	25610	970	115884	115991	27432
921	110592	110699	25646	971	115992	116099	27468
922	110700	110807	25682	972	116100	116207	27506
923	110808	110915	25718	973	116208	116315	27542
924	110916	111023	25754	974	116316	116423	27580
925	111024	111131	25790	975	116424	116531	27616
926	111132	111239	25826	976	116532	116639	27654
927	111240	111347	25862	977	116640	116747	27690
928	111348	111455	25898	978	116748	116855	27728
929	111456	111563	25934	979	116856	116963	27764
930	111564	111671	25972	980	116964	117071	27802
931	111672	111779	26008	981	117072	117179	27838
932	111780	111887	26044	982	117180	117287	27876
933	111888	111995	26080	983	117288	117395	27912
934	111996	112103	26116	984	117396	117503	27950
935	112104	112211	26152	985	117504	117611	27988
936	112212	112319	26188	986	117612	117719	28024
937	112320	112427	26224	987	117720	117827	28062
938	112428	112535	26262	988	117828	117935	28098
939	112536	112643	26298	989	117936	118043	28136
940	112644	112751	26334	990	118044	118151	28174
941	112752	112859	26370	991	118152	118259	28210
942	112860	112967	26406	992	118260	118367	28248
943	112968	113075	26442	993	118368	118475	28284
944	113076	113183	26480	994	118476	118583	28322
945	113184	113291	26516	995	118584	118691	28360
946	113292	113399	26552	996	118692	118799	28396
947	113400	113507	26588	997	118800	118907	28434
948	113508	113615	26624	998	118908	119015	28472
949	113616	113723	26662	999	119016	119123	28508
950	113724	113831	26698	000	119124	119231	28546

Splittingtabelle von 108432 — 119231 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1001	119232	– 119339	28584	1051	124632	– 124739	30478
1002	119340	– 119447	28622	1052	124740	– 124847	30516
1003	119448	– 119555	28658	1053	124848	– 124955	30554
1004	119556	– 119663	28696	1054	124956	– 125063	30592
1005	119664	– 119771	28734	1055	125064	– 125171	30630
1006	119772	– 119879	28772	1056	125172	– 125279	30670
1007	119880	– 119987	28808	1057	125280	– 125387	30708
1008	119988	– 120095	28846	1058	125388	– 125495	30746
1009	120096	– 120203	28884	1059	125496	– 125603	30784
1010	120204	– 120311	28922	1060	125604	– 125711	30822
1011	120312	– 120419	28958	1061	125712	– 125819	30862
1012	120420	– 120527	28996	1062	125820	– 125927	30900
1013	120528	– 120635	29034	1063	125928	– 126035	30938
1014	120636	– 120743	29072	1064	126036	– 126143	30976
1015	120744	– 120851	29110	1065	126144	– 126251	31016
1016	120852	– 120959	29148	1066	126252	– 126359	31054
1017	120960	– 121067	29184	1067	126360	– 126467	31092
1018	121068	– 121175	29222	1068	126468	– 126575	31132
1019	121176	– 121283	29260	1069	126576	– 126683	31170
1020	121284	– 121391	29298	1070	126684	– 126791	31208
1021	121392	– 121499	29336	1071	126792	– 126899	31248
1022	121500	– 121607	29374	1072	126900	– 127007	31286
1023	121608	– 121715	29412	1073	127008	– 127115	31324
1024	121716	– 121823	29450	1074	127116	– 127223	31364
1025	121824	– 121931	29488	1075	127224	– 127331	31402
1026	121932	– 122039	29524	1076	127332	– 127439	31440
1027	122040	– 122147	29562	1077	127440	– 127547	31480
1028	122148	– 122255	29600	1078	127548	– 127655	31518
1029	122256	– 122363	29638	1079	127656	– 127763	31556
1030	122364	– 122471	29676	1080	127764	– 127871	31596
1031	122472	– 122579	29714	1081	127872	– 127979	31634
1032	122580	– 122687	29752	1082	127980	– 128087	31674
1033	122688	– 122795	29790	1083	128088	– 128195	31712
1034	122796	– 122903	29828	1084	128196	– 128303	31752
1035	122904	– 123011	29866	1085	128304	– 128411	31790
1036	123012	– 123119	29904	1086	128412	– 128519	31830
1037	123120	– 123227	29942	1087	128520	– 128627	31868
1038	123228	– 123335	29980	1088	128628	– 128735	31906
1039	123336	– 123443	30018	1089	128736	– 128843	31946
1040	123444	– 123551	30056	1090	128844	– 128951	31984
1041	123552	– 123659	30096	1091	128952	– 129059	32024
1042	123660	– 123767	30134	1092	129060	– 129167	32062
1043	123768	– 123875	30172	1093	129168	– 129275	32102
1044	123876	– 123983	30210	1094	129276	– 129383	32142
1045	123984	– 124091	30248	1095	129384	– 129491	32180
1046	124092	– 124199	30286	1096	129492	– 129599	32220
1047	124200	– 124307	30324	1097	129600	– 129707	32258
1048	124308	– 124415	30362	1098	129708	– 129815	32298
1049	124416	– 124523	30400	1099	129816	– 129923	32336
1050	124524	– 124631	30438	1100	129924	– 130031	32376

Splittingtabelle von 119232 — 130031 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1101	130032 -	130139	32416	1151	135432 -	135539	34398
1102	130140 -	130247	32454	1152	135540 -	135647	34438
1103	130248 -	130355	32494	1153	135648 -	135755	34478
1104	130356 -	130463	32532	1154	135756 -	135863	34518
1105	130464 -	130571	32572	1155	135864 -	135971	34558
1106	130572 -	130679	32612	1156	135972 -	136079	34598
1107	130680 -	130787	32650	1157	136080 -	136187	34638
1108	130788 -	130895	32690	1158	136188 -	136295	34678
1109	130896 -	131003	32730	1159	136296 -	136403	34718
1110	131004 -	131111	32768	1160	136404 -	136511	34758
1111	131112 -	131219	32808	1161	136512 -	136619	34798
1112	131220 -	131327	32848	1162	136620 -	136727	34840
1113	131328 -	131435	32886	1163	136728 -	136835	34880
1114	131436 -	131543	32926	1164	136836 -	136943	34920
1115	131544 -	131651	32966	1165	136944 -	137051	34960
1116	131652 -	131759	33006	1166	137052 -	137159	35000
1117	131760 -	131867	33044	1167	137160 -	137267	35040
1118	131868 -	131975	33084	1168	137268 -	137375	35082
1119	131976 -	132083	33124	1169	137376 -	137483	35122
1120	132084 -	132191	33164	1170	137484 -	137591	35162
1121	132192 -	132299	33202	1171	137592 -	137699	35202
1122	132300 -	132407	33242	1172	137700 -	137807	35242
1123	132408 -	132515	33282	1173	137808 -	137915	35284
1124	132516 -	132623	33322	1174	137916 -	138023	35324
1125	132624 -	132731	33360	1175	138024 -	138131	35364
1126	132732 -	132839	33400	1176	138132 -	138239	35404
1127	132840 -	132947	33440	1177	138240 -	138347	35446
1128	132948 -	133055	33480	1178	138348 -	138455	35486
1129	133056 -	133163	33520	1179	138456 -	138563	35526
1130	133164 -	133271	33560	1180	138564 -	138671	35568
1131	133272 -	133379	33600	1181	138672 -	138779	35608
1132	133380 -	133487	33638	1182	138780 -	138887	35648
1133	133488 -	133595	33678	1183	138888 -	138995	35688
1134	133596 -	133703	33718	1184	138996 -	139103	35730
1135	133704 -	133811	33758	1185	139104 -	139211	35770
1136	133812 -	133919	33798	1186	139212 -	139319	35812
1137	133920 -	134027	33838	1187	139320 -	139427	35852
1138	134028 -	134135	33878	1188	139428 -	139535	35892
1139	134136 -	134243	33918	1189	139536 -	139643	35934
1140	134244 -	134351	33958	1190	139644 -	139751	35974
1141	134352 -	134459	33998	1191	139752 -	139859	36014
1142	134460 -	134567	34038	1192	139860 -	139967	36056
1143	134568 -	134675	34078	1193	139968 -	140075	36096
1144	134676 -	134783	34118	1194	140076 -	140183	36138
1145	134784 -	134891	34156	1195	140184 -	140291	36178
1146	134892 -	134999	34196	1196	140292 -	140399	36218
1147	135000 -	135107	34236	1197	140400 -	140507	36260
1148	135108 -	135215	34278	1198	140508 -	140615	36300
1149	135216 -	135323	34318	1199	140616 -	140723	36342
1150	135324 -	135431	34358	1200	140724 -	140831	36382

Splittingtabelle von 130032 — 140831 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1201	140832	140939	36424	1251	146232	146339	38494
1202	140940	141047	36464	1252	146340	146447	38536
1203	141048	141155	36506	1253	146448	146555	38578
1204	141156	141263	36546	1254	146556	146663	38620
1205	141264	141371	36588	1255	146664	146771	38662
1206	141372	141479	36628	1256	146772	146879	38704
1207	141480	141587	36670	1257	146880	146987	38746
1208	141588	141695	36710	1258	146988	147095	38788
1209	141696	141803	36752	1259	147096	147203	38830
1210	141804	141911	36794	1260	147204	147311	38872
1211	141912	142019	36834	1261	147312	147419	38914
1212	142020	142127	36876	1262	147420	147527	38956
1213	142128	142235	36916	1263	147528	147635	38998
1214	142236	142343	36958	1264	147636	147743	39040
1215	142344	142451	36998	1265	147744	147851	39082
1216	142452	142559	37040	1266	147852	147959	39124
1217	142560	142667	37082	1267	147960	148067	39166
1218	142668	142775	37122	1268	148068	148175	39208
1219	142776	142883	37164	1269	148176	148283	39250
1220	142884	142991	37206	1270	148284	148391	39292
1221	142992	143099	37246	1271	148392	148499	39336
1222	143100	143207	37288	1272	148500	148607	39378
1223	143208	143315	37330	1273	148608	148715	39420
1224	143316	143423	37370	1274	148716	148823	39462
1225	143424	143531	37412	1275	148824	148931	39504
1226	143532	143639	37454	1276	148932	149039	39546
1227	143640	143747	37494	1277	149040	149147	39588
1228	143748	143855	37536	1278	149148	149255	39630
1229	143856	143963	37578	1279	149256	149363	39674
1230	143964	144071	37620	1280	149364	149471	39716
1231	144072	144179	37660	1281	149472	149579	39758
1232	144180	144287	37702	1282	149580	149687	39800
1233	144288	144395	37744	1283	149688	149795	39842
1234	144396	144503	37786	1284	149796	149903	39886
1235	144504	144611	37826	1285	149904	150011	39928
1236	144612	144719	37868	1286	150012	150119	39970
1237	144720	144827	37910	1287	150120	150227	40012
1238	144828	144935	37952	1288	150228	150335	40056
1239	144936	145043	37994	1289	150336	150443	40098
1240	145044	145151	38034	1290	150444	150551	40140
1241	145152	145259	38076	1291	150552	150659	40182
1242	145260	145367	38118	1292	150660	150767	40226
1243	145368	145475	38160	1293	150768	150875	40268
1244	145476	145583	38202	1294	150876	150983	40310
1245	145584	145691	38244	1295	150984	151091	40354
1246	145692	145799	38286	1296	151092	151199	40396
1247	145800	145907	38328	1297	151200	151307	40438
1248	145908	146015	38368	1298	151308	151415	40482
1249	146016	146123	38410	1299	151416	151523	40524
1250	146124	146231	38452	1300	151524	151631	40566

Splittingtabelle von 140832 — 151631 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1301	151632	- 151739	40610	1351	157032	- 157139	42768
1302	151740	- 151847	40652	1352	157140	- 157247	42812
1303	151848	- 151955	40694	1353	157248	- 157355	42856
1304	151956	- 152063	40738	1354	157356	- 157463	42900
1305	152064	- 152171	40780	1355	157464	- 157571	42944
1306	152172	- 152279	40824	1356	157572	- 157679	42988
1307	152280	- 152387	40866	1357	157680	- 157787	43030
1308	152388	- 152495	40910	1358	157788	- 157895	43074
1309	152496	- 152603	40952	1359	157896	- 158003	43118
1310	152604	- 152711	40994	1360	158004	- 158111	43162
1311	152712	- 152819	41038	1361	158112	- 158219	43206
1312	152820	- 152927	41080	1362	158220	- 158327	43250
1313	152928	- 153035	41124	1363	158328	- 158435	43294
1314	153036	- 153143	41166	1364	158436	- 158543	43338
1315	153144	- 153251	41210	1365	158544	- 158651	43382
1316	153252	- 153359	41252	1366	158652	- 158759	43426
1317	153360	- 153467	41296	1367	158760	- 158867	43470
1318	153468	- 153575	41338	1368	158868	- 158975	43512
1319	153576	- 153683	41382	1369	158976	- 159083	43556
1320	153684	- 153791	41424	1370	159084	- 159191	43600
1321	153792	- 153899	41468	1371	159192	- 159299	43644
1322	153900	- 154007	41510	1372	159300	- 159407	43688
1323	154008	- 154115	41554	1373	159408	- 159515	43732
1324	154116	- 154223	41598	1374	159516	- 159623	43776
1325	154224	- 154331	41640	1375	159624	- 159731	43820
1326	154332	- 154439	41684	1376	159732	- 159839	43864
1327	154440	- 154547	41726	1377	159840	- 159947	43910
1328	154548	- 154655	41770	1378	159948	- 160055	43954
1329	154656	- 154763	41814	1379	160056	- 160163	43998
1330	154764	- 154871	41856	1380	160164	- 160271	44042
1331	154872	- 154979	41900	1381	160272	- 160379	44086
1332	154980	- 155087	41942	1382	160380	- 160487	44130
1333	155088	- 155195	41986	1383	160488	- 160595	44174
1334	155196	- 155303	42030	1384	160596	- 160703	44218
1335	155304	- 155411	42072	1385	160704	- 160811	44262
1336	155412	- 155519	42116	1386	160812	- 160919	44306
1337	155520	- 155627	42160	1387	160920	- 161027	44350
1338	155628	- 155735	42204	1388	161028	- 161135	44396
1339	155736	- 155843	42246	1389	161136	- 161243	44440
1340	155844	- 155951	42290	1390	161244	- 161351	44484
1341	155952	- 156059	42334	1391	161352	- 161459	44528
1342	156060	- 156167	42376	1392	161460	- 161567	44572
1343	156168	- 156275	42420	1393	161568	- 161675	44616
1344	156276	- 156383	42464	1394	161676	- 161783	44662
1345	156384	- 156491	42508	1395	161784	- 161891	44706
1346	156492	- 156599	42550	1396	161892	- 161999	44750
1347	156600	- 156707	42594	1397	162000	- 162107	44794
1348	156708	- 156815	42638	1398	162108	- 162215	44838
1349	156816	- 156923	42682	1399	162216	- 162323	44884
1350	156924	- 157031	42726	1400	162324	- 162431	44928

Splittingtabelle von 151632 — 162431 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1401	162432	162539	44972
1402	162540	162647	45016
1403	162648	162755	45062
1404	162756	162863	45106
1405	162864	162971	45150
1406	162972	163079	45196
1407	163080	163187	45240
1408	163188	163295	45284
1409	163296	163403	45330
1410	163404	163511	45374
1411	163512	163619	45418
1412	163620	163727	45464
1413	163728	163835	45508
1414	163836	163943	45552
1415	163944	164051	45598
1416	164052	164159	45642
1417	164160	164267	45686
1418	164268	164375	45732
1419	164376	164483	45776
1420	164484	164591	45822
1421	164592	164699	45866
1422	164700	164807	45912
1423	164808	164915	45956
1424	164916	165023	46000
1425	165024	165131	46046
1426	165132	165239	46090
1427	165240	165347	46136
1428	165348	165455	46180
1429	165456	165563	46226
1430	165564	165671	46270
1431	165672	165779	46316
1432	165780	165887	46360
1433	165888	165995	46406
1434	165996	166103	46452
1435	166104	166211	46496
1436	166212	166319	46542
1437	166320	166427	46586
1438	166428	166535	46632
1439	166536	166643	46676
1440	166644	166751	46722
1441	166752	166859	46768
1442	166860	166967	46812
1443	166968	167075	46858
1444	167076	167183	46902
1445	167184	167291	46948
1446	167292	167399	46994
1447	167400	167507	47038
1448	167508	167615	47084
1449	167616	167723	47130
1450	167724	167831	47174
1451	167832	167939	47220
1452	167940	168047	47266
1453	168048	168155	47312
1454	168156	168263	47356
1455	168264	168371	47402
1456	168372	168479	47448
1457	168480	168587	47494
1458	168588	168695	47538
1459	168696	168803	47584
1460	168804	168911	47630
1461	168912	169019	47676
1462	169020	169127	47720
1463	169128	169235	47766
1464	169236	169343	47812
1465	169344	169451	47858
1466	169452	169559	47904
1467	169560	169667	47948
1468	169668	169775	47994
1469	169776	169883	48040
1470	169884	169991	48086
1471	169992	170099	48132
1472	170100	170207	48178
1473	170208	170315	48224
1474	170316	170423	48270
1475	170424	170531	48316
1476	170532	170639	48360
1477	170640	170747	48406
1478	170748	170855	48452
1479	170856	170963	48498
1480	170964	171071	48544
1481	171072	171179	48590
1482	171180	171287	48636
1483	171288	171395	48682
1484	171396	171503	48728
1485	171504	171611	48774
1486	171612	171719	48820
1487	171720	171827	48866
1488	171828	171935	48912
1489	171936	172043	48958
1490	172044	172151	49004
1491	172152	172259	49050
1492	172260	172367	49096
1493	172368	172475	49142
1494	172476	172583	49188
1495	172584	172691	49236
1496	172692	172799	49282
1497	172800	172907	49328
1498	172908	173015	49374
1499	173016	173123	49420
1500	173124	173231	49466

Splittingtabelle von 162432 — 173231 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1501	173232	173339	49512
1502	173340	173447	49558
1503	173448	173555	49606
1504	173556	173663	49652
1505	173664	173771	49698
1506	173772	173879	49744
1507	173880	173987	49790
1508	173988	174095	49838
1509	174096	174203	49884
1510	174204	174311	49930
1511	174312	174419	49976
1512	174420	174527	50022
1513	174528	174635	50070
1514	174636	174743	50116
1515	174744	174851	50162
1516	174852	174959	50208
1517	174960	175067	50256
1518	175068	175175	50302
1519	175176	175283	50348
1520	175284	175391	50396
1521	175392	175499	50442
1522	175500	175607	50488
1523	175608	175715	50536
1524	175716	175823	50582
1525	175824	175931	50628
1526	175932	176039	50676
1527	176040	176147	50722
1528	176148	176255	50768
1529	176256	176363	50816
1530	176364	176471	50862
1531	176472	176579	50910
1532	176580	176687	50956
1533	176688	176795	51002
1534	176796	176903	51050
1535	176904	177011	51096
1536	177012	177119	51144
1537	177120	177227	51190
1538	177228	177335	51238
1539	177336	177443	51284
1540	177444	177551	51332
1541	177552	177659	51378
1542	177660	177767	51426
1543	177768	177875	51472
1544	177876	177983	51520
1545	177984	178091	51566
1546	178092	178199	51614
1547	178200	178307	51660
1548	178308	178415	51708
1549	178416	178523	51754
1550	178524	178631	51802
1551	178632	178739	51850
1552	178740	178847	51896
1553	178848	178955	51944
1554	178956	179063	51990
1555	179064	179171	52038
1556	179172	179279	52086
1557	179280	179387	52132
1558	179388	179495	52180
1559	179496	179603	52228
1560	179604	179711	52274
1561	179712	179819	52322
1562	179820	179927	52370
1563	179928	180035	52416
1564	180036	180143	52464
1565	180144	180251	52512
1566	180252	180359	52558
1567	180360	180467	52606
1568	180468	180575	52654
1569	180576	180683	52702
1570	180684	180791	52748
1571	180792	180899	52796
1572	180900	181007	52844
1573	181008	181115	52892
1574	181116	181223	52938
1575	181224	181331	52986
1576	181332	181439	53034
1577	181440	181547	53082
1578	181548	181655	53130
1579	181656	181763	53176
1580	181764	181871	53224
1581	181872	181979	53272
1582	181980	182087	53320
1583	182088	182195	53368
1584	182196	182303	53416
1585	182304	182411	53464
1586	182412	182519	53512
1587	182520	182627	53558
1588	182628	182735	53606
1589	182736	182843	53654
1590	182844	182951	53702
1591	182952	183059	53750
1592	183060	183167	53798
1593	183168	183275	53846
1594	183276	183383	53894
1595	183384	183491	53942
1596	183492	183599	53990
1597	183600	183707	54038
1598	183708	183815	54086
1599	183816	183923	54134
1600	183924	184031	54182

Splittingtabelle von 173232 — 184031 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1601	184032	- 184139	54230	1651	189432	- 189539	56656
1602	184140	- 184247	54278	1652	189540	- 189647	56704
1603	184248	- 184355	54326	1653	189648	- 189755	56754
1604	184356	- 184463	54374	1654	189756	- 189863	56802
1605	184464	- 184571	54422	1655	189864	- 189971	56852
1606	184572	- 184679	54470	1656	189972	- 190079	56900
1607	184680	- 184787	54518	1657	190080	- 190187	56950
1608	184788	- 184895	54566	1658	190188	- 190295	56998
1609	184896	- 185003	54616	1659	190296	- 190403	57048
1610	185004	- 185111	54664	1660	190404	- 190511	57096
1611	185112	- 185219	54712	1661	190512	- 190619	57146
1612	185220	- 185327	54760	1662	190620	- 190727	57194
1613	185328	- 185435	54808	1663	190728	- 190835	57244
1614	185436	- 185543	54856	1664	190836	- 190943	57292
1615	185544	- 185651	54904	1665	190944	- 191051	57342
1616	185652	- 185759	54952	1666	191052	- 191159	57392
1617	185760	- 185867	55002	1667	191160	- 191267	57440
1618	185868	- 185975	55050	1668	191268	- 191375	57490
1619	185976	- 186083	55098	1669	191376	- 191483	57540
1620	186084	- 186191	55146	1670	191484	- 191591	57588
1621	186192	- 186299	55194	1671	191592	- 191699	57638
1622	186300	- 186407	55244	1672	191700	- 191807	57686
1623	186408	- 186515	55292	1673	191808	- 191915	57736
1624	186516	- 186623	55340	1674	191916	- 192023	57786
1625	186624	- 186731	55388	1675	192024	- 192131	57834
1626	186732	- 186839	55438	1676	192132	- 192239	57884
1627	186840	- 186947	55486	1677	192240	- 192347	57934
1628	186948	- 187055	55534	1678	192348	- 192455	57984
1629	187056	- 187163	55582	1679	192456	- 192563	58032
1630	187164	- 187271	55632	1680	192564	- 192671	58082
1631	187272	- 187379	55680	1681	192672	- 192779	58132
1632	187380	- 187487	55728	1682	192780	- 192887	58182
1633	187488	- 187595	55776	1683	192888	- 192995	58230
1634	187596	- 187703	55826	1684	192996	- 193103	58280
1635	187704	- 187811	55874	1685	193104	- 193211	58330
1636	187812	- 187919	55922	1686	193212	- 193319	58380
1637	187920	- 188027	55972	1687	193320	- 193427	58428
1638	188028	- 188135	56020	1688	193428	- 193535	58478
1639	188136	- 188243	56070	1689	193536	- 193643	58528
1640	188244	- 188351	56118	1690	193644	- 193751	58578
1641	188352	- 188459	56166	1691	193752	- 193859	58628
1642	188460	- 188567	56216	1692	193860	- 193967	58676
1643	188568	- 188675	56264	1693	193968	- 194075	58726
1644	188676	- 188783	56312	1694	194076	- 194183	58776
1645	188784	- 188891	56362	1695	194184	- 194291	58826
1646	188892	- 188999	56410	1696	194292	- 194399	58876
1647	189000	- 189107	56460	1697	194400	- 194507	58926
1648	189108	- 189215	56508	1698	194508	- 194615	58976
1649	189216	- 189323	56558	1699	194616	- 194723	59026
1650	189324	- 189431	56606	1700	194724	- 194831	59074

Splittingtabelle von 184032 — 194831 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommen-steuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommen-steuer in DM
1701	194832	194939	59124	1751	200232	200339	61638
1702	194940	195047	59174	1752	200340	200447	61690
1703	195048	195155	59224	1753	200448	200555	61740
1704	195156	195263	59274	1754	200556	200663	61790
1705	195264	195371	59324	1755	200664	200771	61842
1706	195372	195479	59374	1756	200772	200879	61892
1707	195480	195587	59424	1757	200880	200987	61944
1708	195588	195695	59474	1758	200988	201095	61994
1709	195696	195803	59524	1759	201096	201203	62044
1710	195804	195911	59574	1760	201204	201311	62096
1711	195912	196019	59624	1761	201312	201419	62146
1712	196020	196127	59674	1762	201420	201527	62198
1713	196128	196235	59724	1763	201528	201635	62248
1714	196236	196343	59774	1764	201636	201743	62300
1715	196344	196451	59824	1765	201744	201851	62350
1716	196452	196559	59874	1766	201852	201959	62402
1717	196560	196667	59924	1767	201960	202067	62452
1718	196668	196775	59974	1768	202068	202175	62504
1719	196776	196883	60024	1769	202176	202283	62554
1720	196884	196991	60074	1770	202284	202391	62606
1721	196992	197099	60124	1771	202392	202499	62656
1722	197100	197207	60176	1772	202500	202607	62708
1723	197208	197315	60226	1773	202608	202715	62768
1724	197316	197423	60276	1774	202716	202823	62810
1725	197424	197531	60326	1775	202824	202931	62860
1726	197532	197639	60376	1776	202932	203039	62912
1727	197640	197747	60426	1777	203040	203147	62964
1728	197748	197855	60476	1778	203148	203255	63014
1729	197856	197963	60526	1779	203256	203363	63066
1730	197964	198071	60578	1780	203364	203471	63116
1731	198072	198179	60628	1781	203472	203579	63168
1732	198180	198287	60678	1782	203580	203687	63220
1733	198288	198395	60728	1783	203688	203795	63270
1734	198396	198503	60778	1784	203796	203903	63322
1735	198504	198611	60830	1785	203904	204011	63374
1736	198612	198719	60880	1786	204012	204119	63424
1737	198720	198827	60930	1787	204120	204227	63476
1738	198828	198935	60980	1788	204228	204335	63628
1739	198936	199043	61032	1789	204336	204443	63578
1740	199044	199151	61082	1790	204444	204551	63630
1741	199152	199259	61132	1791	204552	204659	63682
1742	199260	199367	61182	1792	204660	204767	63732
1743	199368	199475	61234	1793	204768	204875	63784
1744	199476	199583	61284	1794	204876	204983	63836
1745	199584	199691	61334	1795	204984	205091	63888
1746	199692	199799	61386	1796	205092	205199	63938
1747	199800	199907	61436	1797	205200	205307	63990
1748	199908	200015	61486	1798	205308	205415	64042
1749	200016	200123	61538	1799	205416	205523	64094
1750	200124	200231	61588	1800	205524	205631	64144

Splittingtabelle von 194832 — 205631 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1801	205632	205739	64196
1802	205740	205847	64248
1803	205848	205955	64300
1804	205956	206063	64352
1805	206064	206171	64404
1806	206172	206279	64454
1807	206280	206387	64506
1808	206388	206495	64558
1809	206496	206603	64610
1810	206604	206711	64662
1811	206712	206819	64714
1812	206820	206927	64766
1813	206928	207035	64818
1814	207036	207143	64868
1815	207144	207251	64920
1816	207252	207359	64972
1817	207360	207467	65024
1818	207468	207575	65076
1819	207576	207683	65128
1820	207684	207791	65180
1821	207792	207899	65232
1822	207900	208007	65284
1823	208008	208115	65336
1824	208116	208223	65388
1825	208224	208331	65440
1826	208332	208439	65492
1827	208440	208547	65544
1828	208548	208655	65596
1829	208656	208763	65648
1830	208764	208871	65700
1831	208872	208979	65752
1832	208980	209087	65804
1833	209088	209195	65856
1834	209196	209303	65910
1835	209304	209411	65962
1836	209412	209519	66014
1837	209520	209627	66066
1838	209628	209735	66118
1839	209736	209843	66170
1840	209844	209951	66222
1841	209952	210059	66274
1842	210060	210167	66328
1843	210168	210275	66380
1844	210276	210383	66432
1845	210384	210491	66484
1846	210492	210599	66536
1847	210600	210707	66590
1848	210708	210815	66642
1849	210816	210923	66694
1850	210924	211031	66746
1851	211032	211139	66798
1852	211140	211247	66852
1853	211248	211355	66904
1854	211356	211463	66956
1855	211464	211571	67010
1856	211572	211679	67062
1857	211680	211787	67114
1858	211788	211895	67166
1859	211896	212003	67220
1860	212004	212111	67272
1861	212112	212219	67324
1862	212220	212327	67378
1863	212328	212435	67430
1864	212436	212543	67482
1865	212544	212651	67536
1866	212652	212759	67588
1867	212760	212867	67642
1868	212868	212975	67694
1869	212976	213083	67746
1870	213084	213191	67800
1871	213192	213299	67852
1872	213300	213407	67906
1873	213408	213515	67958
1874	213516	213623	68010
1875	213624	213731	68064
1876	213732	213839	68116
1877	213840	213947	68170
1878	213948	214055	68222
1879	214056	214163	68276
1880	214164	214271	68328
1881	214272	214379	68382
1882	214380	214487	68434
1883	214488	214595	68488
1884	214596	214703	68540
1885	214704	214811	68594
1886	214812	214919	68646
1887	214920	215027	68700
1888	215028	215135	68754
1889	215136	215243	68806
1890	215244	215351	68860
1891	215352	215459	68912
1892	215460	215567	68966
1893	215568	215675	69020
1894	215676	215783	69072
1895	215784	215891	69126
1896	215892	215999	69178
1897	216000	216107	69232
1898	216108	216215	69286
1899	216216	216323	69338
1900	216324	216431	69392

Splittingtabelle von 205632— 216431 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
1901	216432	216539	69446
1902	216540	216647	69498
1903	216648	216755	69552
1904	216756	216863	69606
1905	216864	216971	69660
1906	216972	217079	69712
1907	217080	217187	69766
1908	217188	217295	69820
1909	217296	217403	69874
1910	217404	217511	69926
1911	217512	217619	69980
1912	217620	217727	70034
1913	217728	217835	70088
1914	217836	217943	70142
1915	217944	218051	70194
1916	218052	218159	70248
1917	218160	218267	70302
1918	218268	218375	70356
1919	218376	218483	70410
1920	218484	218591	70462
1921	218592	218699	70516
1922	218700	218807	70570
1923	218808	218915	70624
1924	218916	219023	70678
1925	219024	219131	70732
1926	219132	219239	70786
1927	219240	219347	70840
1928	219348	219455	70894
1929	219456	219563	70948
1930	219564	219671	71002
1931	219672	219779	71054
1932	219780	219887	71108
1933	219888	219995	71162
1934	219996	220103	71216
1935	220104	220211	71270
1936	220212	220319	71324
1937	220320	220427	71378
1938	220428	220535	71432
1939	220536	220643	71486
1940	220644	220751	71540
1941	220752	220859	71594
1942	220860	220967	71648
1943	220968	221075	71704
1944	221076	221183	71758
1945	221184	221291	71812
1946	221292	221399	71866
1947	221400	221507	71920
1948	221508	221615	71974
1949	221616	221723	72028
1950	221724	221831	72082
1951	221832	221939	72136
1952	221940	222047	72190
1953	222048	222155	72246
1954	222156	222263	72300
1955	222264	222371	72354
1956	222372	222479	72408
1957	222480	222587	72462
1958	222588	222695	72516
1959	222696	222803	72572
1960	222804	222911	72626
1961	222912	223019	72680
1962	223020	223127	72734
1963	223128	223235	72790
1964	223236	223343	72844
1965	223344	223451	72898
1966	223452	223559	72952
1967	223560	223667	73008
1968	223668	223775	73062
1969	223776	223883	73116
1970	223884	223991	73170
1971	223992	224099	73226
1972	224100	224207	73280
1973	224208	224315	73334
1974	224316	224423	73390
1975	224424	224531	73444
1976	224532	224639	73498
1977	224640	224747	73554
1978	224748	224855	73608
1979	224856	224963	73662
1980	224964	225071	73718
1981	225072	225179	73772
1982	225180	225287	73828
1983	225288	225395	73882
1984	225396	225503	73936
1985	225504	225611	73992
1986	225612	225719	74046
1987	225720	225827	74102
1988	225828	225935	74156
1989	225936	226043	74212
1990	226044	226151	74266
1991	226152	226259	74322
1992	226260	226367	74376
1993	226368	226475	74432
1994	226476	226583	74486
1995	226584	226691	74542
1996	226692	226799	74596
1997	226800	226907	74652
1998	226908	227015	74706
1999	227016	227123	74762
2000	227124	227231	74816

Splittingtabelle von 216432 — 227231 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
2001	227232	- 227339	74872	2051	232632	- 232739	77652
2002	227340	- 227447	74928	2052	232740	- 232847	77708
2003	227448	- 227555	74982	2053	232848	- 232955	77764
2004	227556	- 227663	75038	2054	232956	- 233063	77820
2005	227664	- 227771	75092	2055	233064	- 233171	77876
2006	227772	- 227879	75148	2056	233172	- 233279	77932
2007	227880	- 227987	75204	2057	233280	- 233387	77988
2008	227988	- 228095	75258	2058	233388	- 233495	78044
2009	228096	- 228203	75314	2059	233496	- 233603	78100
2010	228204	- 228311	75368	2060	233604	- 233711	78156
2011	228312	- 228419	75424	2061	233712	- 233819	78212
2012	228420	- 228527	75480	2062	233820	- 233927	78270
2013	228528	- 228635	75534	2063	233928	- 234035	78326
2014	228636	- 228743	75590	2064	234036	- 234143	78382
2015	228744	- 228851	75646	2065	234144	- 234251	78438
2016	228852	- 228959	75702	2066	234252	- 234359	78494
2017	228960	- 229067	75756	2067	234360	- 234467	78550
2018	229068	- 229175	75812	2068	234468	- 234575	78606
2019	229176	- 229283	75868	2069	234576	- 234683	78664
2020	229284	- 229391	75922	2070	234684	- 234791	78720
2021	229392	- 229499	75978	2071	234792	- 234899	78776
2022	229500	- 229607	76034	2072	234900	- 235007	78832
2023	229608	- 229715	76090	2073	235008	- 235115	78888
2024	229716	- 229823	76146	2074	235116	- 235223	78946
2025	229824	- 229931	76200	2075	235224	- 235331	79002
2026	229932	- 230039	76256	2076	235332	- 235439	79058
2027	230040	- 230147	76312	2077	235440	- 235547	79114
2028	230148	- 230255	76368	2078	235548	- 235655	79170
2029	230256	- 230363	76424	2079	235656	- 235763	79228
2030	230364	- 230471	76478	2080	235764	- 235871	79284
2031	230472	- 230579	76534	2081	235872	- 235979	79340
2032	230580	- 230687	76590	2082	235980	- 236087	79398
2033	230688	- 230795	76646	2083	236088	- 236195	79454
2034	230796	- 230903	76702	2084	236196	- 236303	79510
2036	230904	- 231011	76758	2085	236304	- 236411	79568
2036	231012	- 231119	76814	2086	236412	- 236519	79624
2037	231120	- 231227	76868	2087	236520	- 236627	79680
2038	231228	- 231335	76924	2088	236628	- 236735	79736
2039	231336	- 231443	76980	2089	236736	- 236843	79794
2040	231444	- 231551	77036	2090	236844	- 236951	79850
2041	231552	- 231659	77092	2091	236952	- 237059	79908
2042	231660	- 231767	77148	2092	237060	- 237167	79964
2043	231768	- 231875	77204	2093	237168	- 237275	80020
2044	231876	- 231983	77260	2094	237276	- 237383	80078
2045	231984	- 232091	77316	2095	237384	- 237491	80134
2046	232092	- 232199	77372	2096	237492	- 237599	80192
2047	232200	- 232307	77428	2097	237600	- 237707	80248
2048	232308	- 232415	77484	2098	237708	- 237815	80304
2049	232416	- 232523	77540	2099	237816	- 237923	80362
2050	232524	- 232631	77596	2100	237924	- 238031	80418

Splittingtabelle von 227232 — 238031 DM

Einkommensteuer-Splittingtabelle 1990

lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM	lfd. Nr.	zu versteuerndes Einkommen in DM von	bis	tarifliche Einkommensteuer in DM
2101	238032	238139	80476	2111	239112	239219	81046
2102	238140	238247	80532	2112	239220	239327	81102
2103	238248	238355	80590	2113	239328	239435	81160
2104	238356	238463	80646	2114	239436	239543	81216
2105	238464	238571	80704	2115	239544	239651	81274
2106	238572	238679	80760	2116	239652	239759	81332
2107	238680	238787	80818	2117	239760	239867	81388
2108	238788	238895	80874	2118	239868	239975	81446
2109	238896	239003	80932	2119	239976	240083	81502
2110	239004	239111	80988				

Splittingtabelle von 238032 — 240083 DM

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333